

EVALUIERUNG DER INTEGRATIONSARBEIT IN OBERÖSTERREICH

Jänner 2018

VerfasserInnen:

Dipl. Soz. Kenan Güngör

Dr.ⁱⁿ Katerina Kratzmann

INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	5
1. EINLEITUNG	8
1.1. HINTERGRUND UND ZIELE	8
1.2. METHODIK UND VORGEHENSWEISE	9
1.2.1. Evaluationsbeirat	10
1.2.2. Onlinebefragung	10
1.2.3. Fokusgruppen	12
1.2.4. Recherche	13
1.3. BEGRIFFLICHKEITEN UND DEFINITIONEN	13
2. DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNGEN IN OBERÖSTERREICH	15
2.1. BEVÖLKERUNG	15
2.1.1. Verteilung in den Bezirken und Gemeinden	15
2.1.2. Herkunftsländer	18
2.2. WANDERUNGSBEWEGUNGEN	19
2.3. ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN	21
3. RAHMENBEDINGUNGEN DER INTEGRATIONSARBEIT IN OBERÖSTERREICH	22
3.1. DAS VERSTÄNDNIS VON INTEGRATION IN OBERÖSTERREICH	22
3.1.1. Das Integrationsleitbild Einbeziehen statt Einordnen	23
3.1.2. "Erfolgreiche Integration ist..."	26
3.2. INSTITUTIONELLER RAHMEN UND ZUSTÄNDIGKEITEN	29
3.2.1. Integrationsressort des Landes Oberösterreich	29
3.2.2. Integrationsstelle des Landes Oberösterreich	31
3.2.3. Verwaltungsinternes Netzwerk für Integrations- und Diversitätsfragen	33
3.2.4. Regionale und kommunale Integrationsarbeit	33
3.2.5. Einfluss von AkteurInnen	37
4. INTEGRATIONSLANDSCHAFT OBERÖSTERREICHS	39
4.1. ERWEITERTE INTEGRATIONSLANDSCHAFT	39
4.1.1. Engagement der Zivilgesellschaft	40
4.1.2. Rolle von MigrantInnen und MigrantInnen-Selbst-Organisationen	41

4.2. KOMPETENZEN DER AKTEURINNEN UND WEITERBILDUNGSBEDARF.....	42
4.3. INTEGRATIONSBEREICHE UND -PROJEKTE.....	43
4.3.1. Die eingeschätzte Wirkung von Integrationsprojekten.....	44
4.3.2. Methoden der Wirkungsmessung.....	44
4.3.3. Unsicherheiten bei der Weiterführung.....	45
4.4. KOOPERATIONEN VON AKTEURINNEN.....	46
5. STÄRKEN UND SCHWÄCHEN DER INTEGRATIONSARBEIT	47
5.1. INTEGRATION ALS WICHTIGE THEMATIK	47
5.1.1. Integrationsarbeit in einer polarisierten Gesellschaft.....	48
5.1.2. Entwicklungen in den letzten 5-10 Jahren.....	50
5.2. ZIELGRUPPEN DER INTEGRATIONSARBEIT.....	51
5.3. HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN	53
5.3.1. Bildung und Sprache.....	54
5.3.2. Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Selbsterhalt.....	56
5.3.3. Gleichstellung, Gender und Werte	59
5.3.4. Religion, Säkularisierung und Extremismus	63
5.3.5. Zusammenleben und Wohnen	66
EMPFEHLUNGEN.....	69
GEMEINSAME BASIS IST GEFRAGT	69
1. Menschen- und Grundrechte als Basis	69
2. Integrationsleitbild 2018: Kontinuität und Zukunftsfähigkeit.....	69
INSTITUTIONELLEN RAHMEN UND AKTEURINNEN STÄRKEN.....	70
3. Bestehende Strukturen und Steuerungsinstrumente beibehalten.....	70
4. Positiven Einfluss von AkteurInnen stützen.....	70
5. Verstärkung der bewusstseinsbildenden Medienarbeit	71
ERWEITERTE INTEGRATIONSLANDSCHAFT FESTIGEN.....	72
6. Regelsysteme tragen Hauptverantwortung	72
7. Freiwillig Engagierte weiter unterstützen.....	72
8. Kreis von MigrantInnen-Selbst-Organisationen um Nicht-Organisierte erweitern	73
KOMPETENZEN FÖRDERN UND WEITERBILDUNGEN ANBIETEN.....	73
9. Interkulturelle Kompetenzen und Weiterbildungen vertiefen.....	73
10. Wissensmanagement und Expertise ausbauen	74

NACHHALTIGKEIT STÜTZEN UND KOOPERATIONEN AUSBAUEN.....	75
11. Finanzielle Sicherheit ist gefragt	75
12. Wirkungsmessung verstärken.....	75
13. Institutionelle Übergänge erleichtern.....	75
GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT FÖRDERN.....	76
14. Zusammenhalt in polarisierter Gesellschaft stärken.....	76
15. Gesellschaftlicher, interreligiöser sowie innerislamischer Dialog notwendig.....	77
16. Verständnis für Solidargesellschaften intensivieren	77
ALTE UND NEUE ZIELGRUPPEN INKLUDIEREN.....	78
17. Mehrheitsgesellschaft verstärkt im Fokus	78
18. Integration von Anfang an nicht als Bleibeversprechen.....	78
19. Gesteigertem Integrationsbedarf entgegenkommen.....	80
KONKRETES ANGEHEN UND CHANCEN NUTZEN.....	80
20. Spracherwerb: früh ansetzen und solide ausbauen	80
21. Bildung: integrative Elternarbeit gefragt	81
22. Arbeit: nachhaltige Wege eröffnen	82
23. Qualifikationen: gecheckt aber nicht anerkannt.....	83
24. Gender: Aufklärung und Vorbilder benötigt	83
25. Gleichstellung: Antidiskriminierungsarbeit zugänglicher machen	84
LITERATURLISTE, DOKUMENTE UND STATISTIKEN	85
ANHANG	91
a.) Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	91
b.) Übersicht der Adressaten der Onlinebefragung	92
c.) TeilnehmerInnen des Evaluationsbeirats	94
d.) TeilnehmerInnen der Fokusgruppen	95

ZUSAMMENFASSUNG

Oberösterreich gehört mit zu den Vorreitern bei der Entwicklung einer landespolitischen Integrationsstrategie in Österreich. Das Integrationsleitbild des Landes wurde vor circa zehn Jahren in einem intensiven Prozess, in den eine Vielzahl von AkteurInnen eingebunden war, erstellt. Dies hat ein Integrationsverständnis in den Gemeinden und Städten Oberösterreichs hervorgebracht, das konstruktiv und langfristig ausgerichtet ist und sich an der Gestaltbarkeit des Zusammenlebens orientiert. Die aktuelle Integrationsarbeit in Oberösterreich ist auf das Individuum und die Gesamtgesellschaft ausgerichtet, nimmt Potentiale wahr und strebt eine Balance zwischen fördern und fordern an.

In den letzten zehn Jahren kam es zu wesentlichen Veränderungen der demographischen Entwicklungen in Oberösterreich sowie der soziokulturellen und regionalen Hintergründe von Zugewanderten. Die oberösterreichische Bevölkerung hatte 2016 einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von 17,8% und einen Anteil von ausländischen Staatsangehörigen von 12%. Der Anteil von Personen mit Geburtsort im Ausland war in den Gemeinden sehr unterschiedlich mit einem Anteil von 0,9% bis 42%.

Wichtige Gruppen von ZuwanderInnen in Oberösterreich waren und sind Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien, TürkInnen sowie in den letzten Jahren zunehmend EU-BürgerInnen (Deutschland, Rumänien, Kroatien und Ungarn). Hinzu kommt seit 2015 vermehrt die Flüchtlingszuwanderung mit einer ansteigenden Bevölkerung hauptsächlich aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und Iran.

Etliche Bereiche der Regelung von Zuwanderung nach Oberösterreich fallen nicht ausschließlich unter die österreichische Gesetzgebung: der Familiennachzug und die Gewährung von internationalem Schutz unterliegen zwar der Entscheidungskompetenz des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl, sind jedoch in weiten Bereichen an völkerrechtlichen Vorgaben¹ orientiert und durch den EU-Acquis² bestimmt. Auch die Freizügigkeit von EU-Staatsangehörigen ist gemeinschaftsrechtlich geregelt, so dass insgesamt das Wanderungsgeschehen von und nach Oberösterreich nur beschränkt beeinflusst werden kann und die Integrationspolitik, die alle Menschen mit Migrationshintergrund betrifft, sich am aktuellen Zuwanderungsgeschehen ausrichtet.

Die Evaluierung hat gezeigt, dass das Integrationsleitbild Einbeziehen statt Einordnen von 2008 nach wie vor bei circa 50% der AkteurInnen bekannt ist und dieses das Integrationsverständnis in Oberösterreich tief mitgeprägt hat. Oberösterreich verfolgt heute einen befähigenden Ansatz in der Integrationsarbeit auf der Basis von Chancengleichheit

¹ UNHCR: Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juni 1951. Online verfügbar unter: http://www.unhcr.org/dach/wp-content/uploads/sites/27/2017/03/Genfer_Fluechtlingskonvention_und_New_Yorker_Protokoll.pdf

² Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge, oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes. Online verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/301/Allgemeines/Rechtsgrundlagen/files/Richtlinie_2011_95_EU.pdf

und gemeinsamen Regeln, die man ebenso gemeinsam als Gesellschaft festlegt. Das Motto „Integration ist, was wir daraus machen!“ spiegelt dieses Verständnis und die Eigenverantwortung aller Beteiligten im Integrationsprozess wider. Integration ist somit eine Querschnittsmaterie, die alle angeht und die nur funktionieren kann, wenn alle relevanten StakeholderInnen involviert sind.

Es wurde ebenfalls evident, dass die Flüchtlingszuwanderung in den letzten Jahren von den involvierten AkteurInnen als große Herausforderung erlebt wurde, die durch eine dezentrale Organisation der Quartiere, außerordentliches Freiwilligenengagement und eine breite Allianz in der Integrationsarbeit gemeistert werden konnte. Der Paradigmenwechsel hin zu „Integration von Anfang an“ für AsylwerberInnen sowie die Einbindung aller AkteurInnen und das Steuerungsinstrument des 3-Ebenen-Modells wurden in diesem Zusammenhang vielfach sehr positiv hervorgehoben.

Der Einfluss der involvierten AkteurInnen auf die Integrationsarbeit in Oberösterreich wurde während der Evaluierung ebenfalls als sehr produktiv bewertet. Vor allem der Einfluss des Integrationsressorts bei der pragmatischen Lösung der Quartiersuche und bei der anschließenden Entwicklung strategischer Maßnahmen sowie die positive Rolle der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich bei der Schaffung eines systematischeren Zugangs zu anstehenden Themen und bei der Übernahme gewichtiger Aufgaben in der Wissensvermittlung wurde vielfach betont.

Die Integrationslandschaft in Oberösterreich hat sich in den letzten Jahren wesentlich erweitert und ist heute, auch durch die strukturellen Reformen, durch viele verschiedene Institutionen, Initiativen und AkteurInnen geprägt. Freiwillig Engagierte sind fester Bestandteil der Integrationslandschaft in Oberösterreich und MigrantInnen-Selbst-Organisationen sind seit 2009 als wichtige PartnerInnen nicht mehr wegzudenken. Durch diese Erweiterung ist die Professionalisierung der Integrationsarbeit weit fortgeschritten und es wurden zahlreiche Weiterbildungsangebote zur Verfügung gestellt und genutzt.

In den letzten Jahren wurden auch zahlreiche Integrationsmaßnahmen und -projekte umgesetzt, die ob der großen Anzahl in der vorliegenden Evaluierung nicht erschöpfend dargestellt werden können. Unsicherheit waren allerdings unter den StakeholderInnen beobachtbar bezüglich der Weiterführung von Integrationsprojekten, da eine unmittelbare (finanzielle) Abhängigkeit bei der Fortführung von Integrationsmaßnahmen und -projekten von politischen Entwicklungen befürchtet wurde.

Die Entwicklungen seit 2015 haben neben einem starken Zusammenhalt der AkteurInnen auch eine ausgeprägte Skepsis in der Bevölkerung hervorgebracht, so dass die Integrationsarbeit in Oberösterreich insgesamt herausfordernder geworden ist und sich zunehmend innerhalb gesellschaftlicher Spannungen und Brüche verorten muss. Dabei geht es zum einen um eine wachsende Angst vor „Überfremdung“ und Islamfeindlichkeit und zum anderen um das Thema der sozialen Gerechtigkeit. Einige von diesen Anfeindungen betroffene Gruppen reagieren mit Rückzug in die Communities und in die Religion, was als potentiell Risiko für die Gesamtgesellschaft interpretiert wurde.

Als wichtigste Themenfelder für die Zukunft der Integrationspolitik in Oberösterreich wurden in der Evaluierung folgende fünf Bereiche identifiziert:

1. Bildung und Sprache (inkl. Erwachsenen- und Berufsbildung)
2. Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Selbsterhalt
3. Gleichstellung, Gender und Werte
4. Religion, Säkularisierung und Extremismus
5. Wohnen und Zusammenleben

Vor allem die Integration der neu Zugewanderten wurde als intensive zukünftige Aufgabe wahrgenommen, die eine gesamtgesellschaftliche, langfristige Anstrengung erfordert. Über diese Aufgabe dürfen allerdings die traditionellen Zuwanderergruppen nicht vergessen werden: ältere MigrantInnen und Menschen mit Migrationshintergrund sowie EU-Staatsangehörige sind weiterhin aktiv in Integrationsbemühungen zu inkludieren.

Integration geht nicht automatisch und nicht alleine – daher müssen weiterhin gemeinsame Anstrengungen unternommen werden. Die Evaluierung bietet 25 konkrete Empfehlungen, wie die Integrationsarbeit in Oberösterreich in Zukunft umgesetzt werden kann: von den Menschen- und Grundrechten als Basis, über die Stärkung des institutionellen Rahmens und die Festigung der erweiterten Integrationslandschaft bis hin zur Förderung der Nachhaltigkeit.

Zukünftig sollten Chancen (weiterhin) genutzt werden, nicht zuletzt, da Oberösterreich nach wie vor Zuwanderung benötigt. Viele der Empfehlungen sind schon im Umsetzungsprozess, andere stellen langfristige Aufgaben dar, zu denen Ideen erst entwickelt werden müssen, um diesen Prozess – den Integration immer darstellt – zukunftsorientiert, nachhaltig und auf ein gutes Zusammenleben hin orientiert zu gestalten.

1. EINLEITUNG

1.1. HINTERGRUND UND ZIELE

Das Integrationsleitbild für das Land Oberösterreich wurde vor circa zehn Jahren in einem intensiven Prozess, in den eine Vielzahl von AkteurInnen eingebunden waren, erstellt. Da die Erstellung nun schon länger zurückliegt und es zu wesentlichen Änderungen der soziokulturellen, demographischen und regionalen Hintergründe von Zugewanderten nach Oberösterreich kam, wurde in der Regierungssitzung vom 24. April 2017 einstimmig die Evaluierung der Integrationsarbeit in Oberösterreich beschlossen.

Die Evaluierung soll einerseits ein umfassendes Bild des aktuellen Standes der Integrationslandschaft Oberösterreichs unter besonderer Berücksichtigung der Landes- und Kommunalpolitik, der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich³ sowie der im Integrationsbereich tätigen AkteurInnen zeichnen, und andererseits die wesentlichen zukünftigen Herausforderungen benennen.

Ziel ist es, die bisherigen Stärken der Integrationsarbeit samt ihrer verschiedenen Wirkungsmechanismen sowie mögliche Schwächen zu analysieren und zu bewerten.

Dabei stehen folgenden Fragen im Vordergrund:

- *Wie hat sich die Migrationsentwicklung in Oberösterreich seit 2008 – und besonders seit 2015 – geändert und wie ging die Integrationspolitik damit um?*
- *Wie stellt sich das Gefüge der Institutionen aus der Integrationsarbeit aktuell dar und wie bewerten diese den momentanen Stand?*
- *Was hat in den letzten Jahren gut/weniger gut funktioniert? Welche Treiberdynamiken und Wirkungsmechanismen lassen sich herausarbeiten und was kann aus diesen gelernt werden?*
- *Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen AkteurInnen wie z.B. dem Land, den Städten, Gemeinden, der Zivilgesellschaft, den Vereinen und NGOs und was lässt sich an dieser verbessern?*
- *Welche Bedeutung hat das Integrationsleitbild für die praktische Integrationsarbeit? Wo findet es Anwendung und was wird als wichtig erachtet für eine Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes des Landes?*
- *Welche Herausforderungen und Chancen sind für die Zukunft zu erkennen und was kann in verschiedenen Handlungsfeldern getan werden, um ein friedliches Zusammenleben zu unterstützen?*
- *Welche Schwerpunkte sollen zukünftig gesetzt werden, um in der Integrationsarbeit in Oberösterreich die Grundprinzipien des Zusammenlebens in einer demokratischen Gesellschaft zu verankern?*

³ <http://www.integrationsstelle-ooe.at>

Evaluierungen sind ein etabliertes Planungsinstrument im privatwirtschaftlichen und öffentlichen Management. Dominierten anfangs vor allem lineare Evaluierungsansätze, die die Effektivität des Mitteleinsatzes für das Erreichen vordefinierter Ziele überprüfen sollten, so weiß man heute, dass diese auf Kausalitätsannahmen beruhenden Ansätze der Komplexität des politischen Geschehens oft nicht gerecht werden.

In der Politikevaluierung wird daher der Prozessevaluierung Vorrang gegeben, die mit einem Multi-Methoden-Design vor allem Veränderungen im AkteurlInnenumfeld, bei den Orientierungen der involvierten Personen und Organisationen und deren Aktivitäten in den Vordergrund stellt und vielfältige Reflexionsinstrumente enthält.⁴

Diese Herangehensweise steht auch bei der vorliegenden Evaluierung im Vordergrund. Bei dieser handelt es sich um eine Beschreibung und Analyse des Ist-Stands der Integrationsarbeit in Oberösterreich zu einem bestimmten Zeitpunkt. Sie eröffnet Einblicke, die in Folge weiter vertieft werden wollen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Themenfelder, die angesprochen werden, sollten in Zukunft detaillierter beobachtet und weiter evaluiert werden, um tiefere Erkenntnisse zu gewinnen.

1.2. METHODIK UND VORGEHENSWEISE

Um angesichts der komplexen Integrationssituation, verschiedener AkteurlInnen sowie vieldimensionaler Handlungsebenen eine aussagekräftige Analyse zu ermöglichen, setzt die Evaluierung auf ein Multi-Methoden-Design. Entsprechend wurden unterschiedliche Quellen genutzt und verschiedene Methoden angewendet, um Informationen für die Analyse zu erhalten.

Die Analyse beruht auf:

- a) drei Sitzungen des Evaluationsbeirates bestehend aus institutionellen AkteurlInnen in Oberösterreich und VertreterInnen politischer Parteien;
- b) einer internetbasierten Befragung der institutionellen AkteurlInnen in Oberösterreich;
- c) acht thematischen Fokusgruppen mit ExpertInnen und ausgewählten AkteurlInnen zu relevanten Bereichen der Integrationsarbeit in Oberösterreich;
- d) einer begleitenden telefonischen Recherche sowie der Sichtung einer Vielzahl integrationsrelevanter Dokumente.

⁴ Vgl. USAID: Technical Note: Conducting Mixed-Method Evaluations. June 2013.

Online verfügbar unter:

https://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/1870/Mixed_Methods_Evaluations_Technical_Note.pdf

Michael Bamberger: Introduction to Mixed Methods in Impact Evaluations. August 2012.

Online verfügbar unter:

<https://www.interaction.org/sites/default/files/Mixed%20Methods%20in%20Impact%20Evaluation%20%28English%29.pdf>

Für ein Beispiel: Karin Hofer/ Gerald Käfer-Schmidt: Mixed-Methods-Design als Methode der Prozessevaluierung in der lebensweltorientierten Gesundheitsförderung. FH Joanneum 2016.

Online verfügbar unter: [https://www.researchgate.net/publication/282964362_Mixed-Methods-](https://www.researchgate.net/publication/282964362_Mixed-Methods-Design_als_Methode_der_Prozessevaluation_in_der_lebensweltorientierten_Gesundheitsforderung)

[Design_als_Methode_der_Prozessevaluation_in_der_lebensweltorientierten_Gesundheitsforderung](https://www.researchgate.net/publication/282964362_Mixed-Methods-Design_als_Methode_der_Prozessevaluation_in_der_lebensweltorientierten_Gesundheitsforderung)

1.2.1. Evaluationsbeirat

Der Evaluationsbeirat fungierte als übergeordnetes Reflexionsorgan, in dem die zentralen Ergebnisse und Erkenntnisse der Evaluation vorgestellt und gemeinsam diskutiert wurden. Der Beirat umfasste circa 20 Personen und fand unter dem Vorsitz des Landesrates für Integration, Rudi Anschöber,⁵ dreimal statt.

Der Evaluationsbeirat setzte sich aus PolitikerInnen der im oberösterreichischen Landtag vertretenen Parteien sowie VertreterInnen der Verwaltung, der Sozialpartner, des Arbeitsmarktservice, der Polizei und von Nichtregierungsorganisationen zusammen. Die Rückmeldungen vom Evaluationsbeirat wurden berücksichtigt und flossen in die Evaluierung ein.

1.2.2. Onlinebefragung

Alle Institutionen, die für die Integrationsarbeit in Oberösterreich relevant sind, wurden im Zeitraum von 08.06.2017 bis 07.07.2017 eingeladen, einen internetbasierten Onlinefragebogen zu beantworten. Der Inhalt der Onlinebefragung wurde zwischen den EvaluatorInnen und der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich abgestimmt und umfasste 55 Fragen mit folgendem Aufbau:

- 1.) Allgemeine Fragen zur Institution (Funktion, Anzahl der MitarbeiterInnen und freiwillig Engagierten, Tätigkeitsfelder, Zielgruppen)
- 2.) Integrationsprojekte (Anzahl, Finanzierung, Bereiche, Wirkung und Auswertungsmethoden)
- 3.) Integrationsthema in Institution (Wichtigkeit, Ressourcen, Zuständigkeiten, Interkulturelle Kompetenzen, Weiterbildungsmöglichkeiten)
- 4.) Leitbilder und Kooperationen (Wichtigkeit Themen, Netzwerke und Kooperationen)
- 5.) Bereiche der Integrationsarbeit (Entwicklungen der letzten Jahre, Einfluss von AkteurInnen, wichtigste Themen für die Zukunft)
- 6.) Stimmungsbilder (Abfragen von Meinungen zu verschiedenen Aussagen, Beenden des Satzes „Integration ist...“)
- 7.) Persönliche Daten

Die Adressen für die Aussendung der E-Mail, die zur Beantwortung der Onlinebefragung aufrief, wurden in Absprache mit den EvaluatorInnen von der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich⁶ zur Verfügung gestellt.

Es gab 3050 gültige Aussendungen mit der Aufforderung zur Teilnahme an der anonymen Onlinebefragung – eine absichtlich breite Aussendung an alle potentiell relevanten AkteurInnen, um ein möglichst umfassendes und vollständiges Bild zu erhalten.

⁵ <http://www.integrationsstelle-ooe.at>

⁶ Für eine Übersicht der Adressaten siehe Anhang.

497 Personen haben die Onlinebefragung beantwortet, was einer Rücklaufquote von 16,3% entspricht.⁷ Von den 497 Personen haben 312 den Fragebogen ganz, 97 fast vollständig und 88 kaum ausgefüllt. Letztere konnten nicht in die Auswertung einbezogen werden, so dass 409 gültige Antworten in die Analyse der Daten miteinbezogen wurden.

Es wurden weder Daten über die Befragten noch über ihre Institutionen automatisch erhoben, da die Umfrage anonym war. Um dennoch einen Überblick über die beteiligten Institutionen zu gewinnen, wurden diese ersucht, ihre Institutionen selbst einem von 22 vorgegebenen Institutionen- und Tätigkeitsfeldern zuzuordnen (siehe Tabelle 1).⁸ Diese Selbstzuordnungen sind die Basis für die Gruppierung wie sie im Text dargestellt werden.

Tabelle 1: Selbstzuordnung der Befragten in der Onlinebefragung

Institutionen	Anzahl Nennungen
NGO, Hilfsorganisation	99
Verein, Initiative (freiwillig)	79
Sozialbereich	78
Gemeindeverwaltung	48
Schule	45
Kindergarten, Kinderbetreuung	35
Jugendarbeit	26
Religiöse Organisation	26
Kulturorganisation	24
Sonstiges (bitte angeben)	20
Landesverwaltung	19
Erwachsenenbildung	18
Kommunalpolitik	15
MigrantInnen-Selbst-Organisation	14
Landespolitik	11
Städtische Verwaltung	10
Gesundheitsbereich	8
Privatwirtschaft	7
Bundesverwaltung	6
Bezirksverwaltung	5
FH/ Universität	5
Berufsschule	3

⁷ Die Aussendung fand kurz vor den Sommerferien statt, weshalb die Rücklaufquote niedriger als erhofft, aber ausreichend hoch für eine fundierte Analyse ausfiel.

⁸ Es waren Mehrfachnennungen möglich, da viele Institutionen in mehreren Bereichen aktiv sind. Bei 409 Rückmeldungen wurden insgesamt 601 Angaben zur Selbstzuordnung gemacht, d.h. dass circa die Hälfte der Befragten zwei Kategorien ausgewählt hat.

Insgesamt haben viele VertreterInnen von NGOs, Vereinen und diversen Institutionen, die sich im Sozialbereich verorten, geantwortet. Hingegen gab es wenig Teilnahme von Berufsschule, Uni/FH sowie Bezirks- und Bundesverwaltung, Privatwirtschaft und Institutionen aus dem Gesundheitsbereich.

Auf Basis der Onlinebefragung wurde eine Analyse auf zwei Ebenen vorgenommen: auf der ersten Ebene wurden alle 409 Antworten miteinbezogen, da sie auf ausgefüllten Fragebögen basierten und alle Antworten für die Ergebnisse relevant waren.⁹

Auf der zweiten Ebene wurden die Antworten nach den Institutionen ausgewertet. Dabei stellte sich heraus, dass jene Kategorien mit sehr wenigen Rückmeldungen statistisch insignifikant waren bzw. zur Verzerrung der Ergebnisse führen konnten, wenn nach Prozenten gefiltert wurde (z.B. 33% einer Gruppierung wurde bei drei Antworten schon erreicht, wenn nur eine Stimme abgegeben wurde). Daher wurden auf der zweiten Analyseebene die sechs unteren Kategorien der Tabelle 1 (orange markiert) entfernt.

Während des Zeitraums der Befragung gab es die Möglichkeit, via E-Mail Rückfragen an die EvaluatorInnen zu stellen. Diese Möglichkeit wurde teilweise genutzt. Die Ergebnisse der Onlinebefragung wurden der Oberösterreichischen Landesregierung, der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich sowie dem Evaluationsbeirat vorgestellt und mit diesen diskutiert. Die Rückmeldungen flossen an entsprechenden Stellen in die vorliegende Evaluierung ein.

1.2.3. Fokusgruppen

Die Gespräche in den Fokusgruppen bauten auf den Ergebnissen der Onlinebefragung auf. Als Ergänzung der Onlinebefragung waren die Fokusgruppen ein wichtiges methodisches Instrument, um Einblicke in aktuelle Phänomene und Entwicklungen der Integrationsarbeit in Oberösterreich zu erhalten und diese in die Evaluierung einfließen lassen zu können.

Ziel der Fokusgruppen war es, Veränderungen und Erfahrungen der letzten Jahre bezüglich einer bestimmten Thematik festzuhalten sowie Erwartungen der StakeholderInnen bezüglich der zukünftigen Entwicklungen und Bedarfe in einem bestimmten Integrationsbereich oder -Thema zu eruieren.

Insgesamt fanden acht moderierte Fokusgruppengespräche mit thematisch ausgewählten ExpertInnen und AkteurInnen aus unterschiedlichen Regionen Oberösterreichs statt. Die Themen waren:

1. Bildung und Sprache
2. Arbeitsmarkt und Qualifizierung
3. Gleichstellung und Gender
4. MigrantInnen-Selbst-Organisationen

⁹ Die Befragten haben nicht alle Fragen gleichsam beantwortet, daher gibt es bei einigen Fragen weniger als 409 Antworten, wie in den Graphiken ersichtlich.

5. Religion, Extremismus und Säkularisierung
6. Vielfalt und Diversität
7. Zusammenleben im urbanen und ländlichen Raum
8. Integrationsbezogene Entwicklungen, Strukturen und Prozesse

Die Fokusgruppen wurden im Oktober 2017 in jeweils 3,5 Stunden durchgeführt. An den Gesprächen beteiligten sich zwischen acht und achtzehn geladenen Personen¹⁰. Die Gespräche wurden protokolliert und deren Auswertung floss in die Evaluierung ein – entsprechende Stellen sind durch Anführungsstriche und *kursive Schrift* gekennzeichnet.

1.2.4. Recherche

Um ein detailliertes Hintergrundwissen über die Integrationsarbeit in Oberösterreich zu gewinnen und Informationen auf ihre inhaltliche Relevanz zu prüfen, wurden vorhandene themenbezogene Berichte und Dokumente gesichtet sowie eine telefonische und internetbasierte Recherche vorgenommen. Die Gespräche wurden in Kurzprotokollen festgehalten und der Inhalt floss in die Evaluierung ein.

Weiters wurde Hintergrundmaterial wie z.B. Statistiken oder Projektberichte zur Verfügung gestellt, die für die Evaluierung analysiert und aufgearbeitet wurden. Die recherchierten Dokumente waren: Das Integrationsleitbild, Integrationsberichte, Studien und Umsetzungsberichte sowie Presseaussendungen und interne Dokumente, Broschüren und Projektflyer, Tätigkeitsberichte verschiedenster im Integrationsbereich tätiger NGOs, Vereine und Initiativen sowie der Newsletter der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich. Diese Quellen flossen als Hintergrundmaterial in die Auswertung ein. Die Quellen sind in den Fußnoten angegeben.

1.3. BEGRIFFLICHKEITEN UND DEFINITIONEN

Die nachfolgenden Begrifflichkeiten und Definitionen wurden in der Evaluierung verwendet.

DrittstaatsangehörigeR: Jede Person, die nicht Staatsangehörige der Europäischen Union im Sinne von Art. 20 Abs. 1 des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union¹¹ ist und die nicht das Gemeinschaftsrecht auf Freizügigkeit nach Art. 2 Abs. 5 des Schengener Grenzkodex¹² genießt.¹³

MigrantInnen: Menschen, die von einem Wohnsitz bzw. Land zu anderen dauerhaften Wohnsitzen bzw. Ländern aus unterschiedlichen Gründen wandern. Der Unterschied von Migrant/innen und Flüchtlingen besteht darin, dass MigrantInnen in ihrem Herkunftsland

¹⁰ Für eine Übersicht der TeilnehmerInnen siehe Anhang.

¹¹ Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (konsolidierte Fassung), ABl. C 326/47.

¹² Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex), ABl. L 105/1.

¹³ Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN): Glossar 2.0 zu Asyl und Migration. Europäische Kommission, Luxemburg 2012. Online verfügbar unter: http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/docs/emn-glossary-de-version.pdf

keine Verfolgung droht und sie jederzeit in ihr Heimatland zurückkehren können.¹⁴

Flüchtling: Laut Genfer Flüchtlingskonvention sind Personen Flüchtlinge, die sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen oder sozialen Gruppe oder ihrer politischen Überzeugung außerhalb ihres Landes befinden und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen können oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen wollen. Bei positivem Abschluss des Asylverfahrens bekommen sie den Status des/der Asylberechtigte/n bzw. anerkannten Flüchtlings.¹⁵

AsylwerberIn: Im globalen Kontext eine Person, die Schutz vor Verfolgung oder ernsthaftem Schaden in einem anderen Land als dem eigenen beantragt und auf eine Entscheidung über den Flüchtlingsstatus unter Anwendung relevanter internationaler und nationaler Instrumente wartet. Im EU-Kontext, eine Person, die einen Antrag auf Schutz nach der Genfer Konvention gestellt hat, über den noch nicht endgültig entschieden wurde.¹⁶

Asyl: Eine Form von Schutz, den ein Staat auf seinem Hoheitsgebiet, basierend auf dem Prinzip des Non-Refoulement und auf international oder national anerkannten Flüchtlingsrechten, gewährt. Asyl wird einer Person gewährt, die in ihrem Herkunfts- oder Wohnsitzland keinen Schutz suchen kann, insbesondere aus Furcht vor Verfolgung aufgrund der Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Meinung.¹⁷

Migrationshintergrund: Gemäß Statistik Austria werden als Personen mit Migrationshintergrund Menschen bezeichnet, deren Eltern im Ausland geboren wurden. Es wird zwischen MigrantInnen der ersten Generation (Personen, die selbst im Ausland geboren wurden) und ZuwanderInnen der zweiten Generation (Kinder von zugewanderten Personen, die aber selbst im Inland zur Welt gekommen sind) unterschieden.¹⁸

¹⁴ BMEIA, ÖIF, UNHCR: Flüchtlinge und Integration. Begriffe einfach erklärt, S. 41.

Online verfügbar unter: <http://www.integrationsfonds.at/publikationen/glossare/fluechtlinge-und-integration/?L=3>

Die Definition von „Migrant/Migrantin“ ist diejenige mit den größten Herausforderungen. Der IOM „Glossary on Migration“ weist zurecht darauf hin, dass es keine international anerkannte Definition des Begriffes gibt, und die Verwendung stark von der Institution bzw. von der Ausrichtung und dem Kontext abhängt.

Vgl.: <https://publications.iom.int/books/international-migration-law-ndeg25-glossary-migration>

So macht es einen Unterschied für die Definition, ob es um Statistiken geht (in denen meist die UN Recommendations on statistics of international migration. Online verfügbar

unter: https://unstats.un.org/unsd/publication/SeriesM/SeriesM_58rev1e.pdf angewandt werden), es sich um arbeitende MigrantInnen handelt (wo die UN Convention on the Rights of Migrants zur Anwendung kommt; Vgl.:

<http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CMW.aspx>) oder ob es um die Menschenrechte von MigrantInnen geht (Vgl. Gabriela Rodríguez Pizarro, Special Rapporteur of the Commission on Human rights in A/57/292, Human rights of migrants, Note by the Secretary-General. 9 August 2002. Online verfügbar unter:

https://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/policy_and_research/un/57/A_57_292_en.pdf

¹⁵ BMEIA, ÖIF, UNHCR: Flüchtlinge und Integration. Begriffe einfach erklärt, S. 27. Siehe FN 14

¹⁶ Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN): Glossar 3.0 zu Asylum and Migration. A tool for better comparability. Europäische Kommission, Brüssel 2014.

Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/glossary/index_a_en.

Der Begriff Asylsuchende wird in dieser Evaluierung synonym verwendet für den Begriff AsylwerberInnen. Die Terminologie enthält keine Differenz danach, ob ein Antrag auf internationalen Schutz eingebracht wurde oder nicht.

¹⁷ EMN: Glossar 2.0 zu Asyl und Migration. Europäische Kommission, Luxemburg 2012. Siehe FN 13

¹⁸ BMEIA, ÖIF, UNHCR: Flüchtlinge und Integration. Begriffe einfach erklärt, S. 41. Siehe FN 14

Siehe auch Statistik Austria. Online verfügbar unter:

2. DEMOGRAPHISCHE ENTWICKLUNGEN IN OBERÖSTERREICH

Die oberösterreichische Integrationspolitik verfolgt eine zukunfts- und prozessorientierte Auseinandersetzung mit dem Thema Integration „vor dem Hintergrund der soziodemographischen Entwicklungen und Notwendigkeiten.“¹⁹ Daher werden die Bevölkerungsentwicklung sowie die Wanderungsbewegungen von und nach Oberösterreich hier kurz skizziert.

2.1. BEVÖLKERUNG

Im Jahresdurchschnitt 2016 hatte Österreich einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von 22,1%, das Land Oberösterreich von 17,8%.²⁰ Oberösterreich lag somit leicht unter dem österreichischen Durchschnitt und nach Wien (42,8%), Vorarlberg (24,5%), Salzburg (21,3%) und Tirol (20,3%) an fünfter Stelle im landesweiten Vergleich.

Der Bevölkerungsstand 2016 belief sich in Oberösterreich auf 1.465.045 Personen.²¹ Davon waren jeweils circa die Hälfte Männer (726.184) und Frauen (738.861) sowie etwa 88% österreichische Staatsangehörige und rund 12% ausländische Staatsangehörige. Die Bevölkerung Oberösterreichs machte 1/6 aller ÖsterreicherInnen aus, so dass Oberösterreich nach Wien und Niederösterreich die drittgrößte Bevölkerung der Republik aufweist. Bezüglich des Alters der Bevölkerung nimmt der Altersquotient in Oberösterreich seit 1981 stetig zu, wobei 61% der Menschen im Jahr 2016 zwischen 20 und 64 Jahre alt waren.

Tabelle 1: Gesamtbevölkerung Oberösterreich 2016 nach Alter

Alter	Anzahl	% an Gesamtbevölkerung OÖ
0-20	300.485	21%
20-64	900.015	61%
65+	264.545	18%
85+	36.345	2%

Q: Land Oberösterreich: Leben in Oberösterreich. Aktuelle statistische Eckdaten.

2.1.1. Verteilung in den Bezirken und Gemeinden

Einige Gemeinden in Oberösterreich haben einen sehr hohen Anteil ausländischer Bevölkerung, während andere nur einen sehr geringen Anteil aufweisen. Insgesamt hatte

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/index.html

¹⁹ Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 4. Siehe FN 19

Online verfügbar unter: http://www.integrationsstelle-ooe.at/Mediendateien/RA_INTEGRATIONSBERICHT.pdf

²⁰ Statistik Austria: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern (Jahresdurchschnitt 2016)

Online verfügbar unter:

https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/033241.html.

Das waren 255.600 Personen. 182.800 aus der ersten Generation und 72.800 aus der zweiten Generation.

²¹ Land Oberösterreich: Leben in Oberösterreich. Aktuelle statistische Eckdaten. Online verfügbar unter:

http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/statistik/gesellschaftundsoziales/eckdaten/eckdaten_4.pdf

Oberösterreich zu Jahresbeginn 2017 einen Anteil von 11,8% ausländischer Bevölkerung, was unter dem österreichischen Durchschnitt von 15,3% lag. Betrachtet man den Bevölkerungsanteil mit einem anderen Geburtsland als Österreich, dann wird der Anteil höher, nämlich 18,9% wie in Tabelle 3 ersichtlich.

Tabelle 2: Bevölkerung OÖ am 1.1.2017 nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland

GEO	Insgesamt	nach Staatsangehörigkeit			nach Geburtsland		
		Österreich h	Nicht-Österreich		Österreich h	Nicht-Österreich	
			abs.	in %		abs.	in %
ÖSTERREICH	8.772.865	7.430.935	1.341.930	15,3	7.116.599	1.656.266	18,9
OBERÖSTERREICH	1.465.045	1.292.373	172.672	11,8	1.245.426	219.619	15
Linz (Stadt)	203.012	159.045	43.967	21,7	147.519	55.493	27,3
Steyr (Stadt)	38.324	31.496	6.828	17,8	29.947	8.377	21,9
Wels (Stadt)	60.739	46.093	14.646	24,1	42.693	18.046	29,7
Braunau am Inn	102.226	88.298	13.928	13,6	85.566	16.660	16,3
Eferding	32.677	30.221	2.456	7,5	29.516	3.161	9,7
Freistadt	66.018	63.674	2.344	3,6	63.008	3.010	4,6
Gmunden	101.103	91.285	9.818	9,7	88.614	12.489	12,4
Grieskirchen	64.462	59.451	5.011	7,8	58.686	5.776	9
Kirchdorf Krems	a.d. 56.540	51.267	5.273	9,3	50.292	6.248	11,1
Linz-Land	146.920	126.369	20.551	14	118.692	28.228	19,2
Perg	67.802	62.503	5.299	7,8	61.445	6.357	9,4
Ried im Innkreis	60.323	54.444	5.879	9,7	53.413	6.910	11,5
Rohrbach	57.136	54.434	2.702	4,7	53.039	4.097	7,2
Schärding	57.181	52.149	5.032	8,8	49.827	7.354	12,9
Steyr-Land	60.114	56.600	3.514	5,8	55.307	4.807	8
Urfahr-Umgebung	84.377	80.259	4.118	4,9	78.697	5.680	6,7
Vöcklabruck	134.961	120.569	14.392	10,7	116.877	18.084	13,4
Wels-Land	71.130	64.216	6.914	9,7	62.288	8.842	12,4

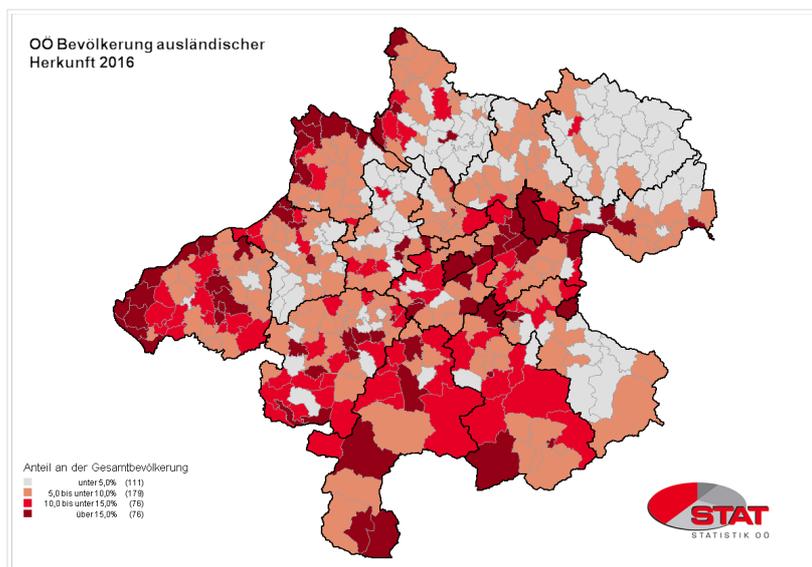
Q: Statistik Austria: Statistik des Bevölkerungsstandes. Erstellt am 23.05.2017. 1) Gebietsstand seit der Auflösung des Bezirks Wien-Umgebung (LGBl. NÖ. Nr. 004/2016).

Wie aus der Tabelle 3 ersichtlich, ist die Verteilung in den fünfzehn politischen Bezirken in Oberösterreich allerdings sehr unterschiedlich: Während der Anteil ausländischer Bevölkerung in den Städten Linz, Steyr und Wels 2016 über dem österreichischen Durchschnitt lag (am höchsten mit 24,1% in Wels), hatten Bezirke wie Freistadt, Rohrbach, Urfahr-Umgebung und Steyr-Land einen geringen Anteil ausländischer Bevölkerung.

Auch auf der Gemeindeebene sind die Unterschiede groß. Zu Jahresbeginn 2017 waren die Gemeinden mit dem höchsten Anteil von Personen mit Geburtsort im Ausland Freinberg (42%) und Überackern (38,3%), gefolgt von Hochburg-Ach (37,4) und Traun (30,8). Gemeinden mit dem geringsten Anteil von Personen mit Geburtsort im Ausland waren hingegen Pötting (0,9%), Kaltenberg (1,0%), Schönau im Mühlkreis (1,2%) und Unterweißenbach (1,3%). Der Anteil von Personen mit Geburtsort im Ausland reicht in Oberösterreich somit von 0,9% bis 42%.²²

Vergleicht man die geographische Verteilung von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit den Daten der Volkszählung 2011²³, dann zeigt sich, dass sich der prozentuale Anteil in den Gemeinden kaum verändert hat, sondern vielmehr insgesamt der ansässige ausländische Bevölkerungsanteil in Oberösterreich in den letzten fünfzehn Jahren gewachsen ist. Das heißt, dass ein unterschiedlich hoher prozentualer Anteil in den Gemeinden bedingt durch die Infrastruktur, Arbeits- und Wohnmöglichkeiten über die Jahre konstant blieb – auch wenn insgesamt eine Zunahme stattfand. Eine hohe Diversität der Bevölkerung ist somit in Oberösterreich gegeben – allerdings mit einer sehr unterschiedlichen Verteilung in den einzelnen Gemeinden.

Graphik 1: Prozentualer Anteil der ausländischen Bevölkerung in Oberösterreich 2016



Q: Statistik Oberösterreich. Zur Verfügung gestellt von der oberösterreichischen Zukunftsakademie

²² Statistik Austria: Bevölkerung am 1.1.2017 nach Staatsangehörigkeit bzw. Geburtsland und Gemeinden. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/index.html

²³ Vgl. Statistik Austria: Ergebnisse der Volkszählung 2011. Online verfügbar unter: https://www.statistik.at/web_de/frageboegen/registerzaehlung/volkszaehlung/index.html

2.1.2. Herkunftsländer

So wie in ganz Österreich kam es auch in Oberösterreich in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren zu einer Veränderung der Hauptherkunftsländer von Zugewanderten. Waren bis in die 1990er-Jahre der Raum des ehemaligen Jugoslawiens und die Türkei die wichtigsten Herkunftsregionen, gewann später – und vor allem ab dem EU-Beitritt Österreichs 1994 – die Zuwanderung aus dem EU-Raum stark an Bedeutung.

Tabelle 3: Bevölkerung Fremde in Oberösterreichs 2002 und 2017

Staatsangehörigkeit	2002	%	2017	%	Veränderung abs./ %	
Gesamt	1.377.802	100	1.465.045	100	87.243	6,3
Österreich	1.277.644	92,7	1.292.373	88,2	14.729	1,2
Ausland	100.158	7,3	172.672	11,8	72.514	72,4
EU- und EFTA-Staaten	31.978	2,3	81.732	5,6	49.754	155,6
EU-Staaten vor 2004	13.498	1,0	28.659	2,0	15.161	112,3
darunter: Deutschland	10.750	0,8	22.808	1,6	12.058	112,2
EU-Beitrittsstaaten ab 2004	18.446	1,3	52.424	3,6	33.978	184,2
darunter: Kroatien	10.089	0,7	12.268	0,8	2.179	21,6
darunter: Polen	1.709	0,1	4.000	0,3	2.291	134,1
darunter: Rumänien	2.965	0,2	15.634	1,1	12.669	427,3
darunter: Tschechische Republik	1.226	0,1	2.331	0,2	1.105	90,1
darunter: Ungarn	1.246	0,1	10.174	0,7	8.928	716,5
Drittländer (inkl. unbeka.)	68.180	4,9	90.940	6,2	22.760	33,4
Europ. Drittländer (inkl. Türkei)	55.142	4,0	61.535	4,2	6.393	11,6
darunter: Türkei	17.196	1,2	14.985	1,0	-2.211	-12,9
darunter: Ehemal. Jugoslawien ohne Kroatien und Slowenien	37.202	2,7	41.233	2,8	4.031	10,8
darunter: Afrika	1.315	0,1	4.016	0,3	2.701	205,4
darunter: Asien	2.974	0,2	22.070	1,5	19.096	642,1

Q: Statistik Austria, Statistik des Bevölkerungsstandes. Erstellt am 23.05.2017. Eigene Darstellung

Zwischen 2002 und 2017 stieg die Zahl der in Oberösterreich lebenden Menschen mit einer Staatsangehörigkeit aus dem heutigen EU-Raum um circa 155% an, wobei die Zuwanderung aus Deutschland, Rumänien, Kroatien und Ungarn diesbezüglich eine bedeutende Rolle einnahm.

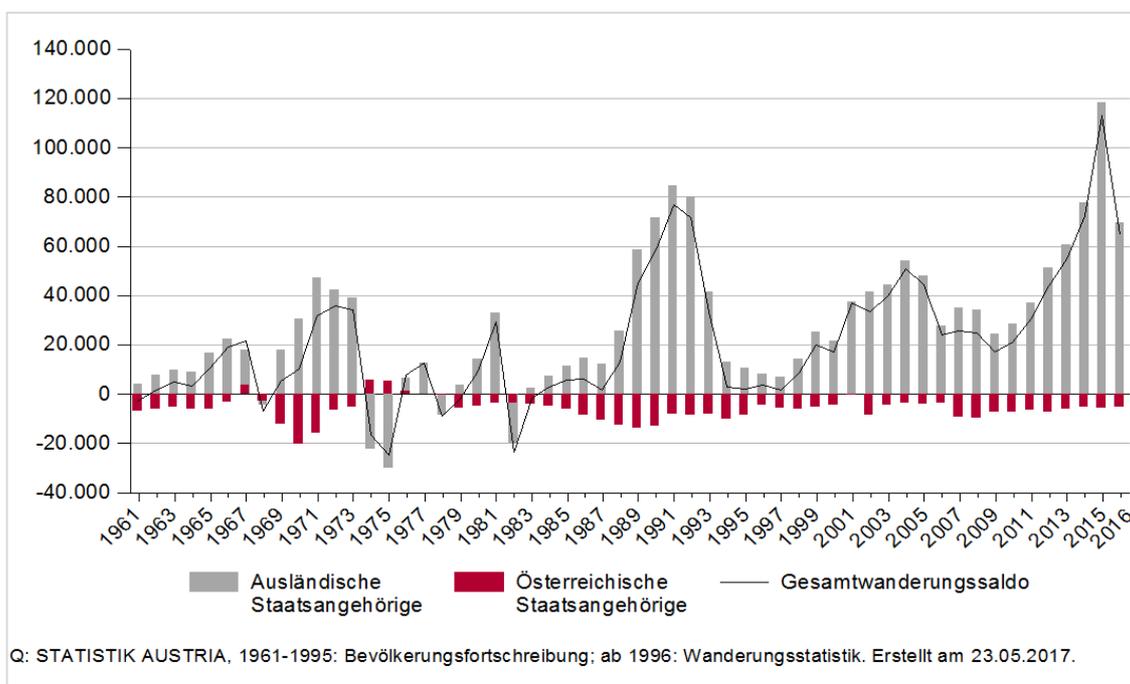
Die Anzahl der Personen, die aus Drittstaaten nach Oberösterreich kamen und weiterhin kommen hat sich in den letzten fünfzehn Jahren ebenfalls sehr stark verändert: von 2002 bis 2017 gab es einen Anstieg von 33,4%. Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit verzeichneten als einzige Gruppe einen leichten Rückgang von 12,9%, während Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien einen leichten Zuwachs von 10,8% hatten.

Prozentual sehr stark angestiegen ist die Anzahl von Menschen mit einer Staatsangehörigkeit aus „Afrika“ (+205,4%) und aus „Asien“ (+642,1%). In den Statistiken der Statistik Austria werden Syrien, Afghanistan, Irak und Iran unter der Kategorie „Asien“ geführt, so dass die Flüchtlingszuwanderung hier inkludiert ist.

2.2. WANDERUNGSBEWEGUNGEN

Die Wanderungsbilanz der Statistik Austria zeigt für Oberösterreich seit 1961 starke Schwankungen von Abwanderungen in einigen Jahren bis zu Zuwanderungen in anderen Jahren. Diese Entwicklungen sind im Zusammenhang mit der gesamten Entwicklung in Österreich zu sehen, weil auch das Wanderungssaldo in Österreich historisch gesehen diversen Schwankungen unterlag.

Graphik 2: Wanderungssaldo Österreich 1961-2016 nach der Staatsangehörigkeit



In Oberösterreich wie in ganz Österreich stabilisierte sich ein positiver Wanderungssaldo seit 1999. 2016 betrug der Gesamtsaldo in Oberösterreich (inklusive Binnenwanderungen innerhalb von Österreich) +8.479. Dieser Saldo ergab sich durch Zuzüge aus dem

Ausland²⁴ und Binnenmigrationen²⁵, in denen mehr Menschen in andere Bundesländer abwanderten als nach Oberösterreich (aus Österreich) zuwanderten.²⁶ Insgesamt ergibt sich somit ein Bild, in welchem es wesentlich mehr Zuzüge aus dem Ausland gab als Abwanderungen – und ein wenig mehr Wegzüge in andere Bundesländer als Zuzüge.

Bei Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (ohne Zu- und Wegzüge von ÖsterreicherInnen) standen im Jahr 2016 20.786 Zuzüge 8.974 Wegzügen gegenüber (mit einem Wanderungssaldo von +11.812). Von den Zuzügen entfielen etwa gleich viel auf EU-Staaten und Drittstaaten (10.199/10.587), während bei den Wegzügen die Angaben für Drittstaaten geringer waren (5.178/3.796). Die EU-Binnenwanderung ist somit wichtig für das Wanderungsgeschehen Oberösterreichs, aber auch die Zuwanderungen und das Bleiben von Drittstaatsangehörigen gewinnen immer mehr an Bedeutung.

Diese Entwicklungen liegen zu einem erheblichen Teil an der Flüchtlingszuwanderung in den Jahren 2015/16. Laut Bundesministerium für Inneres gab es 2014 28.064 Asylanträge in Österreich, 2015 waren es 88.151 (ohne die Humanitäre Aufnahme²⁷) – eine Zunahme um 214,11%.²⁸ Im Jahr 2016 wurden 42.073 Asylanträge gestellt, was zwar eine Reduktion über 50% zum Vorjahr bedeutet, aber immer noch sehr viele im Gesamtvergleich darstellt.²⁹ Das Jahr mit der größten Flüchtlingszuwanderung nach Österreich in den letzten Jahren war somit 2015.

Bekanntlich kamen die meisten AsylwerberInnen 2015 aus Afghanistan und Syrien, gefolgt vom Irak, dann Iran und Pakistan, wobei aus den ersten drei Ländern auch eine beträchtliche Anzahl unbegleiteter Minderjähriger flüchtete.³⁰ 2016 haben sich die Herkunftsländer nicht geändert und es gab ebenfalls beträchtliche Anträge unbegleiteter Minderjähriger – mehrheitlich aus Afghanistan.³¹

Forschungen haben gezeigt, dass Flucht und Migration sich zunehmend vermischen und Menschen aus unterschiedlichen Motiven über gleiche Routen migrieren.³² MigrantInnen und Flüchtlinge wandern dabei nicht zwingend, aber doch vermehrt dorthin, wo sie Familie und Community haben, wegen der sprachlichen Verständigung, um Anknüpfungspunkte zu finden in der Aufnahmegesellschaft und weil es eventuell Unterstützungsstrukturen im

²⁴ 2016 sind 22.558 Menschen aus dem Ausland nach Oberösterreich zugezogen und 11.440 ins Ausland verzogen. Es ergab sich ein Wanderungssaldo mit dem Ausland von +11.118.

²⁵ Es gab 2016 14.108 Zuzüge aus anderen Bundesländern nach Österreich und 16.747 Wegzüge in andere Bundesländer; 114.328 Umzüge innerhalb von Oberösterreich und somit ein Wanderungssaldo von -2.639.

²⁶ Statistik Austria: Wanderungsstatistik. Online verfügbar unter:

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/index.html

²⁷ Vgl. Katerina Kratzmann: Resettlement und die Humanitäre Aufnahme in Österreich. Wien 2016.

Online verfügbar unter: <http://www.emn.at/wp-content/uploads/2017/01/Resettlement-und-das-Humanitäre-Aufnahme-programm-in-Österreich.pdf>

²⁸ BMI: Vorläufige Asylstatistik Dezember 2015, S. 3.

Online verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/2015/Asylstatistik_Dezember_2015.pdf

²⁹ BMI: Vorläufige Asylstatistik Dezember 2016, S. 3.

Online verfügbar unter: http://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/2016/Asylstatistik_Dezember_2016.pdf

³⁰ BMI: Vorläufige Asylstatistik Dezember 2015, S. 7 und S.10. Siehe FN 28

³¹ BMI: Vorläufige Asylstatistik Dezember 2016, S. 7 und S.11. Siehe FN 29

³² SWP Studie, Steffen Angenendt/ Anne Koch: Global Migration Governance im Zeitalter gemischter Wanderungen. der Wanderungen. Folgerungen für eine entwicklungsorientierte Migrationspolitik. Berlin 2017.

Online verfügbar unter: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S08_adt_koh.pdf

Alltag gibt.³³ Tendenziell kann man daher davon ausgehen, dass es in Zukunft weitere Zuzüge von MigrantInnen und Flüchtlingen dorthin in Österreich und Oberösterreich geben wird, wo diese momentan in größerem Umfang ansässig sind.

2.3. ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN

In der Gesamtbetrachtung ist auffällig, dass die Bevölkerung Oberösterreichs insgesamt von Diversität geprägt ist. In Zukunft wird sich dieser Trend fortsetzen: „In Summe lassen die demografischen Prognosen erwarten, dass die Bevölkerung Oberösterreichs bis 2037 weiterwachsen und dabei etwas älter und diverser werden wird.“³⁴ Es ist davon auszugehen, dass eine ungleiche Verteilung in den Bezirken/Gemeinden bestehen bleibt und Integrationsagenden daher auch unterschiedliche Gewichtungen haben werden.

Neben den traditionellen Zuwanderungsgruppen aus Drittstaaten wie der Türkei und Ex-Jugoslawien werden zunehmend Menschen aus dem europäischen Ausland (Deutschland, Rumänien, Kroatien und Ungarn) und Flüchtlinge verschiedener Herkunft sowie Drittstaatsangehörige (vor allem aus Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Russland und afrikanischen Ländern sowie z.B. auch internationale Studierende aus Asien und Südamerika) immigrieren. Es ist Aufgabe der zukünftigen Integrationspolitik, diese Entwicklungen genau im Blick zu behalten und sie durch genaue Beobachtung und Umsetzung in Integrationsmaßnahmen von einer Herausforderung in eine Chance zu verwandeln.

Es ist nach wie vor schwer bezüglich der zukünftigen Flüchtlingszuwanderungen Prognosen anzustellen, da (auch sehr plötzlich auftretende) politische und wirtschaftliche Krisen zu diesen Entwicklungen beitragen. Das Monitoring durch zuständige Institutionen wie das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR)³⁵, die Internationale Organisation für Migration (IOM)³⁶, die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex)³⁷ und durch das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO)³⁸ ist seit 2015 zwar wesentlich verbessert worden – nach wie vor aber ist hier ein gewisses Maß an Ungewissheit gegeben.

Aktuell gibt es jedenfalls keine Anzeichen für eine weitere Flüchtlingszuwanderung in größerem Ausmaß, auch wenn es Signale für weitere vermehrte Abwanderung aus dem arabischen Raum gibt³⁹ und die afrikanische Migration nach Europa deutlich zunimmt⁴⁰.

³³ Albert Kraller/ Christina Hollomey/ Christoph Hurich/ Alexandra König/ Gerhard Muzak (2013): Family Reunification: A barrier or facilitator of integration? Country Report Austria. Vienna: ICMPD. Online verfügbar unter: <http://research.icmpd.org/projects/migration-governance/family-reunification-project/>

³⁴ Amt der oberösterreichischen Landesregierung Direktion Präsidium, Ooerösterreichische Zukunftsakademie: Demografische Zeitreise. Oberösterreich 2037. Linz 2017, S.4.

³⁵ vgl. <http://www.unhcr.org>

³⁶ Vgl. <https://www.iom.int>

³⁷ Vgl. <http://frontex.europa.eu>

³⁸ Vgl. <https://www.easo.europa.eu>

³⁹ Vgl. <http://www.unhcr.org/dach/at/17888-mittlerer-osten-fehlende-gelder-fur-winter-hilfsplan-gefahren-millionen-von-vertriebenen.html>

⁴⁰ Vgl. <http://migration.iom.int/europe/>

3. RAHMENBEDINGUNGEN DER INTEGRATIONSARBEIT IN OBERÖSTERREICH

3.1. DAS VERSTÄNDNIS VON INTEGRATION IN OBERÖSTERREICH

Integration wird in Oberösterreich laut dem Integrationsleitbild Einbeziehen statt Einordnen als dynamischer, offener und unabgeschlossener Prozess verstanden.⁴¹ In den auf Langfristigkeit ausgerichteten Aktivitäten sind Zugewanderte ebenso wie die gesamte Bevölkerung involviert, so dass Integration einen beidseitigen Prozess darstellt – wie es auch auf der Bundesebene und in der Europäischen Union weitestgehend üblich ist⁴² – „um ein gutes Miteinander zu erarbeiten und nachhaltig zu sichern“⁴³.

Der Grad an Integration wird hauptsächlich an Zugängen und tatsächlich bestehender Teilhabe festgelegt. So kann beispielsweise die Teilhabe von Gruppen der Gesamtbevölkerung weniger stark ausgeprägt sein als jene von Zugewanderten und es kann Brüche und Ambivalenzen im Integrationsprozess geben, die nicht an Gruppenzugehörigkeiten festzumachen sind.⁴⁴

Im Zentrum stehen daher Bemühungen, strukturelle Barrieren, die zu sozialer Ungleichheit führen⁴⁵ „ungeachtet der nationalen Zugehörigkeit“ zu beheben, um auf diese Weise die Chancengleichheit aller BürgerInnen in Oberösterreich zu fördern. Auch werden (kurzfristige) Konflikte nicht als etwas verstanden, das unbedingt zu vermeiden wäre, sondern als teilweise notwendige Phänomene, die (langfristig) zu einem positiven Ergebnis für die Gesamtgesellschaft beitragen. Konflikte dürfen somit bestehen und sind keine Störfaktoren von Integration, sondern integrativer Bestandteil des Integrationsprozesses.

Dieses Integrationsverständnis ist aus einem 2,5 Jahre dauernden, breit angelegten Prozess der Leitbilderstellung sowie der über Jahre folgenden Umsetzung des Integrationsleitbildes Einbeziehen statt Einordnen in den Gemeinden und Städten Oberösterreichs gewachsen und tief im Bewusstsein und Denken der AkteurInnen verankert. Zusammengefasst trifft nach wie vor das zu, was schon 2008 galt, dass nämlich das Integrationsverständnis in Oberösterreich durch folgende Faktoren gekennzeichnet ist: es ist zukunftsgerichtet und gesamtgesellschaftlich ausgerichtet. Weiters ist es regional verankert, auf das Individuum ausgerichtet und wird als Daueraufgabe verstanden. Es ist leistungs- und potentialorientiert und agiert befähigend unter dem Ansatz des Förderns und Forderns, wie es im Leitbild Einbeziehen statt Einordnen dargestellt ist.⁴⁶

⁴¹ Land Oberösterreich: Einbeziehen statt Einordnen. Zusammenleben in Oberösterreich. Integrationsleitbild des Landes OÖ. Linz 2008, S. 14.

Online verfügbar unter: http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/So_Integrationsleitbild.pdf.

⁴² Vgl. Fundamental Rights Agency: Together in the EU. Promoting the participation of migrants and their descendents. Wien 2017, S. 7.

Online verfügbar unter: <http://fra.europa.eu/en/publication/2017/migrant-participation>

⁴³ Land Oberösterreich: Masterplan Integration, Stand Jänner 2017, S. 6.

Online verfügbar unter: http://www.integrationsstelle-ooe.at/Mediendateien/MASTERPLAN_INTEGRATION%20OÖ.pdf

⁴⁴ Land Oberösterreich: Einbeziehen statt Einordnen. S. 14. Siehe FN 41

⁴⁵ Ebenda, S. 14

⁴⁶ Vgl. Ebenda

3.1.1. Das Integrationsleitbild Einbeziehen statt Einordnen

Das Integrationsleitbild Einbeziehen statt Einordnen entstand in einem Prozess in den Jahren 2006-2008, der mehrere Aktivitäten umfasste. Zunächst wurde 2006 der Integrationsbericht 2006⁴⁷ von Studierenden der Johannes-Kepler-Universität Linz erarbeitet, um eine gemeinsame Wissensgrundlage zur Verfügung zu haben. Es wurde eine Gemeindestudie Oberösterreich zum Thema Integration⁴⁸ erstellt und die Fachtagung „Integration ist gestaltbar“⁴⁹ ausgerichtet.

Schon in einem frühen Stadium wurde festgelegt, dass breite Kommunikation, Sensibilisierung und Austausch in den Regionen von immenser Wichtigkeit für die Berücksichtigung der Bedürfnisse und Interessen eben dieser sind, weshalb die regionale Einbindung in den Prozess der Leitbilderstellung von Anfang forciert wurde. So gab es beispielsweise einen Lenkungsausschuss, in den VertreterInnen des Gemeinde- und Städtebundes eingebunden waren, außerdem wurde die Gemeindestudie „Integration vor Ort“⁵⁰ publiziert und es gab diverse Regionalveranstaltungen⁵¹.

In den Leitbildprozess wurden viele wichtige AkteurInnen eingebunden. Entsprechend wirkten über 200 Personen in thematischen Arbeitskreisen an der Erarbeitung von operativen Maßnahmenempfehlungen mit und über diese Einbindung konnten „viele Institutionen für die Mitarbeit gewonnen werden [...], die sich bisher noch wenig mit Integrationsthemen auseinandersetzt haben, hier aber eine wichtige gesellschaftliche Funktion erfüllen.“⁵² Für die operative Umsetzung wurden in Zusammenarbeit mit dem Lenkungsausschuss strategische Maßnahmen für einige Bereiche erarbeitet. Es war jedoch von vornherein absehbar, dass nicht alle aufgelisteten Maßnahmenempfehlungen umgesetzt werden können, sondern das Integrationsleitbild vielmehr als eine „Orientierung und Aufforderung für eine bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Integrationspolitik zu sehen“⁵³ ist. Man wollte in der Umsetzung flexibel auf gesellschaftliche Veränderungen, geänderte Bedürfnisse und eventuell neue Fragestellungen reagieren können.

Die vier strategischen Leitlinien zielen auf eine diversitätsorientierte Integrationsarbeit ab, die sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit fördert. Diese sind⁵⁴:

⁴⁷ Johannes-Kepler-Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik: Integrationsbericht 2006 – eine Bestandsaufnahme der IST-Situation zur Erarbeitung des Integrationsleitbildes in Oberösterreich. Linz 2006.

Online verfügbar unter: https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente/Abt_So/Integrationsbericht_OOE_NEU.pdf

⁴⁸ Empirische Studie zu den integrationsrelevanten Handlungsfeldern, Aktivitäten und Perspektiven in den Gemeinden Oberösterreichs. Befragung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister inkl. Ergebnisdokumentation der Regionalveranstaltungen in den Oö. Bezirken. Durchgeführt von Dipl.Soz.wiss. Güngör. Basel/Wien: September 2006.

Online verfügbar unter: http://think-difference.com/wp-content/uploads/Gemeindestudie_ENDF.pdf

⁴⁹ Tagungsband der Tagung „Integration ist gestaltbar“, die am 30.10.2007 in Kooperation zwischen dem Sozialressort des Landes OÖ und dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes-Kepler-Universität Linz stattfand, Wien 2008.

⁵⁰ Land Oberösterreich: Integration vor Ort. Regionale Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Ergebnissen und Umsetzungsmöglichkeiten des Integrationsleitbildes in Oberösterreich. Mai bis November 2008.

Online verfügbar unter https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente/Abt_So/RegVerlI_Bericht_ENDF.pdf

⁵¹ Land Oberösterreich: Einbeziehen statt Einordnen. S. 26f. Siehe FN 41

⁵² Ebenda, S. 27.

⁵³ Ebenda, S. 28.

⁵⁴ Ebenda, S. 7f.

Vielfalt leben: Moderne durch Zuwanderung geprägte Gesellschaften zeichnen sich durch eine zunehmende soziale und kulturelle Vielfalt aus. Im Respekt für unterschiedliche Lebensentwürfe erkennt das Land Oberösterreich diese Pluralität an und macht die damit einhergehenden Potentiale und Herausforderungen für das gemeinsame Fortkommen fruchtbar.

Teilhabe sichern: Die Sicherung des gleichberechtigten Zugangs zu den gesellschaftlichen Ressourcen wie Bildung, Arbeit, Gesundheit etc. bildet die zentrale Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben. Faire Teilhabechancen zu schaffen verweist auf die unterschiedlichen Ausgangssituationen der Zugewanderten in den gesellschaftlichen Systemen und erfordert eine Öffnung der Institutionen im Sinne einer bedarfs- und qualitätsorientierten Weiterentwicklung.

Zusammenhalt stärken: Integration bedeutet die Stärkung des Zusammenhalts in einer Gesellschaft. Indem Freiheit, Vielfalt und Gemeinsamkeit nicht als Gegensatz, sondern als Ergänzung zueinander gesehen werden, wird ein Zusammenhalt auf übergeordneter Ebene gefördert. Hierzu bedarf es eines gegenseitigen respektvollen Umgangs, der einlädt und einschließt und die Leistungen des/ der Einzelnen wie auch der Gruppen anerkennt.

Gemeinsam Verantwortung tragen: Verantwortung zu übernehmen heißt, seine Fähigkeiten mit Umsicht und Weitsicht für ein gelingendes Zusammenleben einzubringen. Alle Menschen, Zugewanderte und Gesamtgesellschaft, sowie alle privaten und öffentlichen Institutionen übernehmen ihre Verantwortung in diesem andauernden Prozess der Integration und bringen sich in den verschiedensten gesellschaftlichen Teilbereichen ihren Möglichkeiten entsprechend für eine gemeinsame Zukunft ein.

In drei Umsetzungsberichten wurde der Implementierung des Integrationsleitbildes sowie der Leitlinien und übergeordneten strategischen Maßnahmen nachgegangen, inklusive der Darstellungen von Projekten in den einzelnen Handlungsfeldern.⁵⁵ Aus diesen ist ersichtlich, dass die übergeordneten strategischen Maßnahmen (Bekenntnis zu und Leadership für eine gesamtgesellschaftliche Integrationspolitik seitens der Politik; Weiterentwicklung der Koordinationsstelle für Integration (jetzt: Integrationsstelle des Landes Oberösterreich) als Förder-, Wissens- und Kompetenzzort; Proaktive, zielgruppen-orientierte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit; Ständige Landesintegrationskonferenz; Landesverwaltungsinternes Netzwerk für Integration; Regionale Bezirksplattformen für Integration sowie Monitoring, Controlling und Evaluierung) systematisch in den letzten Jahren umgesetzt wurden.

Es zeigte sich, dass dem Integrationsleitbild nach wie vor eine wichtige Orientierungsfunktion zukommt. Es hat die Zielvorstellungen und den Kurs der Integrationspolitik in Oberösterreich lange vorgegeben und spiegelt sich heute in einer lebendigen, strukturierten, vielschichtigen und stark vernetzten Integrationsarbeit wider.

⁵⁵ Land Oberösterreich: 1. Umsetzungsbericht zum Integrationsleitbild des Landes OÖ. Linz 2011.

Online verfügbar unter: http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/SO_Integration_Umsetzung.pdf

Land Oberösterreich: 2. Umsetzungsbericht zum Integrationsleitbild des Landes OÖ. Linz 2013.

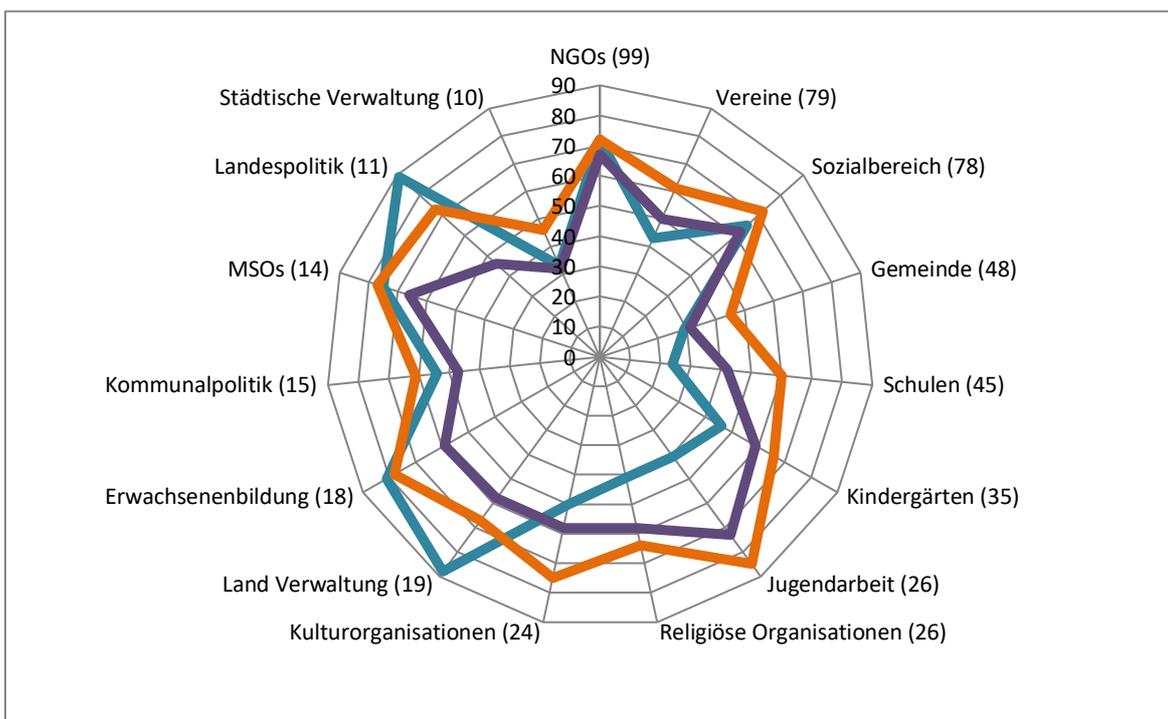
Online verfügbar unter: http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/so_umsetzungsbericht2.pdf

Land Oberösterreich: 3. Umsetzungsbericht zum Integrationsleitbild des Landes OÖ. Linz 2015.

Online verfügbar unter: http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/so_umsetzungsbericht3.pdf

Diesen Umstand konnte man auch in der Onlinebefragung erkennen. Auf die Frage, ob es Kenntnis über das Integrationsleitbild Einbeziehen statt Einordnen gibt, antworteten 51,6% mit Nein und 48,4% mit Ja. Die Frage nach der Wichtigkeit für das Land Oberösterreich wurde insgesamt mit 63% bewertet; und die Frage nach der Wichtigkeit für die alltägliche Arbeit mit 51%. Ersichtlich wird hier, dass doch knapp 50% das Integrationsleitbild Oberösterreichs kennen und es insgesamt von Stakeholdern für das Land und die Arbeit für wichtig gehalten wird.

Graphik 3: Antworten mit Ja auf die Frage: „Kennen Sie das Integrationsleitbild für Oberösterreich "Einbeziehen statt Einordnen"? (türkis) sowie die Frage: „Wie wichtig finden Sie das Integrationsleitbild für das Bundesland Oberösterreich?“ (orange) und die Frage: „Wie wichtig finden Sie das Integrationsleitbild für die Arbeit Ihrer Institution?“ (lila); In Klammern befinden sich die Angaben zur Zahl der Rückmeldungen



Schaut man sich die Angaben der verschiedenen StakeholderInnen an, werden einige Unterschiede ersichtlich: NGOs waren die einzigen, die gleichförmige Antworten auf diese drei Fragen gaben: sie kennen das Integrationsleitbild etwa gleich viel, wie sie es wertschätzen für das Land und für die Arbeit. Im Gegensatz dazu gab es StakeholderInnen (Landespolitik, Landesverwaltung und Erwachsenenbildung), unter denen das Integrationsleitbild bekannter ist, zugleich aber für das Land und die konkrete Arbeit als weniger relevant eingeschätzt wird. Zudem gab es StakeholderInnen (Jugendarbeit, Religiöse Organisationen, Kindergärten, Schulen, aber auch Vereine), die angaben, dass sie das Integrationsleitbild nur wenig kennen, die Wichtigkeit für das Land aber als hoch einschätzen und seine Wichtigkeit für die Arbeit als etwas geringer.⁵⁶

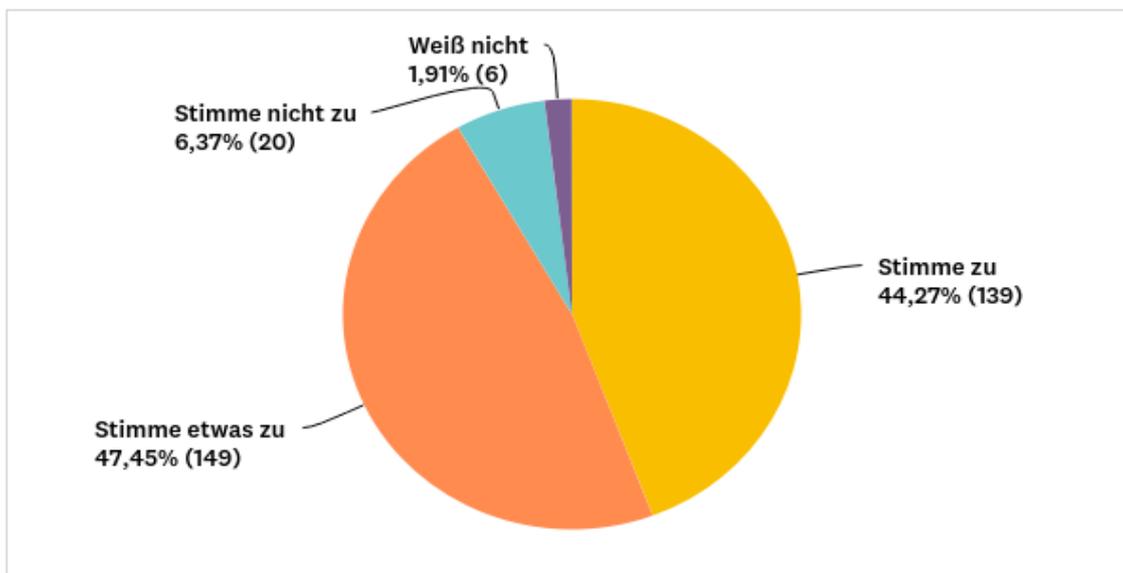
⁵⁶ Da von einigen hohe Angaben gemacht wurden zur Wichtigkeit bei gleichzeitigen niedrigen Angabe das Leitbild zu kennen, kann davon ausgegangen werden, dass die Frage nach der Wichtigkeit als allgemeine Frage von („irgendeinem“)

Der breit angelegte partizipative Leitbildprozess – welcher auf schon viel früheren Bemühungen um die Integration von Drittstaatsangehörigen in Oberösterreich aufbaute – wurde von allen befragten StakeholderInnen lobend hervorgehoben.

Aus der Recherche ging hervor, dass einige diesen gemeinsamen Prozess als fast wichtiger als das Produkt selbst erlebt haben, da er zwei Dinge ermöglichte: die Einbeziehung vieler verschiedener AkteurInnen, die vorher zum Teil kaum Kontakt miteinander bzw. mit der Thematik hatten, und die Erstellung eines Integrationsleitbildes, welches breit von den AkteurInnen, die im Integrationsbereich tätig waren, getragen wurde. So wurde durch den Leitbildprozess das Integrationsverständnis, repräsentiert in den vier Leitlinien, gefestigt auf der Basis der „Einbeziehung aller oberösterreichischen Einwohner/innen auf struktureller, sozialer und kultureller Ebene.“⁵⁷

3.1.2. "Erfolgreiche Integration ist..."

Graphik 4: Antworten auf die Frage: "Oberösterreich bemüht sich um eine gelungene Integration und ein gutes Zusammenleben."



Das wechselseitige, auf die Zukunft gerichtete, gesamtgesellschaftliche und langfristige sowie potentialorientierte und befähigende Integrationsverständnis in Oberösterreich fand sich ebenfalls in der Onlinebefragung wieder, in der 92% angaben, dass sie zustimmen bzw. etwas zustimmen, dass Oberösterreich sich um eine gelungene Integration und ein gutes Zusammenleben bemüht.

Weiters gaben knapp 98% an, dass es für eine gelungene Integration auch der Offenheit der Mehrheitsgesellschaft bedarf – Integration also ein wechselseitiger Prozess zwischen Bevölkerung und Zugewanderten ist.

Leitbild verstanden wurden. Ist dies der Fall, weist dies umso mehr darauf hin, dass bei den StakeholderInnen (Jugendarbeit, Religiöse Organisationen, Kindergärten, Schulen, Vereine) das Leitbild eventuell wenig bekannt ist.

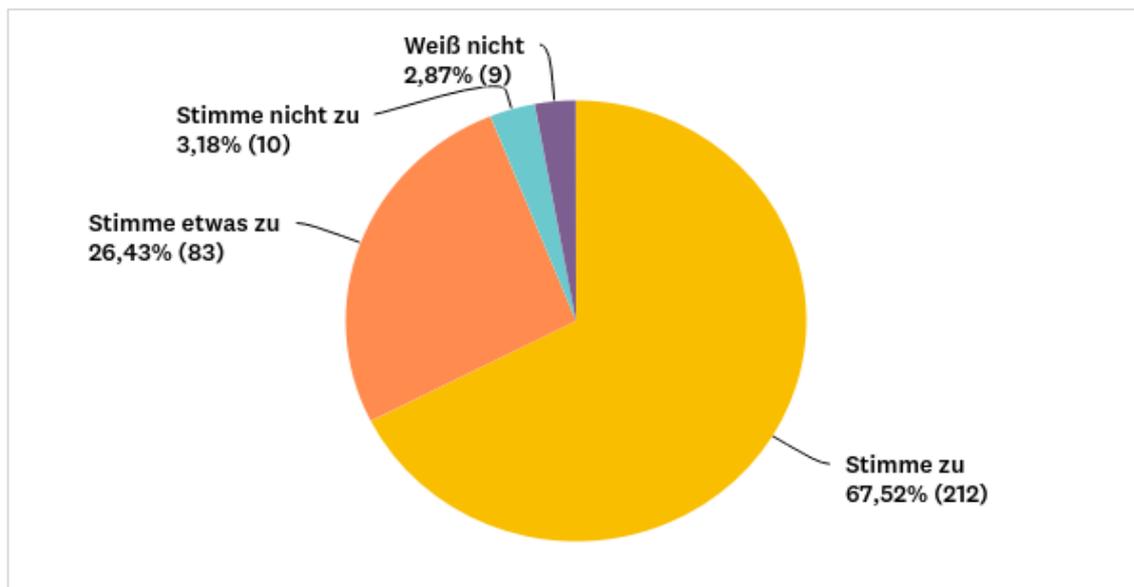
⁵⁷ 1. Umsetzungsbericht, S.25. Siehe FN 55

Graphik 5: Antworten auf die Frage: "Für eine gelungene Integration bedarf es auch der Offenheit der Mehrheitsgesellschaft."



89% gaben weiters an, dass Integrationspolitik ein vernünftiges Augenmaß haben sollte zwischen Fördern und Fordern – und hoben damit eben jenen befähigenden Charakter der Integrationsarbeit in Oberösterreich hervor.

Graphik 6: Antworten auf die Frage: "Integrationspolitik sollte ein vernünftiges Augenmaß haben zwischen Fördern und Fordern."



Das Motto „Integration ist, was wir daraus machen!“ weist auf den Ansatz der Gestaltbarkeit des Zusammenlebens und die Eigenverantwortung aller Beteiligten im Integrationsprozess hin. Dieses Verständnis drückte sich auch in den Antworten auf die Beendigung des Satzes „Erfolgreiche Integration ist...“ aus.

In der Onlinebefragung waren die am häufigsten vorkommenden Wörter dazu: *Zusammenleben, Menschen, Miteinander, Leben* und *Gesellschaft*. Einige Zitate waren:

- *„...ein Geben und Nehmen.“*
- *„...beidseitige Toleranz und Akzeptanz.“*
- *„...miteinander in Verbindung bleiben.“*
- *„...wenn Zusammenleben gleichwertig und mit gleichen Chancen stattfindet.“*
- *„...sich auf Augenhöhe begegnen können (MigrantInnen und ÖsterreicherInnen).“*
- *„...gelungenes Miteinander.“*
- *„...gemeinsam leben und arbeiten.“*
- *„...wenn Menschen verschiedener Herkunft in Würde zusammenleben.“*

Es gab auch andere Stimmen zu dieser Thematik, die den Wunsch widerspiegeln, dass sich MigrantInnen und Flüchtlinge mehr anpassen mögen. Diese Angaben waren jedoch wesentlich geringer in Umfang und Anzahl und es schien bei diesen Antworten nicht um einen assimilatorischen Ansatz zu gehen, sondern um persönliche Erfahrungen, die Grenzen der Akzeptanz markierten. Besonders auffällig war bei diesen Antworten die wiederkehrende Kritik, dass nicht genug Deutsch gelernt würde, dass die österreichischen Werte/die Kultur nicht akzeptiert und Sozialleistungen entgegengenommen würden. Alle drei Faktoren wurden als desintegrativ geschildert.

In den Fokusgruppen wurden die TeilnehmerInnen wie in der Onlinebefragung darum gebeten, ihre Meinung zu einer erfolgreichen Integration darzustellen.⁵⁸ Wie im Onlinefragebogen fand sich am häufigsten das Wort *„Zusammenleben“* in den Antworten und es dominierten neben dem guten Miteinander zwei Schwerpunkte: das gemeinsame Gestalten von Integration in einem wechselseitigen Prozess (*„keine Einbahnstraße“*; *„beidseitiger Prozess“*; *„Vielfalt als Chance“*) und die Betonung von Gleichberechtigung (*„Respekt“*; *„gleiche Chancen herstellen“*). Wiederum bestätigt fand sich an dieser Stelle ein positiv geprägtes Integrationsverständnis – diesmal mit einem breiten Konsens, da keine Angabe oder Antwort den Wunsch nach mehr Anpassung von MigrantInnen und Flüchtlingen zum Ausdruck brachte.

Unter erfolgreicher Integration wird somit in Oberösterreich ein gutes Zusammenleben auf der Basis von gleichberechtigter Teilhabe und Chancengleichheit verstanden. In der Onlinebefragung und den Fokusgruppen wurde ersichtlich, wie tief dieses Integrationsverständnis in Oberösterreich verankert ist. Es ließ sich zwar auch – in sehr verminderter Anzahl – ein Verständnis finden, welches stärker in Richtung einer Anpassung von MigrantInnen an die Mehrheitsgesellschaft geht. Grundsätzlich spiegelte sich jedoch ganz überwiegend jener Ansatz wider, der schon im Integrationsleitbild formuliert wurde und der sich über Jahre hinweg in Oberösterreichs Integrationsarbeit etabliert hat.

⁵⁸ Dazu wurde ein Papier ausgeteilt, auf welchem der Satz *„Erfolgreiche Integration ist...“* zu vervollständigen war.

3.2. INSTITUTIONELLER RAHMEN UND ZUSTÄNDIGKEITEN

Mit dem Integrationsleitbild und dem Leitbildprozess sowie dessen langjähriger Implementierung ist das Integrationsverständnis und -bewusstsein gewachsen und es haben sich Strukturen und Netzwerke entwickelt, die heute die Integrationslandschaft in Oberösterreich maßgeblich prägen. Eine besondere Bedeutung hinsichtlich Steuerung und Koordinierung kommt dabei dem Integrationsressort und der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich zu. Institutionalisierte Netzwerke und die regionale und kommunale Integrationsarbeit sind eine gute Basis für nachhaltige Integrationsarbeit.

3.2.1. Das Integrationsressort des Landes Oberösterreich⁵⁹

Das Amt des Landesrates für Integration hatte zur Zeit der Erstellung des Integrationsleitbildes Josef Ackerl von der SPÖ inne. Sein Ressort umfasste mehrere Sozialbereiche. Nach langjähriger Tätigkeit folgte ihm im Jänner 2014 Mag.^a Gertraud Jahn (ebenfalls SPÖ) als Sozial-Landesrätin nach. Sie setzte erste wichtige Akzente in Richtung „Integration vor Ort“ und fungierte bis Herbst 2015 als Landesrätin für Integration, da nach „den Landtagswahlen 2015 und dem daraus entstehenden Regierungsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ innerhalb der oö. Proporzregierung [...] LR Rudi Anschober mit einem neuen Ressort betraut (wurde), bestehend aus den Themenbereichen Umwelt, Klima- und Konsument/innenschutz und – neu – Asyl und Integration.“⁶⁰

Der amtierende Landesrat für Integration und sein Team verfolgen einen Ansatz, der, abgeleitet vom Integrationsleitbild, auf dem schon vorher breit installierten Integrationsverständnis in Oberösterreich aufbaut und davon ausgeht, dass Integration gemeinsam gelebt werden muss: „mit Verständnis und Offenheit, aber auch auf Basis gemeinsamer Regeln und Werte, die wir uns als Gesellschaft gegeben haben.“⁶¹ Da die Erfahrungen mit der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 wiederholt gezeigt haben, dass Integration als Querschnittsmaterie alle angeht und nur funktionieren kann, wenn alle relevanten StakeholderInnen involviert sind, setzt der amtierende Landesrat für Integration verstärkt auf koordinierte Kooperationen und Netzwerkstrukturen, die eine Kommunikation vor allem mit den Gemeinden erlauben.

So hat sich seit 2015 „eine breite Allianz gebildet, die zusammen in der Integrationsarbeit mitwirkt und sie mitgestaltet.“⁶² Ausgehend von den großen Herausforderungen bei der Quartiersschaffung für Asylsuchende wurde eine strategische Neuausrichtung durchgesetzt, die durch dezentrale Strukturen eine Akzeptanz in der Bevölkerung förderte und so der Quotenerfüllung in Oberösterreich sehr nahekam.⁶³

⁵⁹ Vgl. <http://www.anschober.at>

⁶⁰ Land Oberösterreich: Information zur Pressekonferenz mit Landesrat Rudi Anschober, 24. Oktober 2017 zum Thema "2 Jahre neues Umwelt- und Integrationsressort: der Weg von einem Experiment zu einem Erfolgsmodell. Bilanz & Ziele". Online verfügbar unter: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/LK/PKLRAnschober24.10.2017.pdf>

⁶¹ Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 3. Siehe FN 19

⁶² Ebenda, S.3

⁶³ Vgl. Anfragebeantwortung 10074/AB von Mag. Wolfgang Sobotka zur „Unterbringung von Asylwerbern durch die Bundesländer (Quotenerfüllung)“.

80-85% der Gemeinden in Oberösterreich nahmen Asylwerberinnen auf, was „eine ideale Voraussetzung für (weitere) Integrationsarbeit in den Gemeinden“⁶⁴ darstellte. Grundversorgungsquartiere wurden von der Volkshilfe⁶⁵, der Caritas⁶⁶, dem Österreichischem Roten Kreuz⁶⁷, der Diakonie⁶⁸, dem Samariterbund⁶⁹, von Noah Sozialbetriebe⁷⁰, pro mente oö⁷¹ sowie SOS Menschenrechte⁷² zur Verfügung gestellt und betreut. Zur dezentralen Struktur gehörte auch das Angebot von Deutschkursen nahe an der Unterbringung, um eine Teilnahme zu erleichtern.⁷³

Durch diese strategische Neuausrichtung – welche auch den Paradigmenwechsel beinhaltet, Integration sowie Integrationsmaßnahmen bereits vom ersten Tag des Aufenthalts auch für AsylwerberInnen anzubieten (anstatt wie bisher erst ab dem positiven Bescheid)⁷⁴ – formierte sich nach und nach eine Integrationsoffensive, die QuartiersbetreiberInnen, Nichtregierungsorganisationen, über 10.000 freiwillige HelferInnen, engagierte BürgermeisterInnen, Bezirkshauptmannschaften, Gemeinden, Pfarren, Sozialpartner und Wirtschaftstreibende involvierte.⁷⁵

Herz der Integrationsoffensive ist das Steuerungsinstrument in Form des 3-Ebenen-Modells, wie es in Graphik 7 dargestellt ist. In diesem stellt die Landessteuerungsgruppe ein "Netzwerk für Integration"⁷⁶ dar, das als Informationsdrehscheibe und koordinierende Stelle für die landesweite Umsetzung von Integration eine überaus wichtige Funktion für die Kommunikation und die praktische Integrationsarbeit in Oberösterreich hat.

Unter Beteiligung des Netzwerkes für Integration und vieler anderer Personen und Initiativen formulierte das Integrationsressort im Jahr 2016 den Masterplan Integration⁷⁷: „Die im Masterplan Integration definierten sechs Säulen der Integrationsarbeit waren für die Integrationsarbeit in Oberösterreich, neben der vom Integrationsleitbild getragenen prozessorientierten Integrationsarbeit, im vergangenen Jahr 2016 als Maßnahmenkatalog eine Orientierung, um Integrationsarbeit in Oberösterreich steuern, koordinieren und umsetzen zu können.“⁷⁸

Online verfügbar unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/AB/AB_10074/imfname_578439.pdf

⁶⁴ Land Oberösterreich: Information zur Pressekonferenz mit Landesrat Rudi Anschober, 10. Oktober 2017 zum Thema „Zwei Jahre neues Integrationsressort in OÖ“. Online verfügbar unter: <http://www.anschober.at/presse/artikel/zwei-jahre-neues-integrationsressort-in-ooe/>

⁶⁵ <https://www.volkshilfe-ooe.at>

⁶⁶ <http://www.caritas-linz.at>

⁶⁷ <https://www.roteskreuz.at/nocache/ooe/dienststellen/linz-stadtland/startseite-linz-stadtland/>

⁶⁸ <http://www.diakoniewerk-oberoesterreich.at/de/fluechtlingsarbeit-oberoesterreich/>

⁶⁹ <https://www.samariterbund.net/gruppen/landesverband-oberoesterreich/>

⁷⁰ <http://www.noah-sozialbetriebe.at>

⁷¹ <https://www.pmooe.at>

⁷² http://www.sos.at/index.php?id=179&no_cache=1

⁷³ Zur Situation in der Grundversorgung siehe Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 28ff. Siehe FN 19

⁷⁴ Land Oberösterreich: Zwei Jahre neues Integrationsressort in OÖ, S. 2. Siehe FN 64

⁷⁵ Land Oberösterreich: Masterplan Integration, S. 2f. Siehe FN 43

⁷⁶ Land Oberösterreich: Information zur Pressekonferenz mit Landesrat Rudi Anschober, 24. Oktober 2017, zum Thema "2 Jahre neues Umwelt- und Integrationsressort: der Weg von einem Experiment zu einem Erfolgsmodell. Bilanz & Ziele". Online verfügbar unter: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/LK/PKLRAnschober24.10.2017.pdf>

⁷⁷ Land Oberösterreich: Masterplan Integration, Siehe FN 43

⁷⁸ Ebenda, S. 5.

3.2.2. Integrationsstelle des Landes Oberösterreich⁷⁹

Im Integrationsleitbild 2008 wurde festgehalten, dass die kontinuierliche Weiterentwicklung der seit 2001 eingerichteten Koordinationsstelle für Integration des Landes Oberösterreich eine übergeordnete strategische Maßnahme ist, um den Anforderungen der Integrationsarbeit gerecht zu werden.⁸⁰ Der Schwerpunkt lag hierbei auf der Weiterentwicklung dieser Landesstelle als bedarfs- und wirkungsorientierte Förderstelle, der Verankerung der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich als Wissens- und Kompetenzort und der Ausstattung mit entsprechenden fachlichen, personellen und finanziellen Ressourcen.⁸¹

Im Jahr 2010 wurde die damalige Koordinationsstelle für Integration umbenannt in Integrationsstelle des Landes Oberösterreich und der Landesregierung (Abteilung Soziales und Gesundheit) zugeordnet. Seit 2005 bis Ende 2017 wurde sie von Dr.ⁱⁿ Renate Müller geleitet.⁸² Die Integrationsstelle des Landes Oberösterreich übernimmt eine zentrale Steuerungs- und Koordinationsfunktion in der integrationspolitischen Landschaft des Landes und fungiert außerdem als Förderstelle sowie als Wissens- und Kompetenzort, wie es im Integrationsleitbild vorgesehen ist.

Die Kernaufgaben der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich sind vielfältig und haben sich in den letzten Jahren verschoben und erweitert. Zunächst lagen diese laut 1. Umsetzungsbericht auf der Koordination von Integrationsprojekten und -Initiativen in Oberösterreich, der Förderung von Sprachkursen und Institutionen sowie Vereinen, die aktiv Integrationshilfe leisten, der Unterstützung von Gemeinden in Integrationsfragen, der Vernetzung und Wissensvermittlung zu Fragen rund um Integration, Migration und interkulturelle Themen, der Zusammenarbeit mit AkteurenInnen und Einrichtungen im Integrationsbereich bei der Entwicklung von neuen Projekten und Strategien auf Landes- und Bundesebene sowie der Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung.⁸³

Im 2. Umsetzungsbericht sind die gleichen Kernaufgaben formuliert; zu den aktuellen Schwerpunkten der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich heißt es: „Seit Veröffentlichung des ersten Umsetzungsberichtes zum Integrationsleitbild des Landes OÖ hat sich die Arbeit der Integrationsstelle weiterentwickelt.“⁸⁴ Es wurde die koordinierende und unterstützende Aufgabe für das Verwaltungsinterne Netzwerk für Integrations- und Diversitätsfragen (siehe Kapitel 3.2.3.) aufgenommen, die Unterstützung von Gemeinden in Integrationsfragen ausgebaut und nachhaltige Strukturen geschaffen sowie der Kontakt mit MigrantInnen-Communities intensiviert.

⁷⁹ <http://www.integrationsstelle-ooe.at>

⁸⁰ Land Oberösterreich: Einbeziehen statt Einordnen. S. 39. Siehe FN 41

⁸¹ Land Oberösterreich: Kurzfassung des Integrationsleitbildes OÖ – Schwerpunkte der oberösterreichischen Integrationspolitik. Linz 2009, S. 23. Online verfügbar unter: <http://www2.land-oberoesterreich.gv.at/internetpub/InternetPubPublikationDetail.jsp?SessionID=SID-36D36824-2A82704D&xmlid=Seiten%2F26903.htm&pbNr=1507&dest=ooe>

⁸² Vgl. <http://derstandard.at/1292462247299/Bestellung-Oberoesterreich-bekommt-Integrationsbeauftragte>

⁸³ Vgl. Land Oberösterreich: 1. Umsetzungsbericht, S. 35. Siehe FN 55

⁸⁴ Land Oberösterreich: 2. Umsetzungsbericht, S.41. Siehe FN 55

Diese Veränderungen umsetzend wurden die Kernaufgaben im 3. Umsetzungsbericht ergänzt zu⁸⁵:

- Zusammenarbeit mit und Unterstützung von oberösterreichischen Gemeinden
- Kooperationen mit den unterschiedlichsten migrantischen Selbstorganisationen
- Aktive Unterstützung von Organisationen und Vereinen, die Integrationsarbeit leisten, durch finanzielle und fachliche Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten sowie der Organisation von Veranstaltungen auf kommunaler Ebene
- Förderung von Sprachkursen für Menschen mit Migrationsgeschichte sowie von EU-kofinanzierten Projekten im Integrationsbereich
- Bereitstellung von Informationen rund um die Themen Integration, Migration und Diversität
- Initiierung von Maßnahmen zur strukturellen Verankerung der Integrationsthematik auf Landesebene, aber auch auf kommunaler Ebene im Rahmen der Beratung, Begleitung, Unterstützung von Gemeinden
- Förderung der interkulturellen Kommunikation, der emotionalen Intelligenz sowie der interkulturellen Sensibilität durch die Schaffung von Räumen, wo offen und aktiv sowie auf kreative Weise zukunftsorientierte Entwicklungen diskutiert werden können
- Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung
- Einrichtung diverser Vernetzungsplattformen zur Förderung von Begegnungen, des interkulturellen Dialogs, des Wissensaustausches und der Zusammenarbeit mit AkteurInnen sowie mit Einrichtungen im Integrationsbereich bei der Entwicklung neuer Projekte und Strategien auf Landes- und Bundesebene.

Deutlich erkennbar haben die Aufgaben der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich über die Jahre an Umfang gewonnen. Mit der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 kamen dann noch einmal neue Aufgaben hinzu wie die Inklusion der Zielgruppe der AsylwerberInnen in Integrationsmaßnahmen und die damit verbundene Abstimmung mit dem Referat Grundversorgung für Fremde (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, Abteilung Soziales). Eine besondere Herausforderung ist zudem seit Anfang des Jahres 2016 laut MitarbeiterInnen die Umsetzung von Sprachkursen.

In einem Missverhältnis zu der Erweiterung der Aufgaben stehen die personellen Ressourcen der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich, da bei gleicher MitarbeiterInnen-Anzahl etliche Tätigkeiten hinzukamen. So zeigte sich beispielsweise, dass die Anzahl der Anträge für Vereins- und Projektförderung sowie Deutschkursförderung von 384 im Jahr 2015 auf 1020 im Jahr 2016 angestiegen ist – ein Anstieg um knapp 30%, der sich nicht entsprechend in erhöhten personellen Ressourcen niederschlug.

⁸⁵ Vgl. Land Oberösterreich: 3. Umsetzungsbericht, S.24. Siehe FN 55

3.2.3. Verwaltungsinternes Netzwerk für Integrations- und Diversitätsfragen

Seit 2008 wurde gemeinsam mit der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich auf die teilweise noch vorherrschende Eindimensionalität einiger Verwaltungseinheiten der Landesregierung reagiert.⁸⁶ Das Verwaltungsinterne Netzwerk für Integrations- und Diversitätsfragen wurde daher als strategische Maßnahme 2010 ins Leben gerufen.

Das Verwaltungsinterne Netzwerk für Integrations- und Diversitätsfragen trifft sich halbjährlich und ist ein Gremium, „welches sich auf Landes- und Verwaltungsebene zu den Fragen der gesellschaftlichen Vielfalt, Interkultureller Kompetenz, sowie aktuellen Entwicklungen auseinandersetzt. Das durch den Landesamtsdirektor geleitete Netzwerk dient dem Informationsaustausch und der Vernetzung [...] und wird fachlich und organisatorisch von der Integrationsstelle OÖ begleitet.“⁸⁷ Es integriert mehrere Verwaltungseinheiten mit dem Ziel, „Integration als Querschnittsmaterie in der gesamten Landesverwaltung zu verankern.“⁸⁸ Die AbteilungsleiterInnen fungieren als Schnittstellen, die relevante Informationen an die MitarbeiterInnen kommunizieren.⁸⁹

In den letzten Jahren wurden „vor allem Veränderungen in der Auseinandersetzung mit der Thematik beobachtet. Es ist ein zunehmend entspannter und von Neugier geleiteter Zugang zum Thema Migration und Integration spürbar. Wechselwirkungen werden erkannt und mitgedacht, und auch die strukturelle Verankerung der Thematik in den bestehenden Prozessen des Landes OÖ ist gewährleistet.“⁹⁰

3.2.4. Regionale und kommunale Integrationsarbeit

Schon mit der Erstellung des Integrationsleitbildes wurde deutlich, dass es nicht nur mehr Abstimmung und Informationsverbreitung in der Verwaltung braucht, sondern auch eine strukturierte regionale und kommunale Integrationsarbeit. Die Bedeutung der regionalen Komponente wurde immer sichtbarer und der Schwerpunkt der oberösterreichischen Integrationspolitik, die Gemeinden in ihren Bemühungen zur Integration zu unterstützen, wurde 2009 verankert.⁹¹

Ausgehend von der Prämisse, dass Integration vor Ort – in der Gemeinde im alltäglichen Miteinander der Menschen – passiert, verfolgt die regionale und kommunale Integrationsarbeit zwei strategische Ausrichtungen: eine praxisnahe und umsetzungsorientierte Aufbereitung der Erkenntnisse für die unterschiedlichen AkteurlInnen auf der Gemeinde-, der Regions- und Bezirksebene und eine Verbesserung der strukturellen Voraussetzungen zur Erarbeitung einer Vorgehensweise auf kommunaler Ebene.⁹²

⁸⁶ Land Oberösterreich: 1. Umsetzungsbericht, S.25ff. Siehe FN 55

⁸⁷ Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 21. Siehe FN 19

⁸⁸ Ebenda, S.26.

⁸⁹ Vgl. Land Oberösterreich: Integration, Diversität, Interkulturelle Kompetenzen in der oö. Landesverwaltung. 2014. Online verfügbar unter: https://slidedocument.com/the-philosophy-of-money.html?utm_source=integration-diversitaet-interkulturelle-kompetenz-in-der-ooe-landesverwaltung

⁹⁰ Land Oberösterreich: 3. Umsetzungsbericht, S.36. Siehe FN 55

⁹¹ Land Oberösterreich: Kurzfassung des Integrationsleitbildes OÖ, S.21. Siehe FN 81

⁹² Vgl. Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 16. Siehe FN 19

Entsprechend wurden „die vormals bestehenden Integrationsbüros von der Integrationsstelle OÖ [...] in einem Entwicklungsprozess von Jänner 2013 bis April 2015 mit den Organisationen Caritas für Menschen in Not und der Volkshilfe Flüchtlings- und MigrantInnenbetreuung in die **Regionalen Kompetenzzentren für Integration und Diversität (ReKI)** umgestaltet.“⁹³

Die ReKIs⁹⁴ stellen heute ein gutes Praxisbeispiel auf der europäischen Ebene dar.⁹⁵ Sie gingen aus der regionalen und kommunalen Dimension hervor, handeln im Auftrag der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich und nehmen eine Brückenfunktion zu Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften ein. Sie unterstützen die Gemeinden in allen Belangen der Integrationsarbeit, bieten strategische Prozessbegleitung an⁹⁶, gehen auf den regionalen Bedarf vor Ort als kompetenter Ansprechpartner bei Integrationsthemen ein, dienen als Anlaufstelle und unterstützen bei der Vernetzung sowie der Entwicklung von Projekten.

Unter anderem organisieren die ReKIs gemeinsam mit der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich und den Bezirkshauptmannschaften seit 2015 regionale Bezirksvernetzungstreffen für BürgermeisterInnen und StakeholderInnen und richten ein bis zwei Mal im Jahr regionale Freiwilligenvernetzungstreffen⁹⁷ aus. Ein ExpertInnenpool offeriert externes Wissen für freiwillig Engagierte zu relevanten Themen⁹⁸ und ExpertInnenwissen wird in externen Fachveranstaltungen angeboten, so dass die inhaltliche Wissensvermittlung innerhalb der Kommunen ausgebaut wird. Nicht zuletzt trägt die NGO-Trägerschaft der ReKIs zu einem Zugang „auf Augenhöhe“ sowie der Vertrauensbildung in der Gemeinde bei.⁹⁹

ReKIs bestehen seit 2016 in allen Bezirken Oberösterreichs mit Ausnahme der Statutarstädte Linz, Wels und Steyr. Sie sind Teil des 3-Ebenen-Modells wie es in Graphik 7 dargestellt ist und stehen in Austausch mit der Landessteuerungsgruppe, um relevante Informationen weiterzuleiten, so dass auch die Gremienarbeit und Vernetzung einen wesentlichen Teil der Arbeit der ReKIs ausmachen.

Um eine konsequente Prozessplanung und Steuerung im Integrationsbereich zu ermöglichen, wurden die bereits bestehenden **Steuerungsgruppen zur Koordinierung der Quartierschaffung auf der Landesebene, der Bezirksebene und der Gemeindeebene** um AkteurInnen aus dem Bereich Integration erweitert, wie es im 3-Ebenen-Modell in Graphik 7 skizziert ist.¹⁰⁰

⁹³ Ebenda, S. 16.

⁹⁴ Vgl. <http://www.caritas-linz.at/hilfe-angebote/migration-integration/reki-regionale-kompetenzzentren-fuer-integration-und-diversitaet/>

⁹⁵ Vgl. <http://www.publicpolicyexchange.co.uk/events/HI14-PPE2>

⁹⁶ http://www.integrationsstelle-ooe.at/5334_DEU_HTML.htm

⁹⁷ Land Oberösterreich Integrationsbericht 2016, S. 24. Siehe FN 19

⁹⁸ Vgl. http://www.integrationsstelle-ooe.at/6090_DEU_DRUCK.htm

⁹⁹ Vgl. ReKI – Details zu Aufgabenbereichen, Leistungsangebot und Expertisen. Online verfügbar unter: [http://www.caritas-linz.at/fileadmin/storage/oberoesterreich/migration_integration/ReKI - Details zu Aufgabenbereichen Leistungsangebot und Expertisen.pdf](http://www.caritas-linz.at/fileadmin/storage/oberoesterreich/migration_integration/ReKI_-_Details_zu_Aufgabenbereichen_Leistungsangebot_und_Expertisen.pdf)

¹⁰⁰ Vgl. Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 17. Siehe FN 19

Die Landessteuerungsgruppe entspricht dem „Netzwerk für Integration“ wie oben dargestellt. Sie hat die landesweite Koordination und Planung inne, trifft sich 14-tägig und wird vom Landesrat für Integration geleitet. Die TeilnehmerInnen setzen sich neben VertreterInnen des Landes (Integrationsstelle des Landes Oberösterreich, Grundversorgung, Bildung und Wirtschaft) wie folgt zusammen:¹⁰¹ Landesamtsdirektor, Landeshauptmann, Wirtschaftslandesrat, Bildungslandesrat, Bundesministerium für Inneres¹⁰², Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl¹⁰³, Bezirkshauptmannschaften, Exekutive, Büro der Stadträtin für Integrationsangelegenheiten, Magistrat der Stadt Linz, Landesschulrat, NGOs, ReKIs, Plattform ZusammenHelfen in Oberösterreich¹⁰⁴ sowie Arbeitsmarktservice¹⁰⁵ und Österreichischer Integrationsfonds¹⁰⁶.

Informationen, die in der Landessteuerungsgruppe generiert werden, werden über die VertreterInnen an die Bezirkssteuerungsgruppen, die der Bezirkshauptmann bzw. die Bezirkshauptfrau leitet und in der ebenfalls alle lokalen relevanten AkteurInnen vertreten sind, weitergegeben. Die Einbindung der Bezirkshauptmannschaften, die bereits 2011 Willkommensmappen an Neuankömmlinge ausgeteilt hatten, wurde 2014 erweitert, indem IntegrationskoordinatorInnen in den Bezirkshauptmannschaften ernannt wurden¹⁰⁷. Mit der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 entstanden dann Asylsteuerungsgruppen bei den Bezirkshauptmannschaften, deren Hauptaufgabe zunächst darin bestand, Unterbringungen in den einzelnen Bezirken zu organisieren. Dieser Fokus wurde mit November 2016 auf das Thema Integration verlegt, womit die „wichtige Rolle der Bezirkshauptmannschaften [...] im Bereich der Integration fortgeführt“¹⁰⁸ wurde.

Über die Gemeindesteuerungsgruppen, unter Vorsitz des Bürgermeisters/ der Bürgermeisterin, kommen relevante Informationen dann in einem dritten Schritt in den Gemeinden an, wo es eine enge Abstimmung mit der Zivilgesellschaft und den Regelsystemen vor Ort gibt. Die Gemeindesteuerungsgruppen werden individuell gestaltet und richten sich nach dem aktuellen Bedarf. Je nach bearbeitetem Thema können ExpertInnen eingeladen und Prozessbegleitung von der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich in Koordination mit den Regionalen Kompetenzzentren für Integration und Diversität und der BeraterInnengruppe vor Ort (BvO) angeboten werden. Die folgenden Gemeinden wurden zur Zeit der Erstellung der Evaluierung durch strategische Prozessbegleitung unterstützt: Ansfelden, Attnang-Puchheim, Braunau, Großraming, Mattighofen, Steyr und Traun.

¹⁰¹ Ebenda, S.3

¹⁰² <http://www.bmi.gv.at>

¹⁰³ <http://www.bfa.gv.at>

¹⁰⁴ <http://zusammen-helfen.at>

¹⁰⁵ <http://www.ams.at>

¹⁰⁶ <https://www.integrationsfonds.at>

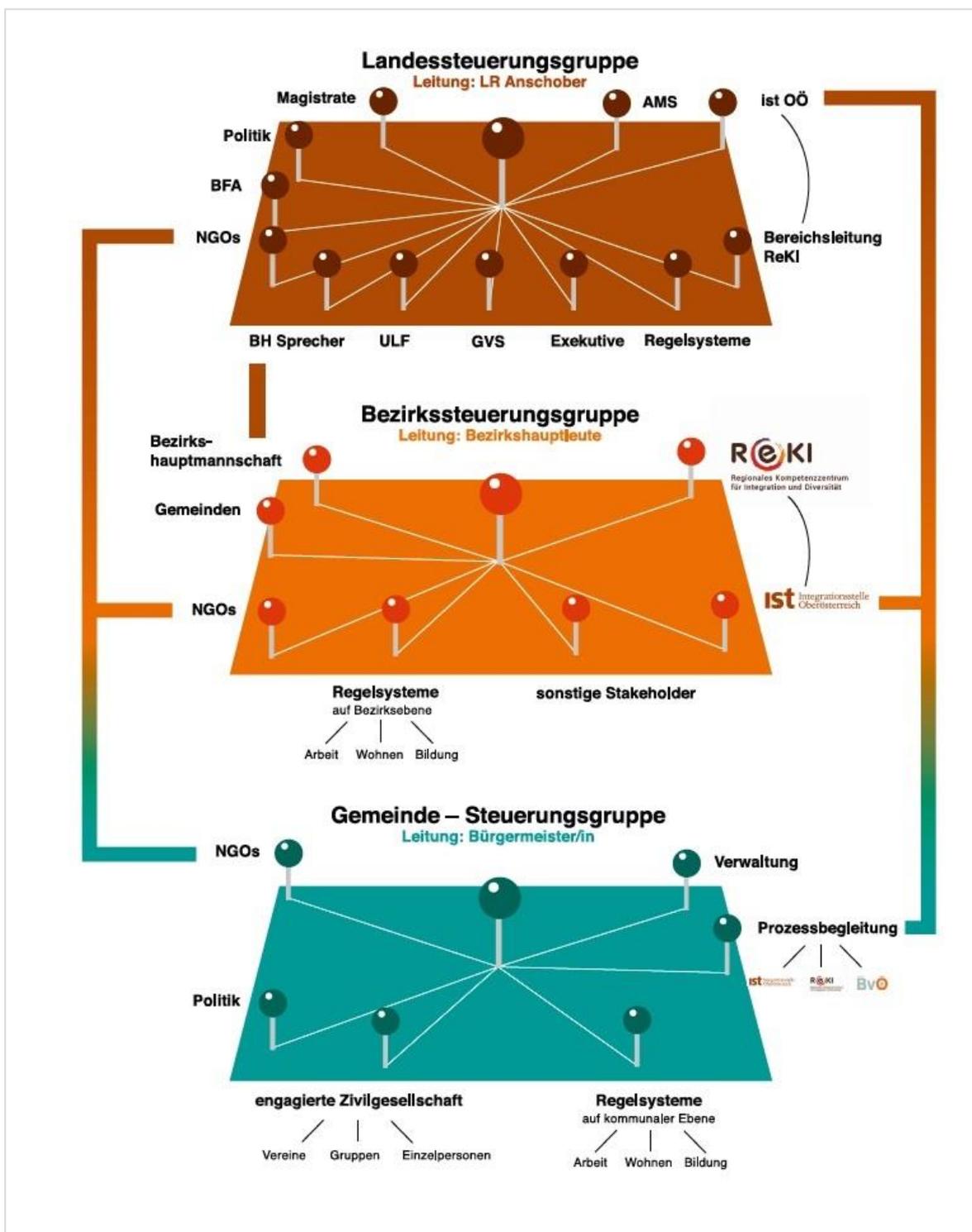
¹⁰⁷ Land Oberösterreich: 3. Umsetzungsbericht, S.34. Siehe FN 55

Die Aufgaben der KoordinatorInnen sind: Sensibilisierung für das Thema in der eigenen Bezirkshauptmannschaft; fungieren als interne Anlaufstelle in Bezug auf die Thematik im eigenen Bezirk; Mitwirkung bei der Vorbereitung und der Analyse der Ergebnisse des Bezirksvernetzungstreffens sowie Bedarfsmeldungen aus den Bezirken an die Integrationsstelle des Landes Oberösterreich bzw. das ReKI. Vgl. Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 21.

¹⁰⁸ Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 17. Siehe FN 19

In den Fokusgruppen und während der Recherche wurde immer wieder auf das sehr stabile 3-Ebenen-Modell als Steuerungsinstrument hingewiesen. Die strukturierte kommunale und regionale Integrationsarbeit und das Vordringen bis in die Gemeinden habe die Qualität der Unterbringung in der ersten Zeit verbessert und später die anschließenden Integrationsmaßnahmen wesentlich positiv gestützt.

Graphik 7: 3-Ebenen-Modell (Land – Bezirke – Gemeinden)



Q: Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2017, S. 18

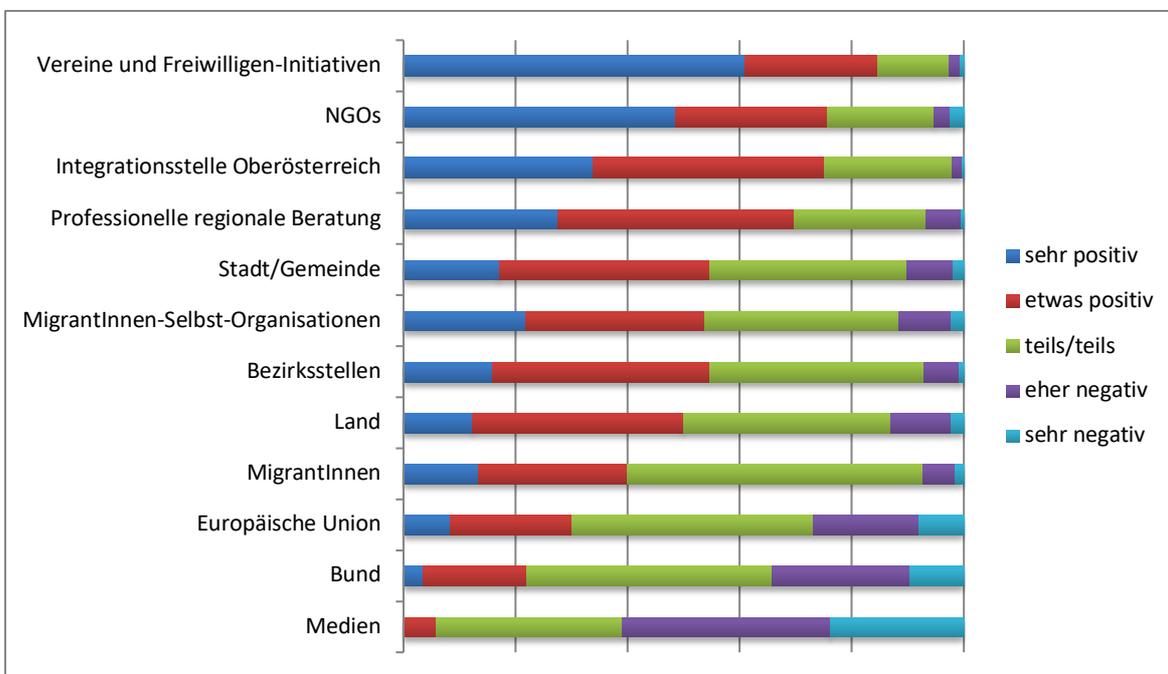
3.2.5. Einfluss von AkteurInnen

Der Einfluss von involvierten AkteurInnen auf die Integrationsarbeit in Oberösterreich wurde während der Evaluierung insgesamt sehr positiv bewertet.

Vor allem der Einfluss des Integrationsressorts bei der pragmatischen Lösung der Quartierssuche und bei der anschließenden Entwicklung strategischer Maßnahmen sowie die positive Rolle der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich bei der Schaffung eines systematischeren Zugangs zu anstehenden Themen und bei der Übernahme gewichtiger Aufgaben in der Wissensvermittlung wurden vielfach betont.

In der Onlinebefragung wurde der Einfluss fast aller AkteurInnen positiv bewertet, was die Einbeziehung der StakeholderInnen auf einer breiten Basis erneut deutlich macht.

Graphik 8: Antworten auf die Frage „Wie war, gesamt gesehen, der Einfluss der folgenden Ebenen/Akteure auf die Integrationsarbeit in Oberösterreich?“



Da viele VertreterInnen von NGOs, Vereinen und aus dem Sozialbereich auf die Onlinebefragung geantwortet haben, wurde in der Analyse der Frage nachgegangen, ob die Bewertung des Einflusses von AkteurInnen aufgrund des Profils der Befragten zustande kam. Dazu wurden zunächst NGOs aus den Antworten entfernt - wodurch sich die Ergebnisse nicht veränderten. In einem zweiten Schritt wurden NGOs, Vereine und der Sozialbereich aus den Antworten entfernt.

Hier gab es leichte Veränderungen: Städte, Gemeinden und das Land wurden etwas besser bewertet und die professionellen regionalen Beratungsstellen sowie die MigrantInnen-Selbst-Organisationen etwas schlechter. Nachdem die Ergebnisse jedoch mehr oder weniger unverändert blieben, kann davon ausgegangen werden, dass es sich nicht nur um ein positives Ergebnis handelt, weil bestimmte Institutionen an der Umfrage

teilgenommen haben, sondern dass es sich um eine valide positive Bewertung des Einflusses der AkteurInnen handelt.

Da es bei den Befragten ein abweichendes Verständnis davon geben kann, was unter „Land“ zu verstehen ist: Integrationsrat, Landespolitik und/oder Verwaltung, wurde dies in den Fokusgruppen noch einmal angesprochen. Hier zeigte sich tendenziell, dass die Arbeit des Integrationsressorts als sehr positiv wahrgenommen wurde, während der Einfluss der Landesregierung deutlich negativer und problematischer bewertet wurde.

Die negativen Stimmen zum Einfluss von AkteurInnen nahmen erst beim Einfluss der Europäischen Union, des Bundes und vor allem der Medien beachtlich zu. Auf die Frage „Wie war, gesamt gesehen, der Einfluss der folgenden Ebenen/Akteure auf die Integrationsarbeit in Oberösterreich?“ haben fast 90% teils/teils, eher negativ und sehr negativ bei Medien angekreuzt.

Die problematische bis desintegrative Rolle der Medien wurde auch in verschiedenen Fokusgruppen stark thematisiert. Diese hätten aktiv zu einer negativen Stimmung in der Bevölkerung beigetragen und würden restriktive Maßnahmen als Lösung darstellen. Die überwiegend negative mediale Berichterstattung würde „*Meinungsmache*“ (vor allem gegen den Islam) stützen, z.B. durch Stereotypisierungen. Dabei wurde stets betont, dass nicht die Berichterstattung an sich das Problem darstelle, sondern in welcher Art und Weise über Vorkommnisse berichtet würde, nämlich nicht fachlich und sachlich, sondern durch negative Bilder und ablehnende Haltungen gekennzeichnet.

Es scheint nach wie vor so zu sein, dass Medien, die eine wichtige Rolle in der Meinungsbildung einnehmen, sich noch wenig „nachhaltig und fachlich fundiert mit den [...] verbundenen Fragen auseinander(setzen).“¹⁰⁹ Dies sowie der Einfluss des Internets und Sozialer Medien wie Facebook, Instagram und Twitter wurde von den TeilnehmerInnen der Fokusgruppen problematisiert, da durch diese Kanäle negative Bilder und polarisierende Ansätze weitertragen werden können.

¹⁰⁹ Land Oberösterreich: 1. Umsetzungsbericht, S. 44. Siehe FN 55

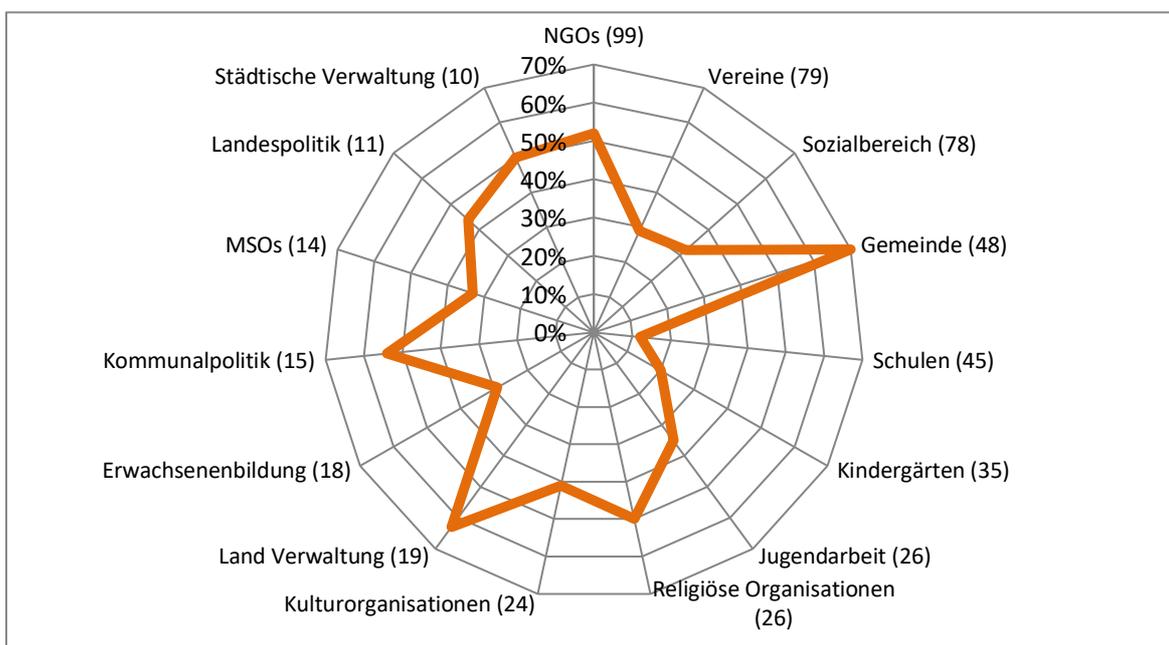
4. INTEGRATIONSLANDSCHAFT OBERÖSTERREICHS

4.1. ERWEITERTE INTEGRATIONSLANDSCHAFT

Die Integrationslandschaft in Oberösterreich hat sich in den letzten Jahren (und vor allem in den letzten zwei Jahren) wesentlich erweitert, so dass diese heute durch viele verschiedene Institutionen geprägt ist. Dazu gehören verschiedene Ebenen der Politik, der Verwaltung und der Regelsysteme wie Universitäten, Schulen und Kindergärten, der Gesundheitsbereich, Institutionen wie das Arbeitsmarktservice ebenso wie Nichtregierungsorganisationen, Vereine, MigrantInnen-Selbst-Organisationen und AkteurInnen aus der Privatwirtschaft.

Mit den Entwicklungen seitv 2015 wurden in einigen Institutionen auch neue Zuständigkeiten für Integrationsagenden geschaffen wie z.B. beim oberösterreichischen Arbeitsmarkt-service oder beim Österreichischen Roten Kreuz. Die Onlinebefragung hat gezeigt, dass personifizierte Zuständigkeiten bzw. Integrationsbeauftragte innerhalb von Institutionen in Oberösterreich weit verbreitet sind: 38,3% gaben an, dass es in ihrer Institution eineN BeauftragteN für Integration gibt. Wobei die Angaben bei einigen Gemeinden im Vergleich zu anderen sehr hoch waren, was zum einen dem Umstand geschuldet ist, dass Gemeinden per Gemeindeordnung¹¹⁰ für Integration verantwortlich und verpflichtet sind, Zuständigkeiten zu schaffen bzw. Verantwortliche zu benennen.

Graphik 9: Antworten auf die Frage „Gibt es in Ihrer Institution eineN BeauftragteN für Integration?“



¹¹⁰ Laut § 18b (Ausschüsse, Beiräte) der oberösterreichischen Gemeindeordnung 1990, Fassung vom 09.12.2017, kann der Gemeinderat für Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinde Ausschüsse für einzelne Zweige der Verwaltung einrichten. Er hat jedenfalls einen Prüfungsausschuss (§ 91 und § 91a) und mindestens drei weitere Ausschüsse für Bau- und Straßenbauangelegenheiten, Angelegenheiten der örtlichen Raumplanung, Schul-, Kindergarten-, Kultur- und Sportangelegenheiten, örtliche Umweltfragen sowie für Jugend-, Familien-, Senioren- und Integrationsangelegenheiten einzurichten. Vgl. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LROO&Gesetzesnummer=10000288>

Weiters wurde kurz vor der Onlinebefragung von der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich eine E-Mail an die Gemeinden versendet mit der Bitte, diese mögen eine/n AnsprechpartnerIn benennen. Dies hat eventuell zu höheren Angaben geführt. Die nächsthöheren Angaben wurden von der Landesverwaltung, der Kommunalpolitik und den Nicht-Regierungsorganisationen gemacht, während Schulen und Kindergärten niedriger lagen.

Mit den Entwicklungen der letzten zwei Jahre und der damit verbundenen Eröffnung von Quartieren kam ebenfalls eine Vielzahl neuer Initiativen und Projekte zur bestehenden Integrationslandschaft hinzu. Ein Trend, der momentan aufgrund der geringeren Zahl von AsylwerberInnen und der Quartiersschließungen, wieder rückläufig ist.

4.1.1. Engagement der Zivilgesellschaft

Die akute Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 wäre ohne den positiven Beitrag von freiwillig Engagierten nicht möglich gewesen. Ihnen kommt eine wichtige Rolle zu und sie sind fester Bestandteil der Integrationsarbeit in Oberösterreich. Daher gibt es Unterstützung in diesem Bereich, wie z.B. durch die Online-Plattform *ZusammenHelfen in Oberösterreich. Gemeinsam für geflüchtete Menschen*, die eine Landkarte der freiwilligen Initiativen, eine Übersicht über Kooperationspartner und reichhaltige Informationen zu Veranstaltungen und Veröffentlichungen anbietet,¹¹¹ oder auch durch den ExpertInnenpool der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich¹¹².

Das freiwillige Engagement ist charakteristisch für die Integrationsarbeit in Oberösterreich, was auch die Angaben in der Onlinebefragung bestätigten, da fast alle Institutionen freiwillig Engagierte in ihre Arbeit einbanden.¹¹³ Die meisten freiwillig Engagierten gab es in MigrantInnen-Selbst-Organisationen, NGOs, Vereinen, bei religiösen Organisationen und im Sozialbereich; während es in der Verwaltung sowie in Schulen und Kindergärten eher wenige Freiwillige gab. Von keiner MigrantInnen-Selbst-Organisation gab es eine Angabe, dass es „gar keine freiwillig Engagierten“ in ihrer Institution gäbe – diese scheinen entsprechend ohne das Engagement von freiwillig Engagierten nicht auszukommen.

In den Fokusgruppen wurde ebenfalls das starke freiwillige Engagement sehr lobend und positiv hervorgehoben. Es gäbe diesbezüglich jedoch Entwicklungen in unterschiedliche Richtungen: zum einen seien „*Erschöpfungsanzeichen*“ beobachtbar, da in den Jahren 2015/16 teilweise Aufgaben übernommen wurden, die zu Überforderung geführt hätten. Gleichzeitig gäbe es aber nach wie vor eine hohe Motivation zu helfen und teilweise sogar einen Überschuss an freiwillig Engagierten, für die keine Aufgaben zur Verfügung stünden. Auch würden freiwillig Engagierte immer wieder mit ihrer Rolle ringen, insbesondere dann, wenn ihre Hilfsbereitschaft von der ansässigen Bevölkerung stark kritisiert wird. Sie müssten sich dann für ihre Rolle rechtfertigen, was wiederum das Engagement deutlich schmälere, da eine ausschließlich positive Konnotation nicht mehr gegeben sei.

¹¹¹ Vgl. <http://zusammen-helfen.at>

¹¹² Vgl. http://www.integrationsstelle-ooe.at/6090_DEU_DRUCK.htm

¹¹³ Es gab insgesamt ausgewogene Angaben zwischen „gar keine freiwillig Engagierten“ bis zu „viele freiwillig Engagierte“.

4.1.2. Die Rolle von MigrantInnen und MigrantInnen-Selbst-Organisationen

MigrantInnen-Selbst-Organisationen sind seit 2009 als wichtige PartnerInnen in die Integrationsarbeit in Oberösterreich eingebunden. Anfänglich ging man davon aus, dass diese angesprochen werden könnten, um einen Zugang zur jeweiligen Community zu erschließen und um eineN AnsprechpartnerIn für die Integrationsarbeit zu haben. Es stellte sich aber heraus, dass MigrantInnen-Selbst-Organisationen häufig selbst nur einen begrenzten Zugang hatten und folglich nur einen kleinen Teil der Community repräsentierten.¹¹⁴ So wurde auch während der Fokusgruppe zu dieser Thematik die Heterogenität evident, die MigrantInnen-Selbst-Organisationen ausmacht: sie repräsentieren häufig eine bestimmte Nationalität oder größere Gruppe, es gibt aber auch kleinere Vereine, die eine Minderheit oder eine religiöse Orientierung innerhalb einer Religion repräsentieren.¹¹⁵ Außerdem gibt es MigrantInnen, die sich nicht organisieren und sich keinem Verein oder keiner Interessenvertretung zugehörig fühlen.

Somit kann folglich teilweise ein Zugang über MigrantInnen-Selbst-Organisationen gefunden werden, da der Wirkungskreis von Vereinen in der Regel über die eingetragenen Vereinsmitglieder hinausgeht – an der Fokusgruppe hat beispielsweise ein neuer syrischer Verein mit wenigen Mitgliedern teilgenommen – aber es kann nicht davon ausgegangen werden, dass über diese automatisch ein Zugang zu MigrantInnen gefunden wird.

Weiters sind MigrantInnen-Selbst-Organisationen oft aus Kulturvereinen entstanden, die sich der Aufgabe widmen, die „eigene Kultur“ in Österreich zu wahren und zu pflegen, was auch heute noch stark das Selbstverständnis einiger Vereine bestimmt. Dies führt teilweise zur Nutzung eines „essentialistischen Kulturbegriffs“¹¹⁶, womit die Zeichnung der Mehrheitsgesellschaft als (abzulehnendes) homogenes Ganzes einhergehen kann.

In diesem Zusammenhang wurde in der Fokusgruppe deutlich, dass einige Vereine sich nahestanden (wie Vereine ähnlicher Herkunftsländer beispielsweise des Balkanraumes oder schon länger existierende Vereine, die durch Kooperationen verbunden waren), andere wiederum sich nicht untereinander bekannt waren und/oder sehr unterschiedliche Ansätze vertraten. Einige VertreterInnen von Vereinen waren sich auch fremd untereinander: *„Ich kenne die anderen Vereine gar nicht. Ich bin erst kurz dabei, aber ich fühle mich manchen ÖsterreicherInnen viel näher als denen, die ich heute hier treffe – obwohl wir das Gleiche machen.“*

Ein unterschiedlicher Ansatz wurde vor allem bei MigrantInnen-Selbst-Organisationen mit Bezug zur Türkei ersichtlich, bei denen verschiedene religiöse und politische Ausrichtungen stark ausgeprägt zu sein schienen. Die Zersplitterung der islamischen und türkischen Gesellschaft und Gemeinschaft reflektierte sich hier in der Ausrichtung und Positionierung der MigrantInnen-Selbst-Organisationen.

¹¹⁴ Land Oberösterreich: 1. Umsetzungsbericht, S.90. Siehe FN 55

¹¹⁵ Vgl. Land Oberösterreich: 2. Umsetzungsbericht, S.28. Siehe FN 55

¹¹⁶ Vgl. Arjun Appadurai: Globale ethnische Räume. In: Ulrich Beck (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main 1998, S. 11-40.

Die Struktur von MigrantInnen-Selbst-Organisationen stellt ebenfalls manchmal eine Herausforderung dar. In einigen Vereinen wurden VereinssekretärInnen (gefördert durch die Integrationsstelle des Landes Oberösterreich) installiert, was Kontinuität und Strukturen mit sich brachte, die meisten Vereinstätigkeiten jedoch basieren nach wie vor auf freiwilligem Engagement, das zeitlich sehr herausfordernd sein kann und mit dem Berufsalltag und dem Privatleben der HelferInnen oft nur schwer in Einklang zu bringen ist.

4.2. KOMPETENZEN DER AKTEURINNEN UND WEITERBILDUNGSBEDARF

Mit der gestiegenen Erweiterung und Diversifizierung der Integrationslandschaft und der Involvierung einer Vielzahl von AkteurInnen ist auch die Professionalisierung der Integrationsarbeit in Oberösterreich weit fortgeschritten. Es gibt insgesamt wesentlich mehr Menschen, die sich mit Integrationsagenden professionell beschäftigen und das Bewusstsein für die Bedürfnisse und Lebenssituationen von Zugewanderten, besonders von Flüchtlingen, ist in den letzten beiden Jahren stark gewachsen. In diesen Themenfeldern werden auch zahlreiche Weiterbildungsangebote zur Verfügung gestellt. Eine wichtige Initiative in diesem Zusammenhang ist die Organisation von Fachveranstaltungen für freiwillig Engagierte in den Gemeinden, die sich aus dem ExpertInnenpool, der auf Initiative der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich ins Leben gerufen wurde, speisen.¹¹⁷

Gleichzeitig, so wurde in den Fokusgruppen deutlich, existiert jedoch auch noch weniger professionelle Arbeit bzw. ein Ausprobieren von Maßnahmen. Dies habe mit 2015/16 wieder zugenommen, wie ein Teilnehmer einer Fokusgruppe prägnant formulierte: *„Ich habe ein Déjà vu-Erlebnis. Da werden Maßnahmen ausprobiert, die haben wir vor 15 Jahren schon umgesetzt.“* Vor allem im Freiwilligenbereich sei dies der Fall, da eine vorherige Qualifizierung häufig nicht vorhanden gewesen sei.

Die Onlinebefragung zeigte, dass externe Fortbildungen üblicher sind als interne, während Institutionen ohne Fortbildungsmöglichkeiten für MitarbeiterInnen und Freiwillige die Ausnahme darstellten. Der Weiterbildungsbedarf umfasste vor allem: Interkulturelle Kompetenzen und Interkulturelle Konflikte, Integration der zweiten und dritten Generation sowie Flüchtlinge. Beim Fortbildungsbedarf zu Herkunftsländern dominierten die Länder Afghanistan, Somalia, Syrien und die Türkei.

Zum Thema Interkulturelle Kompetenz konnte während der Evaluierung kein ganz klares Bild gewonnen werden: einige StakeholderInnen argumentierten in den Fokusgruppen, diese seien ausreichend vorhanden, andere gaben an, dass es nach wie vor starken Bedarf gäbe im Umgang mit kulturellen Differenzen. Auf die Frage der Onlinebefragung, wie wichtig der jeweiligen Institution bei der Aufnahme von neuem Personal das Kriterium der Interkulturellen Kompetenz sei, ergab sich insgesamt ein mittlerer Wert von 56%.¹¹⁸

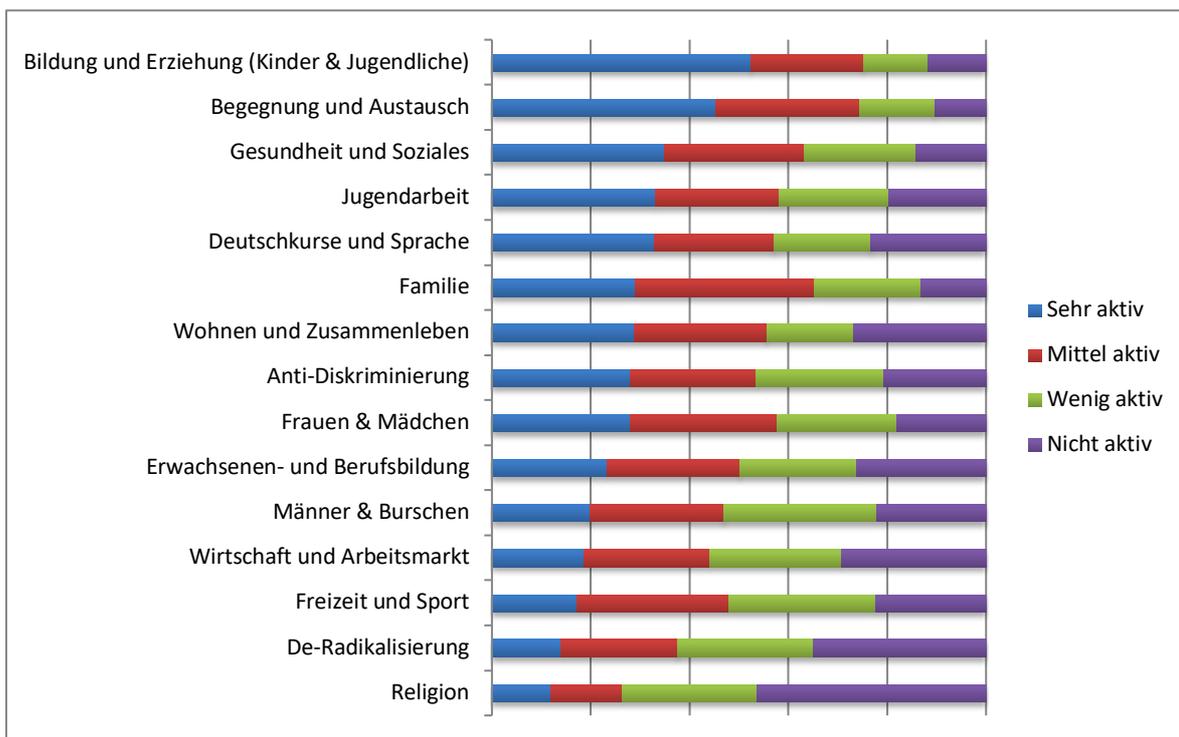
¹¹⁷ Vgl. http://www.integrationsstelle-ooe.at/6090_DEU_DRUCK.htm

¹¹⁸ Dabei haben MigrantInnen-Selbst-Organisationen, NGOs, Kulturorganisationen, Jugendarbeit und der Sozialbereich sowie Vereine hohe Angaben gemacht - und messen entsprechend der interkulturellen Kompetenz ihres Personals mehr

Im 1. Umsetzungsbericht hieß es zu interkulturellen Kompetenzen und Weiterbildungsbedarf, dass es einen boomenden Markt an interkulturellen Fortbildungen und Trainings gäbe: „[...] demnach sind Angebote und anbietende Organisationen auf dem Bildungsmarkt Interkulturalität im vergangenen Jahrzehnt massiv expandiert.“¹¹⁹ Das Angebot sei so reichhaltig, dass es nicht umfassend abgebildet werden könne. Nach den Aussagen der StakeholderInnen scheint ein Bedarf an Wissensvermittlung und Kompetenzen in diesem Bereich jedoch – trotz reichhaltigen Angebots – weiter zu bestehen.

4.3. INTEGRATIONSBEREICHE UND -PROJEKTE

Graphik 10: Antworten auf die Frage „In welchem der unten genannten Bereiche ist Ihre Institution aktiv?“



Von jenen StakeholderInnen, die auf die Onlinebefragung antworteten, waren die meisten in den Bereichen Bildung und Erziehung, Begegnung und Austausch, Gesundheit und Soziales, Jugendarbeit sowie Deutschkurse und Sprache aktiv. Wenig aktiv waren die Institutionen hingegen in den Bereichen: Religion, Deradikalisierung, Freizeit und Sport, Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie Männer und Burschen.

Aus den Antworten lässt sich schließen, dass in den Integrationsbereichen sehr viele unterschiedliche Integrationsprojekte stattfanden: 70,5% der Online-Befragten gaben an, dass sie Integrationsprojekte durchführen; und 82,5% gaben an, dass die Anzahl der Integrationsprojekte in der jeweiligen Institution in den letzten 5-10 Jahren zugenommen hat bzw. in Zukunft zunehmen wird (49,8%).

Bedeutung zu; während Gemeinde und städtische Verwaltung, Schulen und Kindergärten, religiöse Organisationen sowie Landesverwaltung und Landespolitik wesentlich geringere Angaben machten.

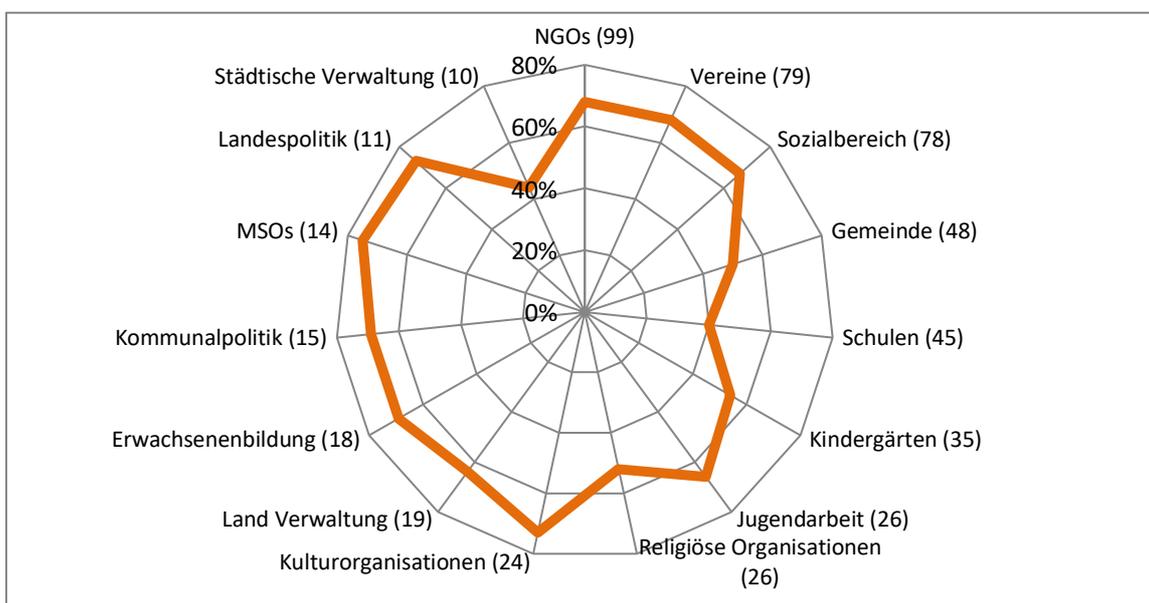
¹¹⁹ 1. Umsetzungsbericht, S.20ff. Siehe FN 55

4.3.1. Die eingeschätzte Wirkung von Integrationsprojekten

Die verstärkte öffentliche Sichtbarkeit der Integrationsarbeit in den letzten Jahren hat auch in Oberösterreich vermehrt zur Forderung geführt, eine Messung des Erfolgs gesetzter Integrationsmaßnahmen durchzuführen und deren Wirkung zu eruieren.¹²⁰

Wirkungsanalysen und Modelle wurden zum Zeitpunkt der Evaluierung zwar nicht systematisch, aber insgesamt doch in größerem Umfang auf Integrationsprojekte angewandt: es gab Zielvereinbarungen, in welchen Handlungsfelder, Jahresziele, Maßnahmen und qualitative Wirkungsziele festgehalten wurden.¹²¹ Die gesichteten Projektberichte illustrierten ihre Aktivitäten mit Statistiken zu verschiedenen Indikatoren (wie Nationalitäten, Alter der Zielgruppen), Auswirkungen und Ergebnissen.

Graphik 11: Antworten auf die Frage „Wie stark schätzen Sie die Wirkung Ihrer Integrationsprojekte ein?“



Bei der Einschätzung der Wirkung von Integrationsprojekten in Oberösterreich gaben die Befragten der Onlinebefragung insgesamt 61% an. Ausgewertet nach den StakeholderInnen wurde ersichtlich, dass die Einschätzung der Wirkung der eigenen Integrationsprojekte bei der Städtischen Verwaltung, den Schulen sowie den Kindergärten und religiösen Organisationen geringer ausfiel, wie aus Graphik 11 ersichtlich ist.

4.3.2. Methoden der Wirkungsmessung

Bei der Frage nach den Methoden zur Auswertung von Integrationsprojekten wurden MitarbeiterInnen-Gespräche (52,7%) und interne Evaluierungen (51,8%) am häufigsten genannt. Zielgruppenbefragungen (29,0%) und statistische Auswertungen (26,8%) folgten; externe Evaluierungen (16,1%) wurden am seltensten angegeben (siehe Tabelle 5).

¹²⁰ Vgl. Land Oberösterreich: 3. Umsetzungsbericht, S.20. Siehe FN 55

¹²¹ Allerdings oft ohne numerische Angaben und Indikatoren, die für eine Nachvollziehbarkeit unerlässlich sind.

Tabelle 5: Antworten auf die Frage „Welche Methoden verwendet Ihre Institution, um Integrationsprojekte auszuwerten?“

Angaben	%
MitarbeiterInnen-Gespräche	52,68
Interne Evaluierung	51,79
Zielgruppenbefragungen	29,02
Statistische Auswertungen	26,79
Weiß nicht	20,09
Externe Evaluierung	16,07
Sonstige	7,59

Weiters wurde während der Recherche angegeben, dass aktuell keine systematischen Wirkungsanalysen der Integrationsprojekte in Oberösterreich durchgeführt werden und die Messung noch ausbaufähig sei. In vielen Bereichen würden nur die Aktivitäten/Maßnahmen sowie die Anzahl der TeilnehmerInnen angegeben, aber eine Messung der Wirkung anhand von Indikatoren fände nur in einigen Projekten statt.

Nach wie vor gilt daher, was im 3. Umsetzungsbericht schon angeführt ist, dass nämlich die „zunehmende Komplexität und Vielfalt in der Integrationsarbeit (es) erfordert [...], das Thema Wirkungsorientierung auch in den kommenden Jahren verstärkt zu fokussieren.“¹²²

4.3.3. Unsicherheiten bei der Weiterführung

Bezüglich der Weiterführung von Integrationsprojekten konnten im Zuge der Evaluierung einige Unsicherheiten bei den StakeholderInnen beobachtet werden. In der Onlinebefragung gab es bereits Anzeichen für starke Unsicherheiten bezüglich der zukünftigen Ausrichtung der Integrationspolitik in Oberösterreich und der damit einhergehenden Finanzierung von Integrationsprojekten.

In der Recherche sowie in den Fokusgruppen wurde in unterschiedlichen Kontexten immer wieder sichtbar, dass einige StakeholderInnen der Integrationsarbeit in Oberösterreich eine unmittelbare (finanzielle) Abhängigkeit der Fortführung von Projekten von den politischen Entwicklungen annahmen und daher befürchteten, dass einige Projekte nicht weitergeführt werden würden, sollte sich eine restriktivere Ausrichtung der Integrationspolitik in Oberösterreich durchsetzen.

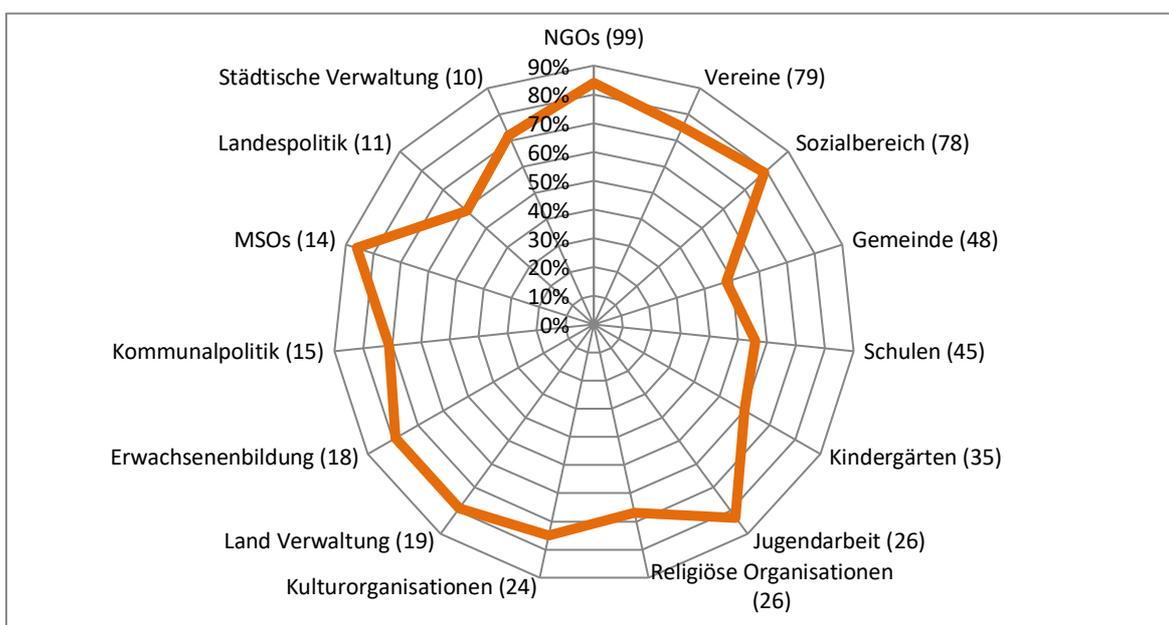
Die direkte Einwirkung, welche die politische Ebene auf die Implementierung der praktischen Integrationsarbeit haben kann, wurde deutlich – und damit verbunden eine fehlende Planbarkeit für die längerfristige praktische Umsetzung von Integrationsprojekten. Unsicherheiten in der Weiterführung und finanziellen Förderung schienen somit ein dringliches Thema der StakeholderInnen zu sein.

¹²² Land Oberösterreich: 3. Umsetzungsbericht, S. 60. Siehe FN 55

4.4. KOOPERATIONEN VON AKTEURINNEN

Die intensive Vernetzung verschiedener AkteurInnen ist ein weiteres Merkmal der Integrationsarbeit in Oberösterreich. Neben der Landespolitik und Landesverwaltung binden sich die Städte und Gemeinden, Nichtregierungsorganisationen, MigrantInnen-Selbst-Organisationen und Vereine sowie Institutionen der Regelsysteme in die regionale und kommunale Integrationsarbeit wie sie in Kapitel 3.2.4. dargestellt ist, ein. Auch die koordinierte Vernetzung in Form des 3-Ebenen-Modells (siehe Graphik 7) erleichtert langfristig die Integration, weil die positiven Erfahrungen als Wirkungsfaktor in das aktuelle (und zukünftige) Handeln weiterwirken. „Laufende Kooperationen (...) zeigen, dass Integration von Asylwerberinnen und Asylwerbern sowie allgemein Menschen mit Migrationshintergrund als Querschnittsthema viele gesellschaftliche Ebenen betrifft und einer kontinuierlichen Befassung mit dem Thema bedarf.“¹²³

Graphik 12: Antworten auf die Frage „Wie wichtig ist Ihrer Institution die Kooperation mit anderen Institutionen im Bereich Integration?“



In der Onlinebefragung gaben die Teilnehmenden auf die Frage, wie wichtig ihrer Institution die Kooperation mit anderen Institutionen im Bereich Integration sei insgesamt 70% an (siehe Graphik 10). Eine institutionenübergreifende Vernetzung wurde allerdings von einigen AkteurInnen intensiver betrieben als von anderen: Nichtregierungsorganisationen, Sozialbereich, Jugendarbeit, Landesverwaltung, Erwachsenenbildung und MigrantInnen-Selbst-Organisationen waren unter denjenigen, die Kooperationen als sehr wichtig einstufen, während die Angaben von Gemeinden, Schulen, Landespolitik und Kindergärten niedriger lagen. In den Fokusgruppen wurde evident, dass dies vor allem am eigenen Selbstverständnis liegt, da einige StakeholderInnen sich als überinstitutionelle Netzwerker verstehen, während dies auf andere weniger zutrifft.

¹²³ Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 9. Siehe FN 19

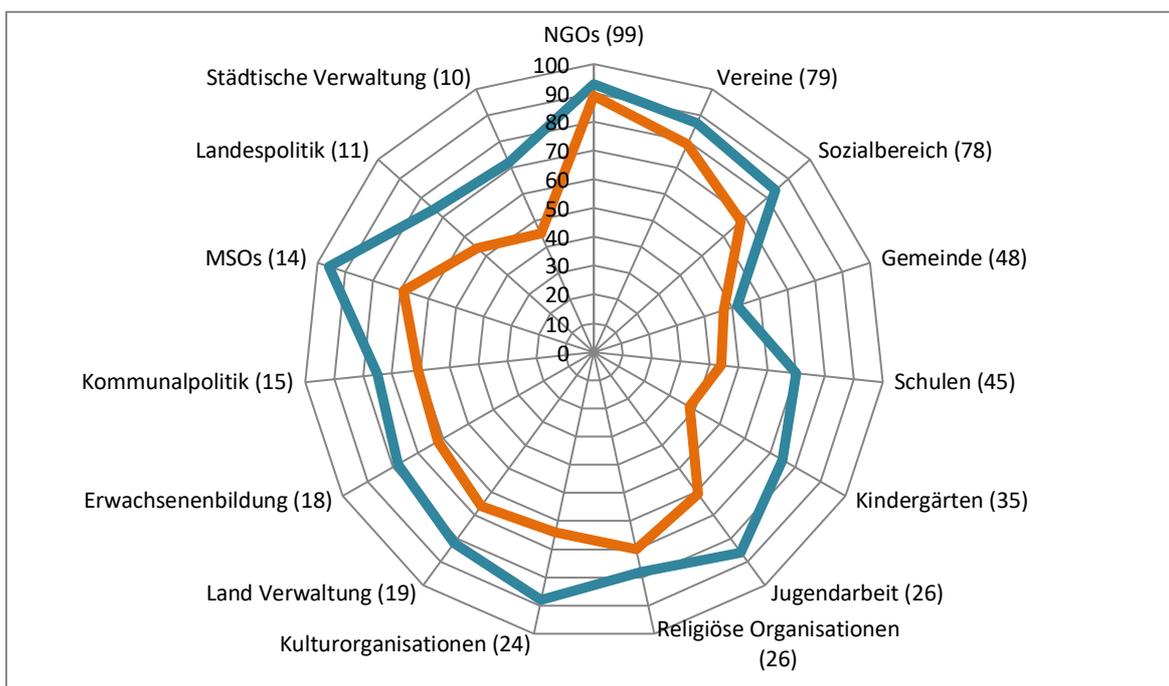
5. STÄRKEN UND SCHWÄCHEN DER INTEGRATIONSARBEIT

5.1. INTEGRATION ALS WICHTIGE THEMATIK

Integration ist ein sehr wichtiges Thema für Oberösterreich, was an einer ausgeprägten Organisationsstruktur in diesem Bereich, etlichen Projekten, Initiativen und Maßnahmen und einer umfassenden strategischen und inhaltlichen Ausrichtung erkennbar ist.

Die Onlinebefragung bestätigte die große Bedeutung, welche die befragten Institutionen der Thematik Integration zuschreiben, mit einer Bewertung von insgesamt 78%. Die Frage nach der Wichtigkeit des Themas Flüchtlinge wurde mit 64% etwas geringer, aber immer noch hoch eingestuft, was zeigt, dass die Flüchtlingsfrage in der Integrationsthematik an Bedeutung gewonnen hat. Die Flüchtlingszuwanderung 2015/16 wurde von vielen AkteurInnen als eine große Herausforderung erlebt, die den positiven Effekt hatte, dass viel freiwilliges Engagement sichtbar wurde und mehr Bewusstsein geschaffen wurde, gleichzeitig aber auch die negative Auswirkung, dass die Bevölkerung (und politische/administrative AkteurInnen) der Thematik zunehmend polarisierend gegenüberstünden, wie in Kapitel 5.1.1 beschrieben.

Graphik 13: Antworten auf die Fragen „Wie wichtig ist das Thema Integration, Migration und Diversität für Ihre Institution?“ (türkis) sowie „Wie wichtig ist das Thema Flüchtlinge für Ihre Institution?“ (orange)



Trotz des Fokus und der Herausforderung der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 ist das Integrations- und Diversitätsfeld nach wie vor qualitativ und quantitativ breiter als die Flüchtlingsthematik und den StakeholderInnen insgesamt das wichtigere Anliegen. Dies wurde auch in den Fokusgruppen deutlich, wo der Wunsch geäußert wurde, man möge „*Flüchtlingsagenden in die normale Integrationsarbeit integrieren*“.

5.1.1. Integrationsarbeit in einer polarisierten Gesellschaft

Wie in Kapitel 4.4. schon angedeutet, haben die Entwicklungen in den letzten beiden Jahren neben einem starken Zusammenhalt der AkteurInnen auch Skepsis gegenüber MigrantInnen, Flüchtlingen und Asylsuchenden in der Bevölkerung hervorgebracht. Die Integrationsarbeit wird somit insgesamt herausfordernder in Oberösterreich, da sie zunehmend mit gesellschaftlichen Spannungen und Brüchen konfrontiert ist.

StakeholderInnen berichteten in den Fokusgruppen, dass es dabei einerseits um eine wachsende „Angst vor Überfremdung“¹²⁴ ginge: Neuankömmlinge würden als kulturell und religiös „zu fremd“ wahrgenommen, so dass teilweise mit Islamfeindlichkeit¹²⁵ geantwortet würde. Weiters würde zunehmend auch von politischer Seite Assimilation¹²⁶ verlangt, statt einen wechselseitigen Prozess zu betonen wie es in Oberösterreich bis dato üblich gewesen war. Kritisch wurde angemerkt, dass diese Dynamiken sich durch den Wahlkampf im Herbst 2017 verstärkt hätten, was kontraproduktiv für die Integrationsarbeit gewesen sei.

Andererseits würden die betroffenen Zugewandertengruppen mit Abschottungstendenzen und Rückzug in die Communities, in die Vereine und in die Religion als Sinnstifter reagieren – was potentiell als großes Risiko für den gesamtgesellschaftlichen Frieden angesehen wird. MigrantInnen und Flüchtlinge seien die „Leittragenden“ einer zunehmend polarisierten Gesellschaft, was langfristig negative Auswirkungen auf eben diese hätte.

Bestätigend wurde diesbezüglich von VertreterInnen einiger Communities berichtet, dass es vielfältige fremdenfeindliche Äußerungen und Übergriffe im Alltag gäbe („Beschimpfungen, schlechte Behandlung und Bespucken“) und „Frustration bzw. Resignation als Reaktion“. StakeholderInnen erklärten, dass es einen „Generalverdacht gegen Muslime“ gäbe, welcher vor allem Jugendlichen schwer zu schaffen mache, weil sie als negativ und/oder gefährlich wahrgenommen würden mit teilweise riskanten Folgen: „Das fördert Extremismus und Radikalismus, weil man sich abgelehnt fühlt und daher zurückzieht.“ Ältere MigrantInnen würden sogar den Wegzug ins Ausland erwägen, eine Einschätzung, die allerdings nicht alle StakeholderInnen teilten.

Weiters wurde ausgeführt, dass „ein Auseinanderdriften der Gesellschaft“ begünstigt würde, wenn Zugewanderten und Flüchtlingen Kontakte zu ÖsterreicherInnen fehlten und keine Anknüpfungspunkte zur Mehrheitsgesellschaft bestünden. Ein solcher Kontakt sei jedoch schwer herzustellen, wenn das Gefühl vorherrscht, nicht gewollt zu sein, Sprachkenntnisse nicht ausreichend sind, um Kontakte und Anknüpfungspunkte zu herzustellen und gleichzeitig fremdenfeindliche Einstellungen „zunehmend salonfähig“ werden.¹²⁷

¹²⁴ Vgl. Zygmunt Baumann: Die Angst vor den Anderen: Ein Essay über Migration und Panikmache. Berlin 2016; Stephan Lessenich: Neben uns die Sintflut: die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München 2016.

¹²⁵ Vgl. Naime Cakir: Islamfeindlichkeit: Anatomie eines Feindbildes in Deutschland (Kultur und soziale Praxis). Bielefeld 2014; Thorsten Gerald Schneiders: Wegbereiter der modernen Islamfeindlichkeit: Eine Analyse der Argumentation so genannter Islamkritiker (Essentials). Wiesbaden 2015.

¹²⁶ Vgl. Ruud Koopmans: Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration. Berlin 2017; Alexander Betts/ Paul Collier: Gestrandet. Warum unsere Flüchtlingspolitik allen schadet – und was jetzt zu tun ist. München 2017.

¹²⁷ Vgl. dazu „Erweiterung des Sagbarkeitsfeldes“ in Lucian Hölscher (Hg.): Political Correctness: Der sprachliche Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen. Göttingen 2008, S.78.

In den Fokusgruppen und während der Recherche wurde ebenfalls argumentiert, dass es neben der Angst vor Überfremdung und Reaktionen des Rückzugs auch eine zunehmende Debatte über das Thema der sozialen Gerechtigkeit gäbe. Die Bevölkerung habe „Angst, dass sie übergangen“ werde und Kosten zu ihren Ungunsten zu tragen kämen.

Eindringlich schilderte ein Teilnehmer einer Fokusgruppe in diesem Zusammenhang die Berechnung der Pension seiner Mutter, „die ein Leben lang gearbeitet hat“, im Vergleich zu anerkannten Flüchtlingen, die noch „keinen Beitrag geleistet haben“ und wesentlich höhere Bezüge hätten. Auch andere TeilnehmerInnen führten in den Fokusgruppen Beispiele aus dem Alltag an, z.B. von „österreichischen Frauen, die in Geburtsvorbereitungskursen Frauen mit Kopftüchern beschimpfen, dass sie noch kein Recht hätten am Kurs teilzunehmen, da sie noch nichts eingezahlt“ hätten, und von schon länger in Österreich lebenden MigrantInnen, die um ihren Lohn fürchten, weil „uns die Flüchtlinge jetzt so viel kosten“.

Insgesamt scheint es einen wahrnehmbaren Wechsel in der Bevölkerung zu geben zu haben. Die große Hilfsbereitschaft der Jahre 2015/16 besteht nach wie vor, sie wird jedoch zunehmend ergänzt durch Gefühle von Ungerechtigkeit, wenn es um soziale Leistungen an Gruppen geht, die als weniger produktiv auf dem Arbeitsmarkt und hilfsbedürftig gelten. Die dahinterstehende Erklärung ist häufig, dass das Gemeinwesen, welches durch den Sozialstaat getragen wird, fragil ist und auf Solidarität, Vertrauen und Werten beruht, die durch unregelmäßige Einwanderung gefährdet würden. Als Konsequenz müsse Einwanderung drastisch gedrosselt bzw. gestoppt werden, um den Sozialstaat aufrecht zu erhalten.¹²⁸ Alternative Narrativen – beispielsweise, dass der (alternde) Sozialstaat Zuwanderung benötigt, um ausreichend arbeitende Bevölkerung zu haben – rücken bei dieser Perspektive meist in den Hintergrund.

Die ökonomischen Effekte der Flüchtlingszuwanderung von 2015/16 wurden für Österreich mehrfach untersucht, haben aber zu keinem einheitlichen Ergebnis geführt: während eine Studie¹²⁹ zu dem Schluss kam, dass es langfristig einen fiskalpolitischen Gewinn geben würde, wurde dies von anderen Studien¹³⁰ stark angezweifelt bis widerlegt: Zum einen wurden Mehrausgaben von 8,1 Milliarden Euro für den Zeitraum 2015-2019 kommuniziert, und zum anderen ergaben sich in dieser Rechnung langfristig mehr Kosten als Nutzen (beispielsweise durch Steuern/Konsum) mit 167.000 Euro pro Flüchtling bis 2060. Die „Belastung“ der Sozialsysteme und die Kosten, welche langfristig entstehen könnten, werden somit ein gewichtiges Thema für die Integrationsarbeit in Oberösterreich bleiben.

¹²⁸ Vgl. Rolf Sieferle: Das Migrationsproblem: Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung. 2017.

¹²⁹ Joanneum Research: Ökonomische Effekte von Asylberechtigten in Österreich. Analyse der arbeitsmarktrelevanten Zahlen, Graz 2017.

Online verfügbar unter: http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2017/05/24/2017-oekonomische-effekte-von-asylberechtigten-in-oesterreich/

¹³⁰ Johannes Berger, Gudrun Biffl, Nikolaus Graf, Ulrich Schuh, Ludwig Stroher: Ökonomische Analyse der Zuwanderung von Flüchtlingen nach Österreich. Krems 2016.

Online verfügbar unter: https://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/_department/migrationglobalisierung/forschung/schriftenreihe/berger_2016_oekonomische_analyse_flucht.pdf

Johannes Holler/ Philip Schuster: Langfristeffekte der Flüchtlingszuwanderung 2015 bis 2019 nach Österreich. Wien 2016.

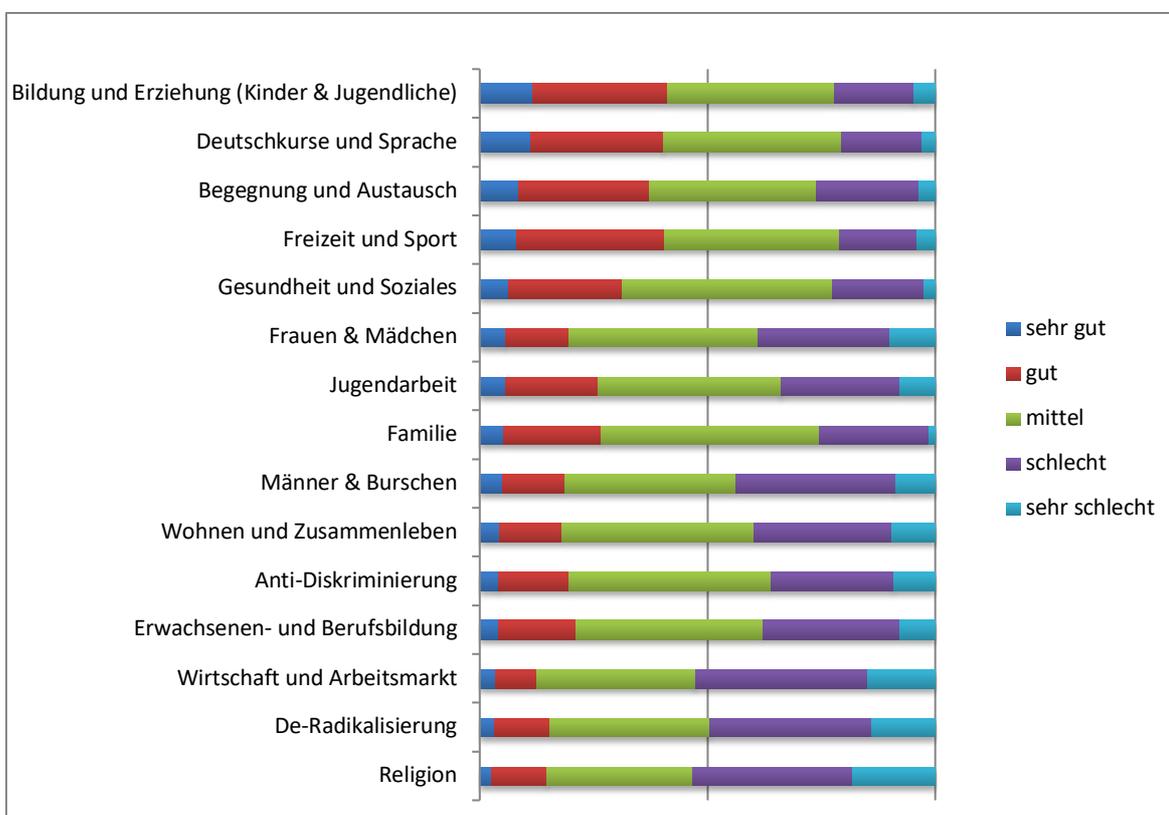
Online verfügbar unter: http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/wp-content/uploads/2016/10/Studie_Langfristeffekte_der-Fluechtlingszuwanderung.pdf

5.1.2. Entwicklungen in den letzten 5-10 Jahren

Integrationsarbeit in Oberösterreich erstreckt sich über eine Vielzahl von verschiedenen Integrationsbereichen, die häufig überlappen, da Integration eine Querschnittsmaterie ist und somit mehrere Themen- und Arbeitsfelder betrifft.

Jene fünf Integrationsbereiche, die in der Onlinebefragung als am besten funktionierend in den letzten 5-10 Jahren bewertet wurden, waren: Bildung und Erziehung, Deutschkurse und Sprache, Begegnung und Austausch, Freizeit und Sport sowie Gesundheit und Soziales. Die fünf Bereiche, die als am schlechtesten funktionierend bewertet wurden, waren: Religion, Deradikalisierung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Erwachsenen- und Berufsbildung sowie Anti-Diskriminierung.

Graphik 14: Antworten auf die Frage „In welchen Bereichen hat die Integration in den letzten 5-10 Jahren gut/ weniger gut funktioniert?“



Vergleicht man die Angaben zu dieser Frage mit jenen zu den meisten Aktivitäten (siehe Graphik 10), wird deutlich, dass häufig jene Bereiche als gut funktionierend angegeben wurden, in denen auch viele Aktivitäten stattfanden (wie Bildung und Erziehung, Deutschkurse und Sprache, Begegnung und Austausch sowie Gesundheit und Soziales) und jene Bereiche als schlecht funktionierend angegeben wurden, in denen wenig Aktivitäten stattfanden (wie Religion, Deradikalisierung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt).¹³¹

¹³¹ Eine Ausnahme bildet der Bereich Freizeit & Sport, der als gut funktionierend bewertet wurde, jedoch sehr wenig Angaben zu Aktivitäten hatte. Die Vermutung liegt nahe, dass es sich hier um einen Bereich handelt, der allgemein als unproblematisch (gut funktionierend) wahrgenommen wird auch wenn wenige Aktivitäten gesetzt werden.

5.2. ZIELGRUPPEN DER INTEGRATIONSARBEIT

Zielgruppen der Integrationsarbeit umfassen üblicherweise Zugewanderte aus Drittstaaten und österreichische StaatsbürgerInnen mit und ohne Migrationshintergrund. Lange galt in Österreich, dass AsylwerberInnen und andere Personen, die keine langfristige Bleibeperspektive hatten (wie Saisoniers und ausländische Studierende) nicht von Integrationsmaßnahmen profitieren konnten¹³², ebenso wie EU-BürgerInnen.

Mit einer neuen strategischen Ausrichtung der Integrationsarbeit in Oberösterreich „Integration von Anfang an“ hat sich dies in den letzten zwei Jahren verändert, da Asylsuchende in die Integrationsarbeit und -maßnahmen zunehmend inkludiert wurden.¹³³

Wie in Tabelle 6 dargestellt, gaben die TeilnehmerInnen der Onlinebefragung auf die Frage, welche Zielgruppen ihre Institutionen hauptsächlich erreichen, die Gruppen Erwachsene, Jugendliche und AsylwerberInnen zuerst an. Die Angaben für Drittstaatsangehörige waren neben älteren Menschen und EU-BürgerInnen eher gering, Angaben zu Männern und Frauen im Mittelfeld und die Angaben zu ÖsterreicherInnen eher hoch.¹³⁴

Tabelle 6: Antworten zur Frage „Welche Zielgruppen erreicht Ihre Institution hauptsächlich?“

Antworten	Prozentualer Anteil	Anzahl
Erwachsene	55,04%	224
Jugendliche	47,42%	193
AsylwerberInnen	47,17%	192
Kinder	44,23%	180
Familien	43,49%	177
Frauen	42,26%	172
ÖsterreicherInnen	41,52%	169
Männer	37,59%	153
Anerkannte Flüchtlinge	36,36%	148
EU-BürgerInnen	29,48%	120
Drittstaatsangehörige	27,52%	112
Ältere Menschen	26,54%	108
Alle	22,36%	91
Keine	0,49%	2
Gesamt		2041

¹³² Auch für EU-Staatsangehörige gab es lange nicht die gleichen Möglichkeiten wie für Drittstaatsangehörige, obwohl es ähnliche Bedarfslagen gab.

¹³³ Zu den früheren Zielgruppen im Integrationsleitbild vgl. Land Oberösterreich: Einbeziehen statt Einordnen, S. 36. Siehe FN 41

¹³⁴ Es gab bei dieser Frage die Möglichkeit von Mehrfachnennungen, daher sind die Angaben insgesamt höher als die Anzahl der Befragten.

Aus diesen Angaben lässt sich interpretieren, dass für die Befragten die Alterskategorien (Erwachsene, Jugendliche, Kinder) die wichtigsten Kategorien waren, um Zielgruppen anzugeben. Auf diese Kategorie folgte der Fokus auf AsylwerberInnen, nach diesem wiederum auf anerkannte Flüchtlingen. Geschlechtskategorien wurden im Mittelfeld angegeben und spielen somit eine mäßig wichtige Rolle bei der Klassifizierung von Zielgruppen für die Integrationsarbeit. Die geringeren Angaben zu EU-Staatsangehörigen, Drittstaatsangehörigen¹³⁵ sowie älteren Menschen legen nahe, dass hier eine geringere Beschäftigung mit diesen Zielgruppen im Vergleich zu anderen stattgefunden hat. Bemerkenswert sind die relativ hohen Angaben zu ÖsterreicherInnen – der Bedarf an Sensibilisierungs- und Integrationsmaßnahmen, die die Gesamtgesellschaft adressieren, scheint entsprechend noch nicht abgedeckt zu sein.

Auf die Frage, bei welchen Zielgruppen für eine gelingende Integration in Zukunft noch mehr getan werden müsse, wurden in der Onlinebefragung hauptsächlich fünf Gruppen genannt: AfghanInnen, TürkinInnen, TschetschenInnen, SyrerInnen und ÖsterreicherInnen. Letzteres zeigt ebenfalls, dass die Bevölkerung als Adressat von Integrationsmaßnahmen wahrgenommen wird und Sensibilisierung noch ein großes Thema darstellt.

In den Fokusgruppen und im Evaluationsbeirat gab es unterschiedliche Meinungen zu den Zielgruppen von Integrationsmaßnahmen: die große Mehrheit äußerte sich sehr positiv zum Paradigmenwechsel¹³⁶ und dem Ansatz von „Integration von Anfang an“. Es gab aber auch vereinzelt kritische Stimmen hinsichtlich der Förderung der Integration von Asylsuchenden.

Ein weiteres Anliegen in diesem Zusammenhang waren schon länger in Oberösterreich lebende Zielgruppen. Diese Thematik wird auch auf Bundesebene angesprochen: „Wir dürfen nicht vergessen, dass es neben AsylwerberInnen, Asyl- und subsidiär Schutzberechtigten wesentlich mehr Menschen aus den traditionellen Zuwanderungsgruppen gibt: ehemalige GastarbeiterInnen und ihre NachfahrInnen auf der einen Seite sowie eine immer größer werdende Gruppe von MigrantInnen aus der EU, insbesondere aus den neuen Mitgliedstaaten, auf der anderen.“¹³⁷

Diese Ansicht wurde auch in den Fokusgruppen häufig vertreten und es gab die Forderung, man möge den Fokus wieder mehr auf diese Zielgruppen (beispielsweise TürkinInnen, TschetschenInnen und EU-BürgerInnen) lenken, was zum Zeitpunkt der Evaluierung auch schon der Fall war, wie die Integrationsoffensive für schon länger in Oberösterreich lebende Gruppen wie z.B. die TschetschenInnen zeigte.¹³⁸

¹³⁵ Als Drittstaatsangehörige werden in der Evaluation jene Menschen bezeichnet, die aus Drittstaaten kommen, aber keine Flüchtlinge sind. Das jeweilige Verständnis von „Drittstaatsangehörigen“ der Befragten kann abweichend sein, da es dazu keine näheren Angaben gab.

¹³⁶ Land Oberösterreich, Integrationsbericht 2016, S.4 und S.7ff. Siehe FN 19

¹³⁷ BMEIA: Integrationsbericht 2017. Flüchtlingsintegration bilanzieren – Regelintegration wieder thematisieren, S. 4.

Online verfügbar unter: https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2017/Pressemappe_Integrationsbericht_2017.pdf

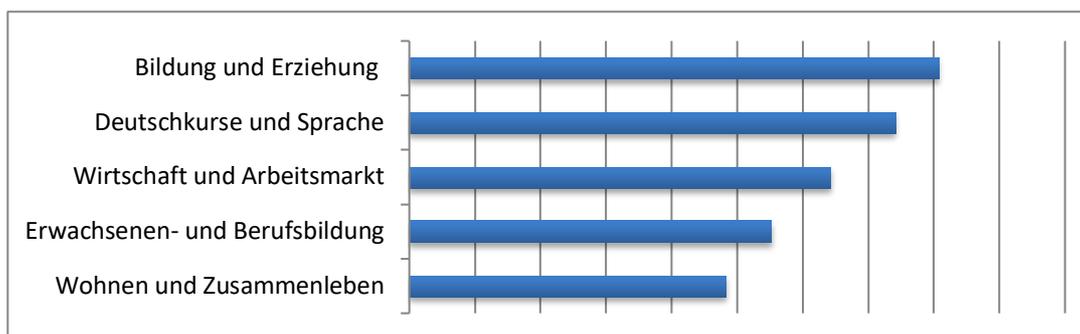
¹³⁸ Vgl. Landesrat für Integration: Pressemitteilung 2 Oktober 2017 zum Thema „Integration als wichtigstes Thema (Ober-)Österreichs: OÖ startet erstmals Integrationsoffensive für schon länger hier lebende Gruppen: Tschetschen/innen. Hintergründe, Ziele, Maßnahmen“.

Online verfügbar unter: <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/194212.htm>

5.3. HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN

In der Onlinebefragung wurde ebenfalls nach den wichtigsten Themenfeldern für die Zukunft der Integrationspolitik in Oberösterreich gefragt. Diese waren: Bildung und Erziehung, Deutschkurse und Sprache, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Erwachsenen- und Berufsbildung sowie Wohnen und Zusammenleben. Ein Ergebnis, das mit den europäischen Entwicklungen konform ist.¹³⁹

Graphik 15: Antworten auf die Frage „Bitte nennen Sie die 5 wichtigsten Themenfelder für die Zukunft der Integrationspolitik in Oberösterreich.“



Interessant sind die Ergebnisse vor allem im Hinblick auf die vorherigen Angaben zu den Aktivitäten der Institutionen sowie den gut/weniger gut funktionierenden Bereichen der Integrationsarbeit, da sich drei Logiken finden lassen.

1.) Zum Bereich Bildung und Erziehung wurde angegeben, dass es viele Aktivitäten gäbe und er gut funktioniere. Das Gleiche gilt für die Bereiche Deutschkurse und Sprache sowie etwas weniger bei Begegnung und Austausch. Dieser Zusammenhang ist naheliegend: in einem Bereich gibt es viele Aktivitäten, er funktioniert gut. Gleichzeitig wird wahrgenommen, dass es Bedarf in diesem Bereich auch in Zukunft geben wird.

2.) Anders in den Bereichen Wirtschaft und Arbeitsmarkt sowie Erwachsenenbildung und Wohnen: Dort wird angegeben, dass es kaum Aktivitäten gibt und diese Bereiche eher schlecht funktionieren. Auch hier sieht man Handlungsbedarf, allerdings in diesem Fall nicht im Sinne einer Erweiterung der vorhandenen, gut funktionierenden Aktivitäten wie im obigen Beispiel, sondern aufgrund eines Mangels.

3.) Männer- und Burschenarbeit wurde als am wenigsten wichtiges Themenfeld für die Zukunft der Integrationspolitik in Oberösterreich genannt. Das ist auffällig, da es hier wenig Aktivitäten gab und der Bereich als weniger gut funktionierend angegeben wurde. Hier liegt die Vermutung nahe, dass es sich um einen blinden Fleck – also einen Bereich, der nicht von den StakeholderInnen gesehen wird, obwohl es Bedarf gibt – handelt, was durch die Ergebnisse in Kapitel 5.3.3. durchaus bestätigt wird.

¹³⁹ Im Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen werden Bildung, Arbeitsmarkt und der Zugang zu Wohnraum genannt. Vgl. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen. Straßburg, den 7.6.2016 COM(2016) 377 final, S. 3.
Online verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/DE/1-2016-377-DE-F1-1.PDF>

5.3.1. Bildung und Sprache

Bildung – angefangen beim Kindergarten, über die Schule, bis zur Erwachsenenbildung – und Kenntnisse der deutschen Sprache sind ohne Zweifel äußerst wichtig für die Integration, und werden daher häufig (neben der Integration in den Arbeitsmarkt) als „Schlüssel zur Integration“ bezeichnet. Bildung und Sprache wurden in der Onlinebefragung als gut funktionierende Bereiche der Integrationsarbeit in Oberösterreich und als wichtigstes Themenfeld für die Zukunft genannt.

Bisher wurden sehr viele Maßnahmen in diesem Bereich gesetzt, die hier nicht umfassend dargestellt werden können. Um trotzdem einen groben Überblick anzubieten, sei eine **Auswahl einiger Maßnahmen der letzten zwei Jahre** präsentiert¹⁴⁰:

- Deutsch von Anfang an – flächendeckendes Angebot an dezentralen Deutschkursen im Asylverfahren von zertifizierten oberösterreichischen BildungsanbieterInnen seit 01.01.2016¹⁴¹
- 2016 gab es 684 abgehaltene Sprachkurse mit 7.524 TeilnehmerInnen¹⁴²
- Öffnung des Bildungsstandorts Schule auch durch Elternarbeit
- Übergangsstufen für jugendliche AsylwerberInnen zwischen 16 und 24 mit Pflichtschulabschluss und geringen Englischkenntnissen
- Unterstützung der freiwilligen Angebote zum Deutsch lernen (Workshops, Übernahme der Prüfungsgebühren, Materialien)
- Begegnungscafés und Mutter-Kind-Deutschkurse als niederschwellige Angebote
- Spezielle Deutsch- und Alphabetisierungsangebote für bereits länger in Oberösterreich lebende MigrantInnen und Flüchtlinge (Schwerpunkt Frauen)
- Möglichkeit von Kinderbetreuung während des Deutschlernens
- Kritische Bildungs-, Beratungs- und Kulturarbeit von und für MigrantInnen¹⁴³
- Beteiligung an der MORE-Initiative der Johannes-Kepler-Universität¹⁴⁴
- Schaffung und Ausweitung von bedarfsorientierten Therapieangeboten zur Behandlung von Traumatisierungen

Allgemeine Entwicklungen:

Die TeilnehmerInnen der Fokusgruppe zu diesem Integrationsbereich schilderten viele positive Veränderungen in den Schulen seit der Flüchtlingszuwanderung 2015/16: es gibt nun die Übergangsstufen, in der Volksschule gibt es neue Möglichkeiten der Sprachförderung, der Landesschulrat verfügt über ein mobiles LehrerInnenteam, das bei

¹⁴⁰ Für eine vollständige Übersicht aller durchgeführten Maßnahmen in den letzten zwei Jahren vgl. Land Oberösterreich: Masterplan Integration, S. 7ff. Siehe FN 43

¹⁴¹ Vgl. Land Oberösterreich: Information zur Pressekonferenz mit Landesrat Rudi Anschober, 28. Februar 2017 zum Thema Erfolgskurs Deutschlernen in OÖ: dezentral und ab Tag 1 – Voraussetzung für Integration und Jobs – aktuelle Ergebnisse. Online verfügbar unter: <http://www.anschober.at/presse/artikel/erfolgskurs-deutschlernen-in-ooe-dezentral-und-ab-tag1-voraussetzung-fuer-integration-und-jobs/>

¹⁴² Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 11. Siehe FN 19

¹⁴³ Vgl. <https://habitat.servus.at/willy-fred/initiativen/das-kollektiv/>

¹⁴⁴ Vgl. <http://www.jku.at/content/e262/e244/e285200;>
<http://www.jku.at/content/e213/e63/e43?apath=/e32681/e292394/e309536/e310728>

Bedarf an die Schulen fährt, und die Vorbereitungsmöglichkeiten für den Pflichtschulabschluss wurden erweitert – um nur einige Punkte zu nennen.

Veränderungen hat es ebenfalls beim Angebot von Deutschkursen gegeben. Zum einen hat sich der zahlenmäßige Umfang extrem erweitert. Alle StakeholderInnen bestätigten, dass es mittlerweile ausreichend Deutschkurse für alle Zielgruppen in Oberösterreich gibt. Diesbezüglich haben sich in den letzten Jahren die KundInnenstruktur und das Angebot verändert: *„Früher waren es Ex-Jugoslawen und Türken. Diese Struktur ist völlig aufgebrochen. Heute sitzen in einem Kurs zwanzig Leute mit 16 verschiedenen Nationalitäten. Das Angebot geht von der Alphabetisierung bis C1 und es sind gemischte Kurse für Drittstaatsangehörige, EU-BürgerInnen und AsylwerberInnen.“* Tendenziell sei der Bedarf an Alphabetisierungsangeboten zunehmend abgedeckt und die Kursbedürfnisse würden sich in Zukunft eher in Richtung höherer Sprachniveaus verschieben. Es würde länger dauern Deutsch zu lernen als von den Lernenden antizipiert und die Bereitschaft, zu lernen, sei teilweise höher als noch vor einigen Jahren. Wegen der Anforderungen, Zertifikate auch zur Nachvollziehbarkeit von Integrationsbemühungen vorzuweisen (Integrationsvereinbarung), gäbe es zudem ein höheres Bedürfnis der KundInnen nach Formalität.

Die mengenmäßige Zunahme an Deutschkursen habe insgesamt zu einem Mangel an Deutsch-TrainerInnen geführt. Eine Entwicklung, die sich durch das Anbieten von Deutschkursen für AsylwerberInnen verstärkt habe. Auch die Qualifizierung der TrainerInnen sei ein Thema geworden, *„da es viele Freiwillige unter ihnen gab und es nicht ausreicht, Deutsch zu sprechen, um Deutsch zu unterrichten.“*

Während der Fokusgruppengespräche wurde zudem deutlich, dass die Bereiche Schule und Erwachsenenbildung sehr wenig übereinander wissen. VertreterInnen der Erwachsenenbildung war beispielsweise nicht klar, unter welchen Umständen ein Schulkind einen außerordentlichen Status erhält, SchulvertreterInnen wiederum hatten kaum Informationen über die Organisation und die Herausforderungen der DeutschkursanbieterInnen.

Herausforderungen:

Die Eltern von Flüchtlingskindern hätten oftmals falsche Vorstellungen von den Bildungschancen und Karrieren ihrer Kinder: *„Alle glauben, dass sie in einem Jahr Deutsch lernen und dann in die HAK gehen, möchten dann Matura machen und Arzt oder Jurist werden.“* Enttäuschungen würden folgen, wenn diese Erwartungen nicht erfüllt werden bzw. realisiert wird, wie lang der Bildungsweg sein kann.

Durch die neue Zuwanderungsgruppe fänden auch zunehmend sehr schwierige Themen wie z.B. die Traumatisierung von Kindern, Einzug in die Schule. Zurzeit sei dies durch das starke Engagement der Lehrerschaft noch überbrückbar, aber auf lange Sicht müsse es hier noch mehr Unterstützung geben. Der Umgang mit zum Teil schweren Traumata, die natürlich auch einen starken Einfluss auf das Lernverhalten der Kinder haben, gehöre nicht zu den Qualifikationen der LehrerInnen.

Im Bereich der Deutschkurse bzw. des Deutschlernens sei das Angebot nicht ausreichend abgestimmt, da freiwillige UnterstützerInnen und institutionelle AnbieterInnen nicht immer konform arbeiteten, und es (vor allem in ländlichen Regionen) oft schwierig sei, die Deutschkurse zu „befüllen“, da Förderungen nur für bestimmte Zielgruppen gelten und so eine „Zersplittung“ stattfindet.

Es wurde angemerkt, dass KursteilnehmerInnen sich tendenziell überschätzen und zu früh in einen Kurs mit einem höheren Sprachniveau wollen, obwohl die Basis dafür fehle. Dies wurde als Ursache für ein sinkendes Niveau in den Kursen angesehen, indem nämlich „die Leute die Prüfung manchmal grade so schaffen und doch in das nächste Level kommen, damit die Anbieter ihre Kurse vollkriegen.“

5.3.2. Arbeitsmarkt, Qualifizierung und Selbsterhalt

Generell ist die Arbeitsmarktsituation in Oberösterreich sehr gut. Das Bundesland zählt zum industriellen Kerngebiet Österreichs und „verzeichnete zu Jahresbeginn 2017 das größte Wachstum seit sechs Jahren.“¹⁴⁵ Die Arbeitslosenquote betrug Ende Juli 2017 5,3% (bundesweit 7,6%) und der Bestand an offenen Stellen war gestiegen. Trotz dieser positiven Gesamtentwicklungen wurden Arbeitsmarkt und Wirtschaft in der Onlinebefragung als eher schlecht funktionierende Bereiche der Integrationsarbeit in Oberösterreich eingestuft, und daher auch als Handlungsfelder für die zukünftige Integrationsarbeit genannt.

Auch im Bereich Arbeitsmarkt und Qualifizierung wurden bereits Maßnahmen durchgeführt, die anhand einer **Auswahl einiger Maßnahmen der letzten zwei Jahre** skizzenhaft dargestellt werden¹⁴⁶:

- Wegweiser *Integration und Arbeit* in acht verschiedenen Sprachen¹⁴⁷
- Schnuppertage, Volontariate in Firmen und *Informationen über Arbeit und Beschäftigung* für AsylwerberInnen¹⁴⁸
- Ausbau gemeinnütziger Tätigkeiten für AsylwerberInnen¹⁴⁹
- Lehrstellenvermittlung an AsylwerberInnen in Mangelberufen¹⁵⁰
- Verbesserung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen (raschere Nostrifizierungen, Aufklärungskampagnen und Unterstützung)¹⁵¹
- Ausbau von Berufsanerkennungsnetzwerken in OÖ
- Kompetenzchecks für AsylwerberInnen durch das Arbeitsmarktservice¹⁵²

¹⁴⁵ Arbeitsmarktservice: Arbeitsmarktbericht OÖ. Juli 2017, S. 3.

Online verfügbar unter: http://www.ams.at/docs/400_monatsbericht_2017-07.pdf

¹⁴⁶ Für eine vollständige Übersicht aller durchgeführten Maßnahmen in den letzten zwei Jahren vgl. Land Oberösterreich: Masterplan Integration, S. 7ff. Siehe FN 43

¹⁴⁷ Vgl. <https://www.wegweiser-integration-arbeit.at>

¹⁴⁸ Vgl. http://zusammen-helfen.at/wp-content/uploads/2017/05/RA_INFOBLATT_ARBEIT_DE_neu.pdf.

¹⁴⁹ Vgl. Arbeitsmarktservice: Arbeitsmöglichkeiten für Asylwerberinnen und Asylwerber.

Online verfügbar unter: http://www.ams.at/docs/400_AsyL-Folder_DEUTSCH.pdf

¹⁵⁰ Vgl. Kurier.at: AMS-Chef: Lehrstellenmarkt für Asylwerber öffnen.

Online verfügbar unter: <https://kurier.at/politik/inland/ams-chef-lehrstellenmarkt-fuer-asylerwerber-oeffnen/274.214.516>

¹⁵¹ Vgl. <http://www.anschober.at/presse/artikel/berufsanerkennung-der-schluesel-fuer-eine-rasche-arbeitsmarkt-integration-von-gut-qualifizierte-1/>

¹⁵² Vgl. <http://www.ams.at/ueber-ams/medien/ams-oesterreich-news/asylberechtigte-auf-jobsuche>

- Beratung für anerkannte Flüchtlinge in allen Bezirken¹⁵³
- Berufsmessen mit dem Schwerpunkt auf Bewerbung, Vernetzung, Austausch
- Projekt Integration durch Arbeit (IdA)¹⁵⁴
- Projekt CheckIn@work¹⁵⁵
- AST-Beratungsstellen¹⁵⁶

Allgemeine Entwicklungen:

Mit der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 wurde ein Fokus auf die Arbeitsmöglichkeiten von AsylwerberInnen¹⁵⁷ gelegt; und hier vor allem auf die Lehre, die für Asylsuchende bis zum 25. Lebensalter in Berufen mit einem nachgewiesenen Lehrlingsmangel möglich ist.¹⁵⁸ In Oberösterreich wird ein „abgespecktes Ersatzkraftverfahren“¹⁵⁹ durchgeführt, so dass es gelungen ist, im österreichweiten Vergleich in Oberösterreich am meisten AsylwerberInnen in Lehrstellen zu vermitteln. Anfang Juli 2017 gab es 236 Beschäftigungsbewilligungen für Asylsuchende (223 männliche/ 13 weibliche) mit einer überwiegenden Anzahl an AfghanInnen (163), die in der Lehre sind und einem Schwerpunkt auf KöchInnen (66).¹⁶⁰

Das Arbeitsmarktservice als maßgeblicher Akteur im Bereich Arbeitsmarkt ist seit 2015/16 im Bereich der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen aktiv und hat Zuständigkeiten für diesen Bereich geschaffen (siehe Kapitel 4.1).

Stakeholder beschrieben im Zuge der Evaluierung eine zunehmende Offenheit in den Unternehmen: *„Ich denke, dass Unternehmen pragmatisch denken. Sie denken nicht, ob sie eine Person anstellen wegen einem Fluchthintergrund, sondern ob sie die Person in der Firma brauchen oder nicht.“* Einige Firmen machten deutlich, dass der Arbeitsmarkt häufig nicht die gesuchten Kompetenzen anbiete und sich die Wirtschaft daher nach der Qualifikation richten müsse – nicht nach der Herkunft: *„Man kann es sich gar nicht mehr leisten, nach der Herkunft zu gehen, weil man keine guten Leute mehr findet. Wenn die Ausbildung vorhanden ist, dann passt es.“* Mit diesem Umstand sei die Beschäftigung von MigrantInnen schon länger ein Thema für die Unternehmen und die Wirtschaft in Oberösterreich, während die Beschäftigung von Flüchtlingen und AsylwerberInnen erst seit zwei Jahren thematisiert werde und Initiativen hervorbrächte.

¹⁵³ Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 13. Siehe FN 19

¹⁵⁴ Vgl. <https://www.volkshilfe-ooe.at/erwachsene/arbeit/integration-durch-arbeit/>

¹⁵⁵ Vgl. <http://www.migrare.at/cms1/index.php/angebote-kompetenzzentrum/checkinwork>

¹⁵⁶ Vgl. <http://www.migrare.at/cms1/index.php/angebote-kompetenzzentrum/ast-anlaufstelle>

¹⁵⁷ Zu den Arbeitsmöglichkeiten für AsylwerberInnen siehe <http://www.ams.at/stmk/ueber-ams/medien/ams-steiermark-news/arbeitsmoeglichkeiten-asylwerberinnen>

¹⁵⁸ Vgl. Landesrat für Integration: Pressemitteilung 23 Oktober 2017: Flüchtlingsreferent/Innen-Konferenz: Klare Forderungen der Bundesländer an die zukünftige Bundesregierung in Sachen Integration.

Online verfügbar unter: http://www.anschober.at/presse/artikel/fluechtlings_referentinnenkonferenz-klare-forderungen-der-bundeslaender-an-die-zukuenftige-bundesre/

¹⁵⁹ Die Lehre bedarf einer Beschäftigungsbewilligung durch das Arbeitsmarktservice, deren Voraussetzung ein Ersatzkraftverfahren (Vgl. http://www.ams.at/_docs/001_EK-Verfahren.pdf) ist, dass das Asylverfahren nicht rechtskräftig negativ abgeschlossen ist und der Regionalbeirat des Arbeitsmarktservice zustimmt. Es ließ sich im Zuge der Evaluierung nicht endgültig klären, wie das Ersatzkraftverfahren für AsylwerberInnen in Oberösterreich aussieht. Die Information dazu war, dass eine Stelle als frei gilt, wenn sie sechs Monate nicht besetzt wurde; d.h. es wird nicht direkt geprüft, ob eine andere Person zur Verfügung steht, sondern eine schon länger unbesetzte Stelle kann mit Asylsuchenden besetzt werden.

¹⁶⁰ Daten vom Arbeitsmarktservice Oberösterreich zur Verfügung gestellt für die Evaluierung.

Zur Qualifizierung von MigrantInnen und Flüchtlingen gab es in den Fokusgruppen kein homogenes Bild. Die Mehrzahl der schon länger in Oberösterreich lebenden MigrantInnen – vor allem EU-BürgerInnen – seien gut bis sehr gut qualifiziert; es gäbe aber in der 2. und 3. Generation auch viele gering qualifizierte Personen und eine hohe Arbeitslosigkeit. Bei Flüchtlingen seien häufig gar keine Qualifikationen vorhanden oder die Qualifikationen würden nicht ausreichen: *„Ein technischer Betrieb braucht Leute, die Mathematik und Technik können. Sie müssen bereits ständig nachschulen, um die Leute durch die Berufsschule zu bekommen, bei Österreichern ist das schon der Fall und bei Flüchtlingen noch mehr.“*

Andere hätten zwar gute und passenden Qualifikationen, aber die Nostrifizierung sei eine Hürde.¹⁶¹ Für Berufe, welche durch die Landesgesetze reglementiert sind, würde dies gelten (z.B. SozialarbeiterInnen und KindergärtnerInnen): *„Eine Syrerin, die im Ausland studiert hat, muss hier sehr viele Prüfungen machen, um überhaupt zum Studium zugelassen zu werden. Bis dahin kann sie hier nur als Helferin arbeiten.“* Damit einher ginge eine De-Qualifizierung, die negative Auswirkungen auf die Motivation und die Karrieremöglichkeiten einer Person hätte. Wenn eine Nostrifizierung vorhanden ist, ginge es dann aber sehr schnell und die Personen würden schnell eine Arbeit finden.

Bemerkenswert war in der Fokusgruppe auch die Schilderung eines Konkurrenzverhältnisses zwischen alten und neuen Zuwanderungsgruppen. Es gäbe gut ausgebildete MigrantInnen, aber je niedriger die Beschäftigung, desto stärker sei die Konkurrenz untereinander. *„Migranten konkurrieren nicht direkt mit einheimischen Arbeitern, sondern miteinander.“*¹⁶² Die Bereitschaft der Gruppen, sich miteinander auseinanderzusetzen, sei begrenzt.

Aber Oberösterreich hat auch andere Antworten gefunden: Im Sommer 2016 hat der oberösterreichische Landtag die reduzierte bedarfsorientierte Mindestsicherung¹⁶³ für Subsidiär Schutzberechtigte und anerkannte Flüchtlinge beschlossen.¹⁶⁴ Die Kürzungen wurden in der Fokusgruppe zur Thematik wiederholt diskutiert und kritisiert. Es müsse das Bestreben sein, die Betroffenen in ihrer Selbstständigkeit zu fördern im Sinne eines eigenständigen Selbsterhalts – und dies würden die Kürzungen nicht unterstützen, da man Menschen noch länger im Sozialsystem festhalte. Einige StakeholderInnen warfen ein, dass mit diesem Betrag nicht zu überleben sei und die Betroffenen in die irreguläre Beschäftigung (oder in die Kriminalität) gedrängt würden, um ihr Überleben zu sichern.

¹⁶¹ Vgl. <http://www.anschober.at/presse/artikel/berufsanerkennung-der-schluesel-fuer-eine-rasche-arbeitsmarkt-integration-von-gut-qualifizierte-1/>

¹⁶² Paul Collier: Exodus: Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. München 2014, S. 18.

¹⁶³ Die bedarfsorientierte Mindestsicherung gibt es in Österreich seit dem 1. September 2010 und unterstützt „all jene Menschen (...), die für ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft nicht mehr aufkommen können. Es wird der notwendige monatliche Bedarf an Nahrung, Kleidung, Körperpflege, Beheizung und Strom, Hausrat, anderen persönlichen Bedürfnissen wie die angemessene soziale und kulturelle Teilhabe sowie Wohnbedarf mit einem jährlich neu festgelegten Geldbetrag ausgedrückt.“ Vgl. <https://www.help.gv.at/Portal.Node/hlpd/public/content/169/Seite.1693914.html>

¹⁶⁴ Der Sockelbetrag beträgt 365 Euro. Dazu kommen 40 Euro Taschengeld und 155 Euro Integrationsbonus, wenn die Person einen Deutschkurs und einen Wertekurs besucht und sich um einen Arbeitsplatz bemüht bzw. beim Arbeitsmarktservice gemeldet ist. Es ergibt sich ein Betrag von 560 Euro für eine Einzelperson (von denen 150 Euro für die Miete vorgesehen sind).

Herausforderungen:

Es wurden nach wie vor starke Herausforderungen bei Anerkennung und Nostrifizierung kommuniziert. Kompetenzchecks würden zwar über die mitgebrachten Qualifikationen von Flüchtlingen aufklären, aber sie sind kein automatischer Weg zur Anerkennung von mitgebrachten Kompetenzen. Eine Rolle spielten hier auch informelle Kompetenzen für die es kaum Möglichkeiten der Anerkennung gäbe.

Ebenso wurde es von StakeholderInnen während der Recherche als schwierig erachtet, dass die Bedarfsorientierte Mindestsicherung nicht mehr ausgezahlt wird, wenn es einen Vorgang zur Nostrifizierung gibt. Es bräuchte hier eine Unterstützung, um in den Arbeitsmarkt einzutreten, sonst würden die Menschen bei der sozialen Unterstützung bleiben, „*da alles andere zu schwierig erscheint*“.

Gleichzeitig gäbe es eine spezielle Gruppe an Niedrig-Qualifizierten ohne Schul- und Berufsausbildung, für die das Erreichen einer formalen Qualifikation sehr schwer sei. Im Grunde würde es hier mehr Basisbildung brauchen und das Erlernen sozialer und kultureller Praktiken, um einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu einem späteren Zeitpunkt anzudenken. Nachqualifikationen würden häufig nicht ausreichen, da ganz neu qualifiziert werden müsse für den hoch reglementierten österreichischen Arbeitsmarkt.

Zum anderen gäbe es nach wie vor Herausforderungen bei der Anstellung von MigrantInnen und Flüchtlingen: Firmen würden teilweise keine Flüchtlinge einstellen wollen oder seien zögerlich, weil sie befürchteten, KundInnen zu verlieren und/oder mit einem erheblichen administrativen Aufwand konfrontiert zu sein. Diskriminierungen bei Anstellungen (beispielsweise bei ausländisch klingenden Nachnamen oder bestimmten nationalen Zugehörigkeit) sowie auch innerhalb von Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen (z.B. bei innerbetrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen) seien weiterhin vorhanden.

Allgemein wurde in der Fokusgruppe angemerkt, dass insgesamt zu wenig Fokus auf der Arbeitsmarktintegration von migrantischen Frauen (und hier vor allem von Neuankömmlingen wie beispielsweise Afghaninnen) liege und dass dieses Problem tendenziell größer würde, da viele Frauen aktuell nicht am Erwerbsleben teilnahmen.

5.3.3. Gleichstellung, Gender und Werte

Gleichstellung, Geschlechterverhältnisse und -Rollen sowie Themen rund um die Wertedebatte sind sehr wichtig für die Integrationsarbeit in Oberösterreich, wobei sich an dieser Thematik wiederum ganz deutlich zeigt, dass Integration eine Querschnittsmaterie ist, die mehrere Bereiche berührt und einbindet wie beispielsweise die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt¹⁶⁵, Gesetzgebung zur Gleichbehandlung¹⁶⁶ und zur Antidiskriminierung¹⁶⁷ sowie kulturelle Interpretations- und Wertesysteme.

¹⁶⁵ Vgl. <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/gleichstellung.htm>

¹⁶⁶ Vgl. <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/88785.htm>

¹⁶⁷ Vgl. <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LROO&Gesetzesnummer=20000360>

In der Onlinebefragung wurden die Integrationsarbeit zu Frauen und Mädchen bzw. Männern und Burschen als mittelmäßig gut funktionierende Bereiche der Integrationsarbeit in Oberösterreich eingestuft. Die in den letzten zwei Jahren gesetzten Schritte werden wiederum anhand der **Auswahl einiger Maßnahmen** dargestellt¹⁶⁸:

- Leitfaden zur *Implementierungshilfe der Gender Perspektive und Detailanalyse ausgewählter Förderungen*¹⁶⁹
- Workshops und Informationskampagnen in Schulen/Jugendzentren zu den Themen Gleichberechtigung, Menschenrechte, etc. (Stand Up!, Jugend im Dialog)
- Mehrsprachiges Infomaterial zum Gesundheitssystem und zu Frauengesundheit
- Nahebringen des Angebotes von Frauenberatungsstellen an Asylwerberinnen
- Informationen/Sensibilisierung über Geschlechterrollen und Sexualität
- Broschüre *Hilfe für Frauen bei Gewalt und Krisen* in acht Sprachen¹⁷⁰
- Gewalt- und Konfliktprävention vermittelt in Weiterbildungsmaßnahmen¹⁷¹
- Muttersprachliche StreetworkerInnen
- Folder *Queere Flüchtlinge willkommen!* in fünf Sprachen¹⁷²
- Vermittlung der Grundregeln des Zusammenlebens über Patenprojekte wie dUNDu¹⁷³, AMIGO¹⁷⁴, MaMMut¹⁷⁵
- Wertedialog in den Grundversorgungseinrichtungen in Kooperation mit dem Frauenreferat des Landes Oberösterreich¹⁷⁶
- Werte- und Orientierungskurse des ÖIF¹⁷⁷

Allgemeine Entwicklungen:

In der Fokusgruppe zu dieser Thematik wurde deutlich, dass es vielfältige Bemühungen und einen hohen Grad an Bewusstsein der involvierten StakeholderInnen gab sowie – neben dem Antidiskriminierungsgesetz und der Antidiskriminierungsstelle des Landes Oberösterreich¹⁷⁸ – eine Vielzahl praktischer Maßnahmen zu Gender, Gleichstellung und Wertevermittlung.

Trotz dieser Bemühungen würde allerdings das Angebot an Unterstützung teilweise von migrantischen Frauen wenig genutzt, da es nicht niederschwellig genug sei oder es eine Vermittlungsperson (mit entsprechenden Sprachkenntnissen) bräuchte, um die Inhalte zu vermitteln: „Bei Frauen mit Migrationshintergrund werden andere Formate benötigt wie z.B. Freizeitkurse, wo nebenbei über Rechte aufgeklärt wird. Es ist schwer, diese Frauen zu erreichen.“

¹⁶⁸ Für eine vollständige Übersicht vgl. Land Oberösterreich: Masterplan Integration, S. 7ff. Siehe FN 43

¹⁶⁹ Vgl. <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/70796.htm>

¹⁷⁰ Vgl. http://www.integrationsstelle-ooe.at/Mediendateien/Folder_Hilfe_IST_Print.pdf

¹⁷¹ Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 8. Siehe FN 19

¹⁷² Vgl. <http://www.hosilinz.at/aktuelles/queere-fluechtlinge-willkommen/>

¹⁷³ Vgl. <https://www.volkshilfe-ooe.at/dundu/>

¹⁷⁴ Vgl. http://www.sos.at/fileadmin/user_upload/downloads/Leistungen/Freiwilligenarbeit/Folder_Amigo.pdf

¹⁷⁵ Vgl. <http://www.kija-ooe.at/186.htm>

¹⁷⁶ Vgl. http://www.frauenreferat-ooe.at/Folder_Wertedialoge_A5_DRUCK_weiss.pdf

¹⁷⁷ Vgl. <https://www.integrationsfonds.at/kurse/werte-und-orientierungskurse/werte-und-orientierungskurse/>

¹⁷⁸ Vgl. <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/antidiskriminierung.htm>

Syrische Frauen seien tendenziell leichter zu erreichen als türkische – auch weil im Hintergrund die Männer anders agieren würden: *„Beim Versuch, die Frauen einzubinden, kamen sie mit Männern, die mit Argwohn beobachtet haben, was da passiert.“* Männer hätten teilweise große Schwierigkeiten, wenn ihre Frauen zu einer Beratungsstelle gingen oder an Projekttreffen teilnehmen und akzeptierten es eher, wenn ausschließlich Frauen involviert sind: *„Die Frauen durften da hin, weil die Männer sehen, dass die Frauen nur mit anderen Frauen beisammen sind.“*

Die Frauenvereine und Scheidungsberatungen erfreuen sich reger Resonanz und werden vielfach von den Kundinnen genutzt. Es gäbe viele Beratungsgespräche zu Trennung und Scheidung, zu arrangierten Ehen und zu häuslicher Gewalt. Bezüglich der Anfragen in der Scheidungsberatung gäbe es auch rechtliche Regelungen, die zu berücksichtigen seien – *„und die Frauen teilweise länger in Ehen halten, obwohl sie dort schlecht behandelt werden“*.¹⁷⁹

Mädchen werden durch Streetwork angesprochen und organisieren sich laut StakeholderInnen stärker selbst. Da Jugendzentren eher von männlichen Jugendlichen genutzt werden, sei es für Mädchen schwieriger, diese Räume für sich in Anspruch zu nehmen (was auch nicht als notwendig erachtet wurde, da es andere Formate wie Streetwork gibt).

Insgesamt sei Männer- und Burschenarbeit wesentlich weniger außenwirksam als Frauen- und Mädchenarbeit, da es keine Anwaltschaft gäbe und *„Männer und Burschen generell weniger gut darin sind, Bedarfe anzukündigen“*. Es gäbe in der Praxis jedoch viel Burschenarbeit, da Jugendzentren ganz überwiegend von Burschen genutzt würden (80% Burschen und 20% Mädchen). Männerarbeit wurde im Rahmen der Evaluation kaum besprochen, wodurch der Eindruck entstand, dass es neben Treffpunkten für Männer wie z.B. Cafés, kaum organisierte Begegnungsräume für erwachsene Männer gibt.

Das Thema der Werte- und Wertevermittlung bzw. Demokratieförderung wurde auf unterschiedlichen Ebenen in mehreren Fokusgruppen und in den Antworten auf einige Fragen in der Onlinebefragung angesprochen. 97,45% der Befragten der Onlinebefragung gaben an, dass die Grundlage des Zusammenlebens die Grund- und Menschenrechte sein sollten, was eine breite Einigkeit zu diesem Ansatz zeigt.

In den Fokusgruppen wurde dazu evident, dass häufig nicht ganz klar ist, worin diese Werte bestehen bzw. was als Grundlage des Zusammenlebens vermittelt werden soll. Teilweise wurde die Erwähnung des Begriffs „Werte“ mit „christlichen“ Werten und/oder der Forderung an ZuwandererInnen assoziiert, sich diesen anzupassen. Bei einigen StakeholderInnen führte dies zur Ablehnung von Wertekursen und Wertevermittlung, da diese als paternalistisch und erzieherisch ausgerichtet wahrgenommen wurden. Gleichzeitig bestand Einigkeit, dass eine gemeinsame Grundlage bestehen sollte.

¹⁷⁹ Bei einer einvernehmlichen Scheidung kann sich eine Frau mit Migrationshintergrund scheiden lassen, aber bei strittigen Scheidungen muss das Recht des Herkunftslandes mitberücksichtigt werden, das bei ScheidungsrichterInnen nicht immer bekannt ist und zu längeren Verfahren führt.

Dazu gab es dann auch klare Ansätze, die bisher Erreichtes und in Zukunft Wünschenswertes umrissen: *„Das Gespräch miteinander ist wichtig und die Integrationsstelle Oberösterreich hat da schon wichtige Schritte getan. Nur wenn man spricht, kann man Sachen entschärfen und Verständnis schaffen. Das Zweite ist, dass man einfordert, die Verfassung und das Recht zu achten. Jede Freiheit, aber unter Achtung unserer Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit.“*

Herausforderungen:

Es wurden in diesem Themenbereich einige Herausforderungen geschildert, die – abgesehen von der Tatsache, dass es sich um eine schwierige Materie handelt, die Gewalt, Diskriminierungen und Abwertungen inkludiert – vor allem darin bestanden, dass es insgesamt eine Lücke gab zwischen den Integrationsangeboten und der Möglichkeit der Zielgruppen an diesen Angeboten teilzunehmen und von diesen zu profitieren.

Einerseits würden sich migrantische Frauen (trotz Förder und bestehender Unterstützungsangebote) kaum trauen, bei häuslicher Gewalt Hilfe zu holen und/oder den Mann zu verlassen: *„Ausbrechen geht gar nicht. Es ist für sie unvorstellbar, sich loszulösen. Eine kurze Auszeit im Frauenhaus zu nehmen ist ok, aber den Mann zu verlassen geht nicht.“* Ein Drittel der Frauen, die von der Polizei an Frauenhäuser vermittelt werden, hätten einen migrantischen Hintergrund. Der Zugang sei schwierig und es gäbe, neben den sprachlichen (*„Dolmetscherinnen zu finden, die korrekt übersetzen und dorthalten, ist nicht einfach.“*) und sozialen Problemen (*„Viele Frauen schämen sich und möchten nicht darüber sprechen.“*) vor allem die Herausforderung, dass die Erfahrungen mit Institutionen im Herkunftsland auf österreichische Verhältnisse übertragen werden. So werde beispielsweise nicht die Polizei gerufen bei häuslicher Gewalt, da diese im Herkunftsland erfahrungsgemäß keine Hilfe dargestellt hat.

Bei den (überwiegend muslimischen) Burschen gäbe es hingegen wenig positive männliche Rollenbilder und sie würden sich an *„Machos, Gangster-Rappern oder You Tube-Stars“* orientieren: *„Es gibt eine Erwartungsenttäuschung, weil viele jungen Männer Vorbilder haben, die mit großen Autos, Uhren, etc. auftreten und sie sehen dann nach kurzer Zeit, dass ihr eigenes Leben weit davon entfernt ist.“* An alternativen Vorbildern in der Rolle als Mitglied der Gesellschaft und als Mann würde es mangeln. In Bezug auf die Grundmuster hinter den kommunizierten männlichen Rollenbildern sahen die StakeholderInnen *„eine gewisse Konstanz im Sinne davon, dass heterosexuelle Männer doch mehr wert sind als Frauen und homosexuelle Männer.“* Entsprechend würde abwertend über Mädchen gesprochen und es gäbe eine stärker ausgeprägte Ablehnung von Homosexualität unter Burschen. Jene, die selber homosexuell sind, würden dies nie zugeben können, *„weil sie sonst marginalisiert werden.“* Es wurde diesbezüglich eine gewisse Hilflosigkeit auch auf Seiten der AkteurInnen offensichtlich, da man nicht wusste, wie man vorgehen sollte.

Auch im Bereich der Werte und der Wertevermittlung wurden Herausforderungen evident. SozialarbeiterInnen, die „ihren Jugendlichen“ gegenüber positiv eingestellt waren, berichteten, dass das gemeinsame Verständnis teilweise so gering sei, dass es schwierig

sei, Integrationsarbeit zu gestalten. Bei den neu Zugewanderten seien vor allem Grundvoraussetzungen in Sprache und Bildung oft nicht gegeben, so dass die Lebenswelten und Erklärungsmuster sich stark von jenen der österreichischen Gesellschaft unterscheiden.

Die Notwendigkeit von Vermittlung trat diesbezüglich ganz deutlich zu Tage: die Vermittlung von gesundheitlichen Informationen, Alltagsinformationen und/oder verfassungsrechtlich geschützten Grundwerten wie sie in den Wertekursen des Österreichischen Integrationsfonds vermittelt werden – aber auch eine vertiefte Auseinandersetzung mit Glaubensansätzen und Handlungsprämissen. Der Informationsstand zu finanzieller Absicherung und Selbstständigkeit (Arbeitsmarkt und Bedarfsorientierter Mindestsicherung) vor allem bei migrantischen Frauen wurde in diesem Zusammenhang auch bemängelt. Diese Informationen müssten niederschwelliger angeboten werden, so dass eine produktive Vermittlung in andere Formate vorgenommen werden kann.

Zur Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsgesetzgebung wurde von einigen StakeholderInnen angegeben, dass diese nicht mehr der aktuellen Situation entspreche: *„Chancen entstehen nicht von selber, sondern müssen durch eine rechtliche Festschreibung von Gleichberechtigung, Gleichstellung und Antidiskriminierungen garantiert werden. Da wünsche ich mir in Oberösterreich eine modernere Regelung.“*

5.3.4. Religion, Säkularisierung und Extremismus

Mit der Zuwanderung von Menschen aus muslimisch geprägten Herkunftsländern hat sich seit den 1960er Jahren die Zahl der Muslime in Österreich wesentlich erhöht, und über die Jahre hat sich eine muslimische Minderheit samt ihrer Institutionen ebenso etabliert wie Integrationsarbeit, die Muslime adressiert.¹⁸⁰

In den letzten Jahren hat die Diskussion um die muslimische Minderheit im Kontext von Integration und Desintegration markant zugenommen und es wurde (nicht zuletzt im Wahlkampf bis Oktober 2017) immer wieder die Frage aufgeworfen, ob der Islam zu Österreich gehöre.¹⁸¹

Die Themen Religion und insbesondere Islam spielten im Jahr 2008 zur Zeit der Erstellung des oberösterreichischen Integrationsleitbildes noch eine sehr untergeordnete Rolle – dies hat sich jedoch sehr stark verändert hin zu einem aktuell negativ dominierten Diskurs. In der Onlinebefragung wurden die Themen Religion und Deradikalisierung als die am schlechtesten funktionierenden Integrationsbereiche angeführt.

¹⁸⁰ Laut der Studie des Vienna Institute of Demography „Demographie und Religion in Österreich. Szenarien 2016-2046“ hat sich der Bevölkerungsanteil der Muslime in Österreich seit 2001 verdoppelt von 4 auf 8%.

Die deutsche Zusammenfassung der Studie ist online verfügbar unter: https://www.oeaw.ac.at/fileadmin/subsites/Institute/VID/IMG/Publications/Working_Papers/WP2017_09-Deutsch_Zusammenfassung.pdf

¹⁸¹ Vgl. Rainer Nowak/ Erich Kocina: Gehört der Islam zu Österreich? Wien 2017.

Im Folgenden die **Auswahl einiger Maßnahmen der letzten zwei Jahre**¹⁸²:

- Das Netzwerk Deradikalisierung (tagt unter der Leitung des Landesrates für Integration viermal jährlich sowie anlassbezogen)
- Praxistage zum Thema Deradikalisierung für hauptamtliches Betreuungspersonal der Grundversorgungseinrichtungen des Landes Oberösterreich
- Kostenlose Workshops im Rahmen des Workshop-Pools für freiwillig Engagierte
- Präventions- und Sensibilisierungsmaßnahmen in Jugendzentren für Jugendliche (mit/ohne Migrationshintergrund) sowie Eltern
- Möglichkeiten des interreligiösen Dialogs speziell für Frauen ermöglicht durch die Angebote der christlichen Kirchen gemeinsam mit der islamischen Glaubensgemeinschaft in Oberösterreich (Religionsbeirat)
- Ausbau und Erweiterung von Schulungen zur interkulturellen und interreligiösen Kompetenz sowie zu den Themen Asyl-Flucht-Trauma für PädagogInnen
- Einbinden der MigrantInnen-Selbst-Organisationen in Schulungen
- Taschenbüchlein *Da mach´ ich nicht mit!*¹⁸³

Allgemeine Entwicklungen:

Zu Beginn der entsprechenden Fokusgruppe beschrieb eine Teilnehmerin: „*Eigentlich sehe ich gar keine positiven Entwicklungen in diesem Bereich, früher ging Integration einfacher. Wir haben in der Schule andere Religionen gesehen, aber es war normal. Heute ist alles problematisch.*“ Viele StakeholderInnen teilten den Eindruck, dass es in diesem Bereich überwiegend Herausforderungen gibt. Gleichzeitig wurde als positiv geschildert, dass es eine zunehmende Auseinandersetzung der Bevölkerung mit dem Thema Religion gäbe und mehr Dialog untereinander (nicht zuletzt aufgrund der gesetzten Maßnahmen) und Prävention von Radikalisierung stattfände.

Herausforderungen:

Der Umgang mit religiöser Zugehörigkeit sei zunehmend polarisierend und die Islamfeindlichkeit deutlich angestiegen.¹⁸⁴ In der Politik und den Medien würde „der Islam“ (den es als homogene Gruppe so nicht gibt) mit Extremismus, Terrorismus und Radikalisierung gleichgesetzt, so dass sich in der Gesellschaft ein Feindbild etabliert habe. Seit 2015 sei die Stimmung aggressiver geworden; es gäbe wenig kritische Auseinandersetzung und Differenzierungen zwischen den Glaubensrichtungen von Seiten der Bevölkerung. Ängste und daraus resultierende ablehnende Handlungsweisen gegenüber offensichtlich Andersgläubigen (z.B. erkennbar durch religiöse Symbole) im Alltag würden ansteigen.

¹⁸² Für eine vollständige Übersicht vgl. Land Oberösterreich: Masterplan Integration, S. 7ff. Siehe FN 43 sowie Land Oberösterreich: Information für „Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung“ vom 18.07.2017.

¹⁸³ http://www.landdermensch.at/images/taschenbuechlein/pixi_damachichnichtmit_2017.pdf

¹⁸⁴ Vgl. Dirk Halm/ Martina Sauer: Muslime in Europa. Integriert, aber nicht akzeptiert? Bertelsmann Stiftung 2017. Online verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSI/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_LW_Religionsmonitor-2017_Muslime-in-Europa.pdf

Weiters wurde die Einflussnahme aus dem Ausland auf die unterschiedlichen islamischen Gruppen thematisiert, die mit zum Teil starken Spannungen innerhalb der islamischen Glaubensgemeinschaft (die im Gegensatz stehen zum homogenen Bild in der Bevölkerung) einhergeht: *„Die Politisierung findet nicht nur in der österreichischen Gesellschaft statt, sondern auch im Ausland. Es wird versucht auf Diasporen Einfluss zu gewinnen. Türkische Politiker sind hier aufgetreten in bestimmten Moscheevereinen. Das ist ein Riesenproblem und das führt auch zu einer problematischen Einstellung der Bevölkerung.“* Der Einfluss aus dem Ausland wurde als sehr problematisch bewertet, da so die Konflikte in den Herkunftsländern in die österreichische Gesellschaft getragen würden. Auch die potentielle Rolle von Vereinen wurde in diesem Zusammenhang angesprochen, weil diese einen Einfluss auf ihre Mitglieder haben und *„zur Positionierung gezwungen“* seien.

In den oberösterreichischen Schulen spielt Radikalisierung und der Umgang mit religiösen Symbolen wie dem Kopftuch offenbar auch eine Rolle. Einige Schulen berichteten von Rückkehrerinnen aus Syrien, deren Anwesenheit an der Schule eine feindliche Stimmung erzeugt habe; andere sagten, dass es zu Konflikten käme wegen der Verschleierung: *„Das geht nicht, wenn die Mädchen voll verschleiert in die Schule kommen. Ich habe das nicht akzeptiert, es ist eine Pflichtschule.“* Eine junge Muslima vertrat die Meinung, dass man an der Schule tragen können sollte, was man will und dass das Kopftuch Ausdruck des Glaubens und damit Privatsache sei. Dem widersprachen wiederum andere StakeholderInnen in der Fokusgruppe zu dieser Thematik, die das Kopftuch als historisch gewachsenes Symbol werteten, das verdeutlicht, dass Männer und Frauen in der Öffentlichkeit nicht gleichberechtigt sind¹⁸⁵.

Seitens der StakeholderInnen gab es auch die Beobachtung, dass junge Mädchen und Burschen sich gegen den Willen der Eltern radikalisiert hätten. Die Mehrheit der Eltern sei *„absolut gegen diese Tendenzen“* und verstehe die eigenen Kinder nicht. Gründe für Radikalisierung wurden zumeist in Diskriminierungserfahrungen gesehen: Jugendliche würden sich ausgeschlossen fühlen, sich von der Gesellschaft ab- und Radikalisierungsangeboten zuwenden, da diese auf *„Benachteiligungstypen“* zugeschnitten seien. Soziale Anerkennung sei das primäre Ziel und die Radikalisierung folge, um eben diese in einer Gruppe zu bekommen. Einhellig wurde beschrieben, dass Diskriminierungen stärker ausgeprägt seien als früher und Betroffene sich stigmatisiert fühlten.

Verschiedene Studien zur Radikalisierung von Jugendlichen zeigen jedoch, dass es sich bei dieser um einen komplexen Prozess handelt, in dem verschiedene Faktoren wie z.B. Bildungshintergrund, Religiositätsgrad, Geschlecht, Männlichkeitskonzepte, Geburtsort, etc. eine Rolle spielen¹⁸⁶ – Diskriminierung ist ein Faktor unter vielen.

¹⁸⁵ Vgl. Seyran Ates: Nicht jedes Kopftuch ist Zeichen der Unterdrückung, 09.04.2015. Online verfügbar unter: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article139330251/Nicht-jedes-Kopftuch-ist-Zeichen-der-Unterdrueckung.html>

¹⁸⁶ Kenan Güngör/ Caroline Nik Nafs: Jugendliche in der offenen Jugendarbeit. Identitäten, Lebenslagen und abwertende Einstellungen. Wien 2016.

Alternative Erklärungen für das Vorkommen von Radikalisierung waren jugend- und pubertätsbezogene Erklärungen *„Also bei uns waren da in allen Fällen Hormone die Ursache für diesen Sinneswandel bzw. das Verliebtsein. Die Mädchen haben sich deshalb verschleiert, damit der eigene Mann der einzige ist, der ihr Antlitz erblicken darf.“* Eine durchaus übliche Argumentation.¹⁸⁷ Oder auch psychologische bis gesellschaftskritische Erklärungen wie beispielsweise eine Re-Traditionalisierung – ein Phänomen, welches auch bei ÖsterreicherInnen zu beobachten sei. Also normative Erwartungen an Frauen und Männer, eine geschlechtsdifferenzierte Aufteilung von Haus- und Erwerbsarbeit vorzunehmen. Diese Aufteilung würde von Jugendlichen gerne übernommen, da die Rollen Stabilität und Sicherheit in einer zunehmend als unsicher erlebten Welt anbieten.

Betont wurde, dass es innerhalb des Islam viel mehr Auseinandersetzung bräuchte: *„Wir müssen sehen, dass es im Islam eine Radikalisierung gibt. Wir müssen einfach schauen, was die Leute predigen und dagegen angehen. Innerhalb unserer Religion muss es beim Namen genannt werden.“* Auch weitestgehend negativ besetzte Themen wie Homosexualität müssten Teil dieser Auseinandersetzung sein.

5.3.5. Zusammenleben und Wohnen

Wohnen und das nachbarschaftliche Zusammenleben sind ebenfalls ein sehr wichtiges Integrationsfeld in Oberösterreich, das in der Evaluierung näher betrachtet wurde, da das Zusammenleben vor Ort, in der Gemeinde, in der Nachbarschaft, in der Gemeinschaft einen Fokus der oberösterreichischen Integrationspolitik darstellt.

In der Onlinebefragung wurde der Bereich „Wohnen und Zusammenleben“ als mittelmäßig bis eher schlecht funktionierend und eines der fünf wichtigsten Themenfelder für die Zukunft der Integrationspolitik in Oberösterreich eingestuft.

Auch in diesem Bereich wurden schon Maßnahmen durchgeführt, die anhand der **Auswahl einiger Maßnahmen der letzten zwei Jahre** ausschnitthaft dargestellt werden¹⁸⁸:

- Erstellung einer Prognoseberechnung für den Wohnungsbedarf 2016 bis 2020
- Schaffen von Startwohnungen für Asylberechtigte
- Bemühungen zur Öffnung bestehender Leerstände der gemeinnützigen Wohnbauträger und Schaffung eines Kreditfonds für Kautionen
- Broschüre *Zusammenleben in Oberösterreich – ein erstes Handbuch zur Orientierung in Oberösterreich*¹⁸⁹
- Umsetzung des Projektes „Kompetenz- und Lagezentrum Migration – KLM“ zwischen Polizei und UnterkunftsbetreiberInnen¹⁹⁰

¹⁸⁷ Vgl. Karin Kneissl: Testosteron macht Politik. Braumüller 2012.

¹⁸⁸ Für eine vollständige Übersicht aller durchgeführten Maßnahmen in den letzten zwei Jahren vgl. Land Oberösterreich: Masterplan Integration, S. 7ff. Siehe FN 43

¹⁸⁹ Online verfügbar unter: http://www.integrationsstelle-ooe.at/Mediendateien/Handbuch_IST_Web_FINALE_0317.pdf

¹⁹⁰ Vgl. http://zusammen-helfen.at/wp-content/uploads/2016/07/Projektbeschreibung_Plattform-Zusammenhelfen.pdf.

- Projekte wie Wohnen im Dialog¹⁹¹ und Wohnen mit Asyl¹⁹²
- Ausbau der Einzugsbegleitungen (nicht flächendeckend in Oberösterreich)
- Begegnungen ermöglichen und fördern durch verschiedene Formate wie z. B. das Jahr der Vielfalt, Begegnungsfeste, gemeinsam Kochen und interkulturelle Gärten
- Begegnungswoche *ZusammenKommen in OÖ* 2016 von 30.09. bis 07.10.2016 zum Kennenlernen und um gegenseitigen Respekt zu fördern¹⁹³
- Konfliktprävention in Wohnsiedlungen durch Prozessbegleitung und Informationen, z.B. zum Thema Mülltrennung

Allgemeine Entwicklungen:

Im Zuge der Fokusgruppe zu diesem Themenbereich wurde schnell deutlich, dass es einen großen Bedarf an leistbarem Wohnraum für MigrantInnen und Flüchtlinge in Oberösterreich gibt und insgesamt viele Wohnungen gesucht werden: „Nachdem die Anzahl der Personen mit positivem Asylbescheid ständig zunimmt, ist anzunehmen, dass die Gemeinden mit neuen Herausforderungen konfrontiert werden. Um eine Abwanderung der Neuzugezogenen in die Großstädte wie Linz und Wien verringern zu können, benötigen diese leistbaren Wohnraum.“¹⁹⁴

Die Schwierigkeiten auf dem freien Wohnungsmarkt bestünden beispielsweise in „*Miethaien*“, also Menschen, die z.T. nur eine Matratze oder einen schäbigen Raum für sehr viel Geld anbieten und/oder Wohnraum zu unverhältnismäßigen Preisen vermieten, und auch im grundsätzlichen Mangel an leistbarem Wohnraum: „*Offt wird eine zu teure Wohnung genommen und dann gibt es ein Problem, weil die Menschen das nicht zahlen können. Die Kautions ist schon ein Problem und die langfristige Miete unterschätzen viele, weil sie es sich langfristig doch nicht leisten können.*“ Entsprechend wurden Hilfeleistungen entwickelt wie beispielsweise Darlehensmodelle, wo Wohnungskautionen vorfinanziert werden. Mit diesen konnten von einem Verein circa 100 Kautionen vorfinanziert werden und die Rückzahlung funktioniert nach Aussage der StakeholderInnen sehr gut.

Beim geförderten Wohnungsbau sei der Zugang für diese Gruppe in unterschiedlichen Formen beschränkt: Zum einen gäbe es bei Genossenschaftswohnungen – die durchaus attraktiv für MigrantInnen und Flüchtlinge sein könnten wegen der relativ günstige Miete – nicht nur lange Wartezeiten, sondern Kriterien für eine Vormerkung, welche den Zugang oft verunmöglichen¹⁹⁵: „*Das leistet der Segregation am Wohnungsmarkt Vorschub*“ wurde kritisiert, aber die Wohnbauträger würden daran festhalten. MigrantInnen und Flüchtlingen seien diese Regelungen bekannt, daher kämen sie gar nicht zur Vormerkung bzw. gingen sie dort nicht hin, weil sie wissen, dass es „*aussichtslos ist.*“

¹⁹¹ Vgl. <https://www.volkshilfe-ooe.at/erwachsene/wohnen/wohnen-im-dialog/>

¹⁹² <https://wmawartberg.wordpress.com>

¹⁹³ Vgl. http://www.integrationsstelle-ooe.at/6086_DEU_DRUCK.htm

¹⁹⁴ Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 24. Siehe FN 19

¹⁹⁵ Dazu gehört z.B., dass man bereits seit 5 Jahren in Österreich lebt, einen Einkommensnachweis erbringen und Sozialversicherungsbeiträge für 36 Monate nachweisen kann. Vgl. https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LROO&Gesetzesnummer=10000366&ShowPrint_Preview=True

Bei Gemeindewohnungen sei es ähnlich: Ausschließlich die Gemeinden und Städte haben das Vergaberecht. *„Wir sind abhängig von den Gemeinden und vom Magistrat, seit einem Jahr vergeben diese keine Wohnungen mehr an Flüchtlinge und Migranten. Die Krux ist, dass wir sehr viele Leerstände haben, weil wir diese Wohnungen nicht vergeben können, und das trifft Menschen mit Migrationshintergrund viel intensiver.“*

Alle StakeholderInnen waren sich einig, dass eine Durchmischung unterschiedlicher Gruppen in den Wohnanlagen und Nachbarschaften begrüßenswert ist. Oft sei es so, dass Gemeinden/Städte Wohnungen der Bauträger vergeben würden: *„Da ist oft nur eine Person vom Meldeamt zuständig und die Wohnungsvergabe funktioniert über regionale Naheverhältnisse. Gewisse Wohnbauträger bekommen massiv Menschen mit Migrationshintergrund zugewiesen, ohne soziale Durchmischung, während andere Wohnanlagen sehr homogen bzw. autochthon gehalten werden. Es braucht mehr Fokus auf die Durchmischung.“*

Nach Ansicht der StakeholderInnen gibt es sehr gute Initiativen, um das nachbarschaftliche Zusammenleben zu unterstützen. Eine Einzugsbegleitung begleitet beispielsweise in einigen Gemeinden neu Zugezogene vier Monate lang nach Bezug der Wohnung und berät sie zu Themen wie Wohnanlage, Wohnumfeld, Spielplätze und Kindergärten in der Nähe, Abfallentsorgung, Nachbarschaft, etc. Das sei dringend notwendig und baue Konflikte ab, da man sonst nicht wüsste *„wie die Menschen aufeinander zugehen würden.“* MigrantInnen und Flüchtlinge würden diese Dienste begleitet durch DolmetscherInnen am meisten in Anspruch nehmen.

Herausforderungen:

Neben der größten Herausforderung, dass es zu wenig leistbaren Wohnraum in Oberösterreich gibt, wurde in der Fokusgruppe vor allem die Vermüllung und der Lärm in den Wohnanlagen thematisiert, so dass teilweise Sicherheitsfirmen eingesetzt werden müssten in Großsiedlungen: *„Die Leute wissen nicht, wie man Müll trennt. Z.B. ist da dann der Ziegenkopf, der aus dem Restmüll rausschaut.“* Das ginge bis zur Ausräumung von Wohnungen. Das Inventar würde *„einfach in den Garten“* und *„Waschmaschinen in einen Wohnraumcontainer“* geworfen werden. Die Entsorgung bliebe dann an der Verwaltung hängen. Um dem entgegenzuwirken gäbe es Wohnanlagen-Aufklärung zur Mülltrennung und auch in Deutschkursen sei dieses Thema nun aufgegriffen worden.

Ein weiteres herausforderndes Thema, das allerdings nicht ausführlich besprochen wurde, ist das der Obdachlosigkeit. Es gibt diesbezüglich weitreichende Unterstützungsangebote in Oberösterreich und Linz¹⁹⁶. Der Bedarf sei nicht hoch, aber eine Zuspitzung der sozioökonomischen Lage von MigrantInnen und Flüchtlingen konnte in Traun und Linz-Land im letzten Jahr beobachtet werden, weil unter anderem ein signifikant ansteigender Bedarf an Notschlafstellenplätzen verzeichnet wurde.

¹⁹⁶ Vgl. <https://portal.linz.gv.at/Serviceguide/viewChapter.html?chapterid=121826>

EMPFEHLUNGEN

Die Empfehlungen speisen sich aus den Ergebnissen der Evaluierung, wie sie in Kapitel 2 bis 5 dargelegt sind. Es wird an dieser Stelle nicht mehr auf die Ergebnisse und die Analyse an sich eingegangen, sondern es werden Schlussfolgerungen aus diesen gezogen für die Ausrichtung der zukünftigen Integrationspolitik und Integrationsarbeit in Oberösterreich. Die detaillierten Ergebnisse sind in den vorherigen Kapiteln nachzulesen.

GEMEINSAME BASIS IST GEFRAGT

1. Menschen- und Grundrechte als Basis

Es hat sich in der Evaluierung gezeigt, dass teilweise Unklarheit darüber herrscht, was die grundsätzlichen Prinzipien des Zusammenlebens sein sollen. Deshalb ist es notwendig, in Zukunft klar(er) zu formulieren, dass die Verfassung die gesellschaftliche Rahmenbedingung darstellt. Darüber hinaus muss das Verständnis für ihre Bedeutung und ihre Inhalte gefestigt werden.

Eine stabile Grundlage sollte dazu in der Lage sein, auch unterschiedliche Haltungen und Meinungen zu integrieren. Daher wird empfohlen, die Menschen- und Grundrechte wie sie in der Bundesverfassung verankert sind (demokratisches, republikanisches, bundesstaatliches und rechtsstaatliches Prinzip, Art.1 und 2 B-VG) als Basis der Integrationsarbeit in Oberösterreich auszubauen. Auch Rechte der Charta der Grundrechte der Europäischen Union¹⁹⁷ wie die Freiheit der Meinungsäußerung, Religionsfreiheit und das Recht auf Gleichstellung und Nichtdiskriminierung sind in diesem Zusammenhang wichtig, da das „Verständnis und die Akzeptanz dieser Grundwerte [...] wesentliche Elemente für das Leben in der Aufnahmegesellschaft und die Teilhabe daran (sind).“¹⁹⁸

97,45% haben in der Onlinebefragung angegeben, dass die Grundlage des Zusammenlebens die Grund- und Menschenrechte sein sollen. Es ist daher davon auszugehen, dass dieser Ansatz nicht neu ist, sondern bereits existiert und sich breiter Unterstützung erfreut. Darauf aufbauend sollte die Umsetzung der Idee , Menschen- und Grundrechte als Basis für die Integrationsarbeit zu definieren, in Zukunft strategisch ausgebaut werden und neue Maßnahmen entlang dieser Prämisse entwickelt werden.

2. Integrationsleitbild 2018: Kontinuität und Zukunftsfähigkeit

Da das Integrationsleitbild Einbeziehen statt Einordnen aus dem Jahr 2008 nun schon circa zehn Jahre alt ist und sich die Zuwanderungsbewegungen und- charakteristika in Oberösterreich ebenso geändert haben wie die Integrationslandschaft, ist es notwendig, das aktuelle Integrationsleitbild einer Weiterentwicklung zu unterziehen.

¹⁹⁷ http://www.europarl.europa.eu/charter/pdf/text_de.pdf

¹⁹⁸ EU Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen, S. 5. Siehe FN 138.

Dabei sind vor allem zwei Dinge sicherzustellen: zum einen sollte die Weiterentwicklung auf dem aktuellen Integrationsleitbild aufbauen, um die Anschlussfähigkeit sicherzustellen und die Kontinuität des bisher Erreichten und des über Jahre entwickelten Integrationsverständnisses weiter zu forcieren. Zum anderen muss die Zukunftsfähigkeit eines neuen Integrationsleitbildes angestrebt werden, so dass die Konsequenzen der Flüchtlingszuwanderung für die Integration aufgenommen und eine Vision zur ganzheitlich und nachhaltig ausgerichteten Integrationspolitik und -Arbeit (z.B. bis zum Jahr 2028) entwickelt werden kann.

Da viele StakeholderInnen angaben, dass sie sich für die Entwicklung des Integrationsleitbildes 2018 einen ähnlichen begleitenden Prozess wünschten wie 2008, werden eine einbeziehende Vorgehensweise sowie eine weitreichende Kommunikationsstrategie in den Regionen und Gemeinden nahegelegt. Dies soll sicherstellen, dass auch das neue Integrationsleitbild von den AkteurInnen der Integrationsarbeit in Oberösterreich mitgetragen wird.

INSTITUTIONELLEN RAHMEN UND AKTEURINNEN STÄRKEN

3. Bestehende Strukturen und Steuerungsinstrumente beibehalten

Ein bewährtes Element der Integrationsarbeit in Oberösterreich ist das Instrument der Steuerungsgruppen, das sich im 3-Ebenen-Modell abbildet. Bestehende Steuerungsgruppen auf Landes-, Bezirks- und Gemeindeebene, die sich zunächst vorwiegend mit Asyltagenden beschäftigten, wurden in den letzten Jahren um die Themen Integration und AkteurInnen der Integrationsarbeit erweitert.

Die Evaluierung zeigte deutlich, dass dies der Integrationsarbeit zuträglich ist und es wird daher empfohlen, die bestehenden Strukturen inklusive des Integrationsressorts, der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich, des Verwaltungsinternen Netzwerks für Integrations- und Diversitätsfragen sowie der Regionalen Kompetenzzentren für Integration und Diversität und des Steuerungsinstrumentes des 3-Ebenen-Modells beizubehalten.

Auch die regionale und kommunale Integrationsarbeit soll fortgeführt werden. Durch die enge Zusammenarbeit mit BürgermeisterInnen, Bezirkshauptmannschaften, NGOs, der Zivilgesellschaft vor Ort sowie vielen weiteren AkteurInnen sowie durch die strategische Prozessbegleitung bildete sich ein Kommunikations- und Informationsnetz, das gut funktioniert und als tragfähig für weitere Jahre eingestuft wird.

Dabei gilt es essentiell zu beachten, dass die Beibehaltung bestehender Strukturen und Steuerungsinstrumente sich auch finanziell widerspiegelt. Die Erweiterung der Aufgaben und Funktionen einiger Institutionen sollte sich auch budgetär niederschlagen.

4. Positiven Einfluss von AkteurInnen stützen

Der positive Einfluss von verschiedenen AkteurInnen auf die Integrationsarbeit in Oberösterreich konnte im Zuge der Evaluierung nachgewiesen werden. Das Integrationsressort und die Integrationsstelle des Landes Oberösterreich fanden wiederholt

wertschätzende Kommentare zu ihrer Rolle. Auch in der Onlinebefragung wurde deutlich, dass der Einfluss fast aller involvierten AkteurInnen (bis auf die Medien) sehr positiv bewertet wurde.

Die Entwicklung einer positiven Wirkung und somit einer lebendigen, vernetzten und lösungsorientierten Dynamik in der Integrationsarbeit sollte gestützt und weiter ausgebaut werden. Ein positiver Einfluss entsteht nicht von alleine, daher bedarf es (weiterhin und verstärkt) der aktiven Lenkung von Aktivitäten, Unterstützung bei der Umsetzung von Projekten und der Planung von Maßnahmen sowie der Förderung von Kooperationen unter den AkteurInnen und der Weitergabe von Erfahrungen und Expertise. Die Integrationsstelle des Landes Oberösterreich soll diesbezüglich auch zukünftig eine leitende Rolle bei der Schaffung eines systematischen Zugangs übernehmen.

5. Verstärkung der bewusstseinsbildenden Medienarbeit

Die teilweise negative mediale Berichterstattung stellt eine Herausforderung für die Integrationsarbeit in Oberösterreich dar – auch wenn es durchaus reflektierte und sorgsam recherchierte Medienarbeit gibt. Dies wurde im 2. Umsetzungsbericht zum Integrationsleitbild thematisiert: „Insgesamt ist im Rahmen der medialen Berichterstattung bemerkbar, dass über das Thema Migration häufig in undifferenzierter Weise berichtet wird. Motive und Formen der Migration [...] werden größtenteils ausgeblendet.

Dies bedeutet, dass die rechtlichen Folgen, aber auch individuelle Aspekte der Migration nicht hinreichend Beachtung finden. Vielmehr wird das Thema Migration oftmals entpersonalisiert und als Grundproblem für das Zusammenleben in Österreich dargestellt.“¹⁹⁹ Durch eine weitgehend undifferenzierte Debatte und gezielte Verwendung negativ besetzter Begriffe würden Vorurteile entstehen und Ängste geschürt, argumentierten StakeholderInnen.

Dazu können in Zukunft einige Maßnahmen zur Verbesserung der Rolle der Medien angedacht werden wie beispielsweise integrationsspezifische Weiterbildungen und Sensibilisierung für JournalistInnen zu Begriffen unter Einbeziehung des Integrationsglossars.²⁰⁰ Es soll ein genereller Ansatz der ausgewogenen Berichterstattung über Zugewanderte dominieren, so dass auch Leistungen und positive Errungenschaften in den Medien regelmäßig gezeigt und Zahlen so neutral wie möglich dargestellt werden.

Ein wichtiger Bereich wäre diesbezüglich auch die Verstärkung der bewusstseinsbildenden Medienarbeit in Sozialen Medien (Facebook, Instagram, Twitter) sowie sozialen Videonetzwerken (YouTube, vimeo) und auf Karriereplattformen (XING, LinkedIn). In diesen gibt es noch vielfach ungenutzte Möglichkeiten, Integration zu fördern und Wissen übereinander jenseits von Stereotypisierungen zu erlangen.

¹⁹⁹ 2. Umsetzungsbericht. S. 19. Siehe FN 55

²⁰⁰ Österreichischer Integrationsfonds: Integrationsglossar.

Online verfügbar unter: <https://www.integrationsfonds.at/publikationen/glossare/integrationsglossar/>

ERWEITERTE INTEGRATIONSLANDSCHAFT FESTIGEN

6. Regelsysteme tragen Hauptverantwortung

Schon im Integrationsleitbild von 2008 wurde die Bedeutung von Regelsystemen für die Integrationslandschaft betont: „Das Bewusstsein, dass die Regelsysteme zentrale Integrationsakteure darstellen, setzt sich erst langsam in den einzelnen Institutionen fest. [...] Die Berücksichtigung von MigrantInnen als KundInnen der Regelsysteme ist dabei jedoch nicht als zusätzliche Sonderaufgabe zu sehen, sondern als zielgruppenorientierte Weiterentwicklung hinsichtlich einer zunehmend vielfältigen Gesellschaft.“²⁰¹

In den letzten zehn Jahren hat eine starke interkulturelle Öffnung der Verwaltung und anderer Regelinstitutionen in Oberösterreich stattgefunden, so dass Integrationskompetenzen entwickelt wurden, wie es das Integrationsleitbild vorgeschlagen hat. Nichtsdestotrotz wurde in der Evaluierung evident, dass Regelsysteme weiterhin eine Weiterentwicklung ihrer Rolle vor sich haben – vor allem, wenn es um die Integration von Flüchtlingen geht. So gaben 85% in der Onlinebefragung an, dass die Integrationsarbeit stärker in bestehende Institutionen wie Regelsysteme überführt werden sollte.

Traditionelle Integrationsagenden werden in Zukunft durch weitere Thematiken wie Migration, Asyl und Flucht ergänzt werden müssen und es soll langfristig einen Wechsel von Sonderprogrammen zur Nutzung von Regelsystemen geben: „Für die Integration von Flüchtlingen sollten grundsätzlich keine Sonderprogramme geschaffen werden, sondern die vorhandenen Regelstrukturen genutzt werden. [...] Das bedeutet, dass Schüler so bald wie möglich in regulären Schulklassen unterrichtet werden sollten; ebenso sollten für die Berufsausbildung, die Nachqualifizierung und die Arbeitsmarktintegration die bewährten Instrumente der Arbeitsmarktpolitik genutzt werden.“²⁰² Sonderprogramme sollten daher in Zukunft dort weiterbestehen, wo es notwendig ist, aber deutlich die Ausnahme darstellen.

7. Freiwillig Engagierte weiter unterstützen

An der Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 haben viele freiwillig Engagierte mitgewirkt und die oberösterreichische Bevölkerung hat sich stark engagiert. Da diese Tätigkeiten teilweise sehr intensiv waren, gibt es Erschöpfungsanzeichen von freiwillig Engagierten. Nichtsdestotrotz ist nach wie vor auch viel Potential vorhanden, da es immer noch viele Menschen gibt, die sich freiwillig engagieren möchten und dies auch tun.

Dieses Potential sollte in Zukunft weiter genutzt werden; unter anderem, indem Initiativen wie z.B. *ZusammenHelfen in Oberösterreich* weitergeführt werden. Auch können freiwillig Engagierte weiterhin von den ReKIs adressiert werden, wie es bereits Praxis ist: „Durch die Begleitung und Beratung der ReKIs werden Institutionen, Organisationen und freiwillig Engagierte kompetent im gesellschaftlichen Wandel unterstützt.“²⁰³

²⁰¹ Land Oberösterreich: Einbeziehen statt Einordnen. S. 25. Siehe FN 41

²⁰² <https://www.stiftung-mercator.de/de/unsere-stiftung/presse/mitteilungen/nachrichten/fluechtlingsintegration-regelsysteme-statt-sonderprogramme-nutzen/>

²⁰³ Land Oberösterreich: Masterplan Integration, S. 6. Siehe FN 43

Die Qualifizierung und Professionalisierung von freiwillig Engagierten wurde in den letzten Jahren stetig vorangetrieben. Es besteht jedoch weiterhin Bedarf an Weiterbildungsangeboten für freiwillig Engagierte²⁰⁴, um ihnen in ihrer Tätigkeit Unterstützung anzubieten. Zugleich sollen auch Möglichkeiten, von der Freiwilligkeit in ein professionelles Beschäftigungsverhältnis zu wechseln, noch stärker unterstützt werden. Dies kann beispielsweise durch die Ausstellung von Zeugnissen, Zertifikaten und Empfehlungen, welche freiwillige Tätigkeiten und Kenntnisse abbilden und für eine potentielle spätere Arbeitsstelle einordnen und bewerten, geschehen.

8. Kreis von MigrantInnen-Selbst-Organisationen um Nicht-Organisierte erweitern

Um die erweiterte Integrationslandschaft zu festigen, braucht es neben einem starken Regelsystem und einer engagierten Bevölkerung vor allem engagierte und starke MigrantInnen und Flüchtlinge. In Oberösterreich wurde in der Vergangenheit nicht nur über, sondern vor allem mit der Zielgruppe gesprochen. Zugewanderte können allerdings noch aktiver in Maßnahmen einbezogen werden – nicht unbedingt als Zielgruppe, die mit Maßnahmen versorgt wird, sondern als AnbieterInnen und MitgestalterInnen von Initiativen.

Die Evaluierung hat gezeigt, dass MigrantInnen-Selbst-Organisationen und Vereine eine sehr wichtige Rolle in der Integrationsarbeit spielen. Um der Heterogenität der Migrationsbevölkerung gerecht zu werden, wäre es in Zukunft aber wünschenswert, den Kreis der GesprächspartnerInnen zu erweitern, da MigrantInnen-Selbst-Organisationen nicht alle MigrantInnen vertreten. Je nach Herkunftsland variiert die Organisationsdichte. Entsprechend wird vermutet, dass je nach Herkunftsgruppe ca. 5% bis 30% der MigrantInnen organisiert sind, wobei die höchste Organisationsdichte bei den Türkeistämmigen zu finden ist.²⁰⁵ Selbstverständlich steht es allen Zugewanderten frei, sich zu organisieren oder sich eben keiner migrantischen Organisationsform anzuschließen – Integrationsarbeit muss aber jedenfalls die Nicht-Organisierten berücksichtigen und stärker miteinbeziehen.²⁰⁶ Dies könnte durch eine organisierte Kommunikationsstrategie initiiert werden.

KOMPETENZEN FÖRDERN UND WEITERBILDUNGEN ANBIETEN

9. Interkulturelle Kompetenzen und Weiterbildungen vertiefen

Menschen, die in der Integrationsarbeit tätig sind, sind eine wertvolle Ressource. Auch wenn es schon zahlreiche Bemühungen gegeben hat und es viele MitarbeiterInnen mit interkulturellen Kompetenzen in den Institutionen der Integrationsarbeit in Oberösterreich gibt, ist die interkulturelle Öffnung von Firmen, öffentlichen Institutionen und Verwaltungen nach wie vor eine Herausforderung, die in Zukunft einen Schwerpunkt darstellen soll.

²⁰⁴ Ebenda S. 25. Siehe FN 19

²⁰⁵ Ludger Pries/ Zeynep Sezgin (Hg.): Jenseits von ›Identität oder Integration‹. Grenzen überspannende MigrantInnenorganisationen. Wiesbaden 2010; Dirk/ Halm/ Martina Sauer: Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Stiftung Zentrum für Türkeistudien 2005, S.24ff.

²⁰⁶ Dies müsste vor allem in den Statutarstädten passieren, wo am meisten Diaspora, Vereine und Interessenvertretungen angesiedelt sind; aber auch in Gemeinden, wo ein hoher MigrantInnenanteil vorzufinden ist.

Es gilt, was schon 2011 galt, nämlich, dass „die Entwicklung einer interkulturell kompetenten Mitarbeiter/innenschaft – zum Beispiel durch Aus- und Weiterbildung – ein Schlüsselaspekt bei der strategischen Umsetzung von integrations- und diversitätspolitischen Maßnahmen“²⁰⁷ ist. Das Ziel ist, Rollen noch besser zu definieren und interkulturelle Kompetenzen auszubauen bzw. auch MitarbeiterInnen in Regelinstitutionen zu ermuntern, in den Austausch und die Vernetzung in verschiedenen Foren zu gehen.

Weiters sind muttersprachliche Aufklärung und Beratung wichtige Instrumente, weil Themen in der Muttersprache eindeutiger aufgegriffen werden. Zudem können die BeraterInnen so als Multiplikatorinnen fungieren und eine Vorbildwirkung für die Klientinnen einnehmen. Diese Ausrichtungen zu forcieren ist wichtig, um MigrantInnen und Flüchtlinge noch mehr in die Integrationsarbeit zu involvieren, was langfristig integrationsfördernd wirkt.

Weiterbildungen sollten in Zukunft – neben den Angeboten, die es bereits gibt – in Kooperation mit Trägern und Organisationen, die über Expertise verfügen, ausgebaut werden in Richtung von spezifischen Herkunftsländerinformationen (Syrien, Afghanistan, Türkei, Somalia, etc.). Auch Weiterbildungen zum Thema Interkulturalität und Interkulturelle Konflikte in Institutionen, die direkt mit der Integrationsarbeit befasst sind, aber auch in Betrieben, bei wirtschaftlichen AkteurInnen und in der Verwaltung, werden empfohlen.

10. Wissensmanagement und Expertise ausbauen

Das Wissen über Integrationsagenden und dessen Weitergabe ist ein sehr bedeutendes Element der Integrationsarbeit, weil damit zuverlässige, auf Fakten basierende Arbeit möglich ist. Die Verbreitung von langfristiger Expertise ist daher von äußerster Wichtigkeit für die Ausrichtung der Integrationsarbeit in Oberösterreich. In langjähriger Erfahrung angeeignetes Wissen gilt es nicht zu monopolisieren, sondern zu teilen, damit möglichst viele AkteurInnen davon profitieren können.

Ein gewisser Mangel an Wissen – selbst zu grundlegenden Begrifflichkeiten wie dem Unterschied zwischen Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen – konnte im Zuge der Evaluierung auch bei AkteurInnen der Integrationsarbeit festgestellt werden, so dass eine Aktualisierung und Festigung von verfügbarem Wissen notwendig ist. Dem kann beispielsweise durch externe Trainings und webbasierte Wissens- und Bildungsangebote begegnet werden.

Auch sollen bestehende Institutionen und Plattformen – allen voran die Integrationsstelle des Landes Oberösterreich – noch weiter in ihrer Funktion der Wissensvermittlung und des Wissenstransfers gestärkt werden. Diesbezüglich bestehende Webpages sollten mehrsprachig ergänzt werden, damit sie für Zielgruppen zugänglich sind. Der österreichische, europäische und globale Kontext müssen inkludiert werden, damit dieser die angemessene Berücksichtigung findet.

²⁰⁷ 1. Umsetzungsbericht, S.30. Siehe FN 55

NACHHALTIGKEIT STÜTZEN UND KOOPERATIONEN AUSBAUEN

11. Finanzielle Sicherheit ist gefragt

Es gab unter StakeholderInnen der Integrationsarbeit Unsicherheiten bezüglich der Weiterführung und Finanzierung der Integrationsprojekte und der Planbarkeit weiterer Aktivitäten. Integration ist ein politisch kontrovers diskutiertes Thema und daher ist auch die Integrationsarbeit immer ein Stück weit abhängig von der politischen Ebene. Nichtsdestotrotz wird empfohlen, die Implementierung von Integrationsprojekten nicht (ausschließlich) vom politischen Umfeld abhängig zu machen, sondern langfristig anzulegen: „Wirksame und ausgewogene integrationspolitische Maßnahmen erfordern angemessene politische, soziale und finanzielle Investitionen, die [...] uns allen nutzen werden.“²⁰⁸

Da Fördermaßnahmen zweifelsohne kostspielig sein können und eventuell erst in einigen Jahren ihre Wirkung entfalten, wird nahegelegt, die finanzielle Unterstützung zu stabilisieren, indem ein mittel- bis langfristiges Programm mit Kernpunkten für die praktische Umsetzung der Integrationsarbeit in Oberösterreich erstellt wird. Dieses würde Transparenz und eine realistische Einschätzung der künftigen finanziellen Mittel und Förderungen im Integrationsbereich herstellen, so dass Planbarkeit auch bei politischen Veränderungen gegeben ist. Darüber hinaus würden mit einem mittel- bis langfristigen Programm samt Kernagenden Verbindlichkeiten entstehen, die unabdinglich für eine nachhaltig wirksame Integrationsarbeit sind.

12. Wirkungsmessung verstärken

Ein weiterer Bereich, der noch im Sinne der Nachhaltigkeit der Integrationsarbeit in Oberösterreich verbessert werden könnte, ist die Wirkungsmessung von Projekten. Die Evaluierung machte sichtbar, dass Wirkungsmessung zwar teilweise schon stattfindet, jedoch nicht systematisch auf alle geförderten Projekte angewandt wird und somit kaum Vergleichbarkeit bezüglich der Qualität, der Umsetzung und der Erreichung von Zielen vorhanden ist.

Hier ist es ratsam, eine Matrix für die Wirkungsmessung der Integrationsprojekte in Oberösterreich zu erstellen, welche auf alle implementierten Projekte angewandt wird. Vorarbeiten, an die angeknüpft werden kann, gibt es bereits. Diese sollen um internationale Standards und Indikatoren ergänzt werden, so dass eine vergleichende Wirkungsmessung der Integrationsarbeit in Oberösterreich in Zukunft möglich wird.

13. Institutionelle Übergänge erleichtern

Bestimmte institutionelle Übergänge – von der Schule in die Erwachsenenbildung oder vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt – bergen Herausforderungen für das Individuum. Diese Übergänge zu erleichtern, soll in Zukunft ein Fokus der Integrationsarbeit in Oberösterreich sein. Dazu gilt es Institutionen weiter zu vernetzen und Kooperationen

²⁰⁸ EU Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen, S. 5. Siehe FN 138

auszubauen wie beispielsweise zwischen Institutionen, die Sprachkurse anbieten und VertreterInnen des Schulsystems. Ein systematischer Austausch unterstützt beide Seiten dabei, die jeweils anderen Arbeitsweisen, institutionellen Zugänge und Gegebenheiten besser zu verstehen und somit administrative und praktische Hürden des Übergangs für die KlientInnen zu senken.

Der Übergang von der Schule bzw. der Bildungsinstitution in den Arbeitsmarkt muss ebenfalls vereinfacht werden, durch gesteigerte zielgruppenadäquate Vermittlung, durch die interkulturelle Öffnung von Betrieben sowie durch die Qualifikationen und Sprachkenntnisse der SchülerInnen selbst. An allen drei Punkten soll in Zukunft angesetzt werden, um den Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT FÖRDERN

14. Zusammenhalt in polarisierter Gesellschaft stärken

Im Zuge der Evaluierung wurde auf eine zunehmende Skepsis der Bevölkerung gegenüber MigrantInnen, Flüchtlingen und Asylsuchenden hingewiesen. Die Angst vor „Überfremdung“ würde wachsen und die betroffenen Gruppen würden mit Abschottung und Rückzug in die Communities, in die Vereine und die Religion als Sinnstifter reagieren. Fremdenfeindliche Äußerungen und Übergriffe im Alltag – vor allem gegen MuslimInnen gerichtet – würden zunehmen und Kontakte von Zugewanderten zur Gesellschaft teilweise fehlen, so dass sich insgesamt die Polarisierung der Gesellschaft verschärfe.

Zusammenhalt braucht Interaktion. Studien haben gezeigt, dass die Distanz von Zugewanderten zur Aufnahmegesellschaft wächst, wenn eine größere Community existiert, da „die zusätzliche Interaktion innerhalb der Gruppe zulasten der Interaktion mit der Mehrheitsgesellschaft geht.“²⁰⁹ Dieses Phänomen gilt es aufzugreifen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Oberösterreich zu stärken. Zukünftig soll das „Bridging“ also Brückenbauen zwischen Mehrheitsgesellschaft und MigrantInnen aber auch zwischen und innerhalb der verschiedenen MigrantInnengruppen ausgebaut, und das „Bonding“, also das Verweilen in einer als ähnlich wahrgenommenen Gruppe, abgebaut werden.

Dieser Aufgabe können sich einzelne freiwillig Engagierte widmen, wobei man sich an bestehenden Initiativen orientieren kann.²¹⁰ Aber auch das Selbstverständnis von MigrantInnen-Selbst-Organisationen als Brückenbauer sollte gefestigt werden. Bei importierten Konflikten aus dem Ausland wäre beispielsweise entscheidend, dass in den Organisationen eine kritische Reflexion stattfindet anstatt einer Reproduktion bestimmter Ansichten.

Regelmäßige Austauschtreffen für VereinssekretärInnen sollten daher weiterverfolgt werden und ein systematischer Austausch unter den MigrantInnen-Selbst-Organisationen zu dieser Thematik initiiert werden.

²⁰⁹ Paul Collier: Exodus: Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. München 2014, S. 94.

²¹⁰ Vgl. <http://www.ansfelden.at/leben/zusammenleben-in-ansfelden/angebote/freizeit-und-begegnung/brueckenbauerinnen/>

15. Gesellschaftlicher, interreligiöser sowie innerislamischer Dialog notwendig

Es gibt eine starke Pluralität in der muslimischen Alltagspraxis, die von areligiösen und wenig religiösen Menschen bis hin zu Gruppen mit einer starken Religiosität reicht.²¹¹ Entsprechend gibt es offene Zugänge von Menschen mit muslimischer Prägung, traditionell-konservative wie auch islamistische Gruppen, die teilweise eine bewusste Abgrenzung zur Mehrheitsgesellschaft vornehmen.

Als zielführender Ansatz, um Abgrenzungen zu minimieren und gegenseitiges Verständnis zu maximieren, wurde in der Fokusgruppe der Dialog innerhalb der Glaubensgemeinschaften sowie zwischen Glaubensgemeinschaften und Mehrheitsgesellschaft angesehen. Im Zuge der Evaluierung berichteten StakeholderInnen von Veranstaltungsformaten in Oberösterreich, bei denen islamische und katholische Gemeinden zusammenkommen, *„das heißt Christentum und Islam im Dialog vereint durch Glauben.“*

Es wurde allerdings auch beschrieben, dass der intrareligiöse Dialog teilweise nur in der Theorie ernst genommen würde, *„in der Praxis tun wir uns schwer“*. Trotz größerer Bewusstheit bezüglich ideologischer Ausrichtungen sei man weit von einer Auseinandersetzung *„auf Augenhöhe“* entfernt. Diese Tendenzen sollen in einer zukünftigen Integrationspolitik proaktiv angesprochen werden. Ein innerreligiöser Diskurs – innerhalb des Islam und innerhalb des Christentums – ist dazu ebenso wichtig wie der interreligiöse Austausch und der Austausch mit der Mehrheitsgesellschaft.

16. Verständnis für Solidargesellschaften intensivieren

Es wird empfohlen, in Zukunft eine intensiviertere Kommunikation zu rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen vermehrt in die Integrationsarbeit einfließen zu lassen und damit die Gesamtbevölkerung und Zugewanderte zu adressieren. Im Zuge der Diskussion um soziale Gerechtigkeit sollte auch das Verständnis für den Zweck von Solidarleistungen erhöht werden. Dabei geht es nicht nur um die ökonomischen Effekte der Flüchtlingszuwanderungen 2015/16, sondern um konzeptionelle und strukturelle Systeme wie den Generationenvertrag, das Steuer- und Pensionssystem.

Bei einigen MigrantInnen und Flüchtlingen sollte diesbezüglich mehr Bewusstsein dafür geweckt werden, dass Sozialleistungen nicht unbegrenzt vom Staat zur Verfügung gestellt werden können, wie diese finanziert werden und welche Solidargedanken ihnen zugrunde liegen. Das Sozialsystem in Österreich und seine Funktionsweise sollte jenen, die es nicht kennen, nähergebracht werden. Auch wird empfohlen, die Gesamtgesellschaft stärker darüber zu informieren, wie und auf welchen rechtlichen Grundlagen bestimmte Sozialleistungen erbracht werden. Dazu gehört auch die Vermittlung der Tatsache, dass jedes System anderen Regeln unterworfen ist und dass sich z.B. die bedarfsorientierte Mindestsicherung dem Zweck entsprechend an der Bedürftigkeit orientiert.

²¹¹ Ednan Aslan/ Jonas Kold/ Erol Yildiz: Muslimische Diversität. Ein Kompass zur religiösen Alltagspraxis in Österreich. Berlin 2017.

ALTE UND NEUE ZIELGRUPPEN INKLUDIEREN

17. Mehrheitsgesellschaft verstärkt im Fokus

Ein klares Ergebnis der Evaluierung ist, dass die Mehrheitsgesellschaft in Zukunft vermehrt in den Fokus der Integrationsarbeit zu nehmen ist. 56% der Befragten des Onlinefragebogens gaben an, dass bei ÖsterreicherInnen als Zielgruppe noch mehr für die Integration getan werden müsste. Auch die wahrgenommene Polarisierung der Gesellschaft lässt darauf schließen, dass bei der Sensibilisierung der Gesamtbevölkerung noch Bedarf besteht.

Oberösterreich wird diverser und es wird zunehmend schwieriger, überhaupt zu identifizieren, wer zur Mehrheitsgesellschaft gehört und wer nicht. Man behilft sich in Ermangelung alternativer Begrifflichkeiten nach wie vor Kategorisierungen wie „Einheimische“ und „Fremde“, obwohl diese Einteilungen schon lange nicht mehr die Realität reflektieren. Es wird daher empfohlen, das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft noch stärker zum Schwerpunkt der Integrationsarbeit in Oberösterreich zu machen und das schon vorhandene wechselseitige Integrationsverständnis weiter auszubauen in Richtung einer gemeinsamen Gestaltung des Zusammenlebens. Das Motto „Integration ist, was wir daraus machen!“ ist dafür zweckdienlich und weitere Diskussions- und Austauschkreise zu dieser Thematik in diesem Sinne förderlich.

Weiters gehört problematischen Entwicklungen wie Nationalismus und Rechtsextremismus entgegengewirkt. Aktuell findet die Debatte in der Öffentlichkeit dazu entlang von Muslimen und Flüchtlingen statt - der Rechtsextremismus in der Mehrheitsgesellschaft aber auch innerhalb der MigrantInnengruppen wird kaum thematisiert. Das führt zu einseitigen Problemwahrnehmungen und es braucht transparente Maßstäbe, die alle Formen von „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“²¹² gleichsam ins Auge fassen. Der Ansatz der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bietet hierzu eine gute Grundlage. Es ist ein verstärktes Augenmerk auf diese Frage zu richten und eine Strategie zu entwickeln, wie Oberösterreich im Integrationsbereich mit Strömungen umgeht, die von antidemokratischen oder nationalistischen bzw. religiös begründeten Ungleichwertigkeitsideologien²¹³ beeinflusst sind.

18. Integration von Anfang an nicht als Bleibeversprechen

Es ist heute weitgehend akzeptiert, dass Integration so früh wie möglich ansetzen soll. Das heißt, bei Kindern in einem frühen Alter und bei allen Menschen sobald wie möglich nach der Ankunft im Aufnahmeland (auch wenn es bereits Vor-Integrationsmaßnahmen schon in den Herkunftsländern gibt²¹⁴).

²¹² Andreas Zick/ Andreas Hövermann/ Beate Küpper: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin 2011, S.43.

Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>

²¹³ Ideologien der Ungleichwertigkeit umfassen u.a. Fremdenfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit, Autoritarismus, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homophobie, Antiliberalität und antiwestliche Ressentiments.

²¹⁴ Vgl. IOM: Headstart to Integration. A Global Review of Pre-departure Support Measures for Migrants. Brussels 2015. Online verfügbar unter: <https://publications.iom.int/books/headstart-integration>

Mit der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 hat es bezüglich der Zielgruppen von frühzeitigen Integrationsmaßnahmen in Oberösterreich einen Paradigmenwechsel gegeben, der AsylwerberInnen miteinbezieht und diesen ebenfalls Sprachkurse und Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt. Dieser Wechsel wurde von vielen StakeholderInnen begrüßt, es gab aber auch kritische Stimmen dazu in der Evaluierung.

Vor allem die Abschiebung von AsylwerberInnen, die eine Lehrstelle haben, wurde in diesem Zusammenhang als problematisch diskutiert: Betroffene, ihr Umfeld sowie das Integrationsressort und Betriebe engagieren sich für deren Möglichkeit, in Österreich zu bleiben²¹⁵, während im Asylverfahren die Abschiebung schlichtweg die Folge eines negativ beendeten Verfahrens auf internationalen Schutz darstellt.

Dass es das Ziel sein muss, Asylverfahren zu verkürzen, muss in diesem Zusammenhang nicht extra betont werden. Eine lange Wartezeit, bevor die betreffende Person an Sprach-, Bildungs-, Werte- und vorbereitenden Kursen für die Arbeitsmarktintegration teilnehmen kann, beeinträchtigt langfristig die Integrationsfähigkeit.²¹⁶ Es empfiehlt sich daher alles dafür zu tun, die Dauer der Asylverfahren in Zukunft stark zu kürzen.

Es wäre jedoch ebenso wichtig, dass aus dem Ansatz „Integration von Anfang an“ kein Bleiberversprechen abgeleitet wird – AsylwerberInnen also davon ausgehen, dass sie in Österreich bleiben können, wenn sie Integrationsmaßnahmen schon während des Verfahrens nützen. In diesem Sinne sollten auch die IntegrationsakteurInnen den AsylwerberInnen vermitteln, dass Integrationsmaßnahmen zwar hilfreich sind, jedoch nicht automatisch zur Zuerkennung eines Aufenthaltstitels führen, um die Erwartungen der Menschen in realistischen Grenzen zu halten.

Es ist nichtsdestoweniger sinnvoll, eine Qualifikationsmaßnahme beenden zu können, die dann in Österreich oder im Herkunftsland im Beruf genützt werden kann. Diesbezüglich könnte man sich ein Vorbild an Deutschland und der „3+2“-Regelung nehmen.²¹⁷

Zudem könnten Integrationsmaßnahmen für Asylsuchende stärker berücksichtigen, dass nicht nur das langfristige Bleiben in Österreich denkbar ist, sondern ebenso die potentielle Rückkehr in das Herkunftsland. Erworbene Qualifikationen dienen den Betroffenen nicht nur für den Aufbau eines stabilen Lebens in Österreich, sondern auch nach einer Rückkehr in die Heimat bzw. bei einem Aufenthalt in einem anderen Land. Daher sollen zukünftig auch alternative Qualifikationen wie Englischkurse und Qualifizierungen im technischen und IT-Bereich als Schwerpunkt vermehrt angeboten werden.

²¹⁵ Vgl. <http://www.anschober.at/petition.html>.

Vgl. <https://mobil.derstandard.at/2000069844006/Lehrlinge-als-Asylwerber-Die-gut-Integrierten-muessen-gehen>

²¹⁶ Vgl. OECD: Erfolgreiche Integration. Flüchtlinge und sonstige Schutzbedürftige. Paris 2016, S.15. Online verfügbar unter: <http://www.oecd.org/els/erfolgreiche-integration-9789264251632-de.htm>

²¹⁷ Vgl. https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Asyl/fag-arbeitsmarktzugang-gefuechtete-menschen.pdf?__blob=publicationFile

19. Gesteigertem Integrationsbedarf entgegenkommen

Unter schon länger in Oberösterreich lebenden Zugewanderten wurden TschetschenInnen und TürkInnen in der Evaluierung als Gruppen mit gesteigertem Integrationsbedarf wahrgenommen und bei neu zugewanderten Flüchtlingen galten AfghanInnen und SyrerInnen als Gruppe, die in der künftigen Ausrichtung der Integrationsarbeit in den Fokus zu nehmen ist.

Gerade für MigrantInnen und Flüchtlinge in prekären sozialen Situationen zeigt sich häufig, dass die Integration trotz aller Bemühungen ein sehr mühsamer und langwieriger Prozess sein kann. Sollte die Integration bei gewissen Teilen der Zugewanderten nicht gelingen, so können zum einen die Potenziale dieser Menschen nicht genutzt werden, zum anderen können soziale Marginalisierungen entstehen bzw. weiter verschärft werden, die in der Folge zu höheren Sozialbelastungen wie auch zu weiteren Rückzugs- und Abschottungstendenzen führen. Hier wird es somit einen erhöhten Integrationsbedarf geben.

Auch gerieten einige Gruppen aufgrund der Flüchtlingszuwanderung 2015/16 in den Hintergrund, die nun wieder in den Fokus der Integrationsarbeit zu rücken sind, wie beispielsweise ältere MigrantInnen, EU-Staatsangehörige und Menschen mit Migrationshintergrund (2. und 3. Generation). Diese sollen in Zukunft wieder mehr adressiert werden.

KONKRETES ANGEHEN UND CHANCEN NUTZEN

20. Spracherwerb: früh ansetzen und solide ausbauen

Es herrscht breite Einigkeit darüber, dass Deutschkenntnisse der Schlüssel zur Integration sind. Sie „sind die Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und damit die Basis eines gelungenen Integrationsprozesses.“²¹⁸ Obwohl es diesbezüglich vielfältige Entwicklungen gab, sollten einige Punkte bei der zukünftigen Ausrichtung der Integrationsarbeit in Oberösterreich berücksichtigt werden.

Dazu gehört zum einen, weiterhin sehr früh mit dem Spracherwerb anzufangen. Der frühe Spracherwerb ist für Kinder besonders wichtig, da ihr Erfolg in der Schule entscheidend davon abhängt, wie gut sie die Sprache des Aufnahmelandes beherrschen. SchülerInnen brauchen die deutsche Sprache, um den Inhalten des Unterrichts zu folgen und somit ihren Bildungsweg nicht zu verzögern, und auch um Freundschaften mit deutschsprachigen Kindern aufzubauen.²¹⁹ Daher sollte die frühzeitige Förderung der deutschen Sprache weiter im Fokus bleiben. Weiters sollten Lehrkräfte im Rahmen von Trainings mit den notwendigen Kompetenzen für den Umgang mit Traumatisierung und verwandten Themen ausgestattet und die Ausbildung und Anstellung von Lehrkräften mit Migrationshintergrund gefördert werden, um die Diversität der Gesellschaft im Lehrkörper widerzuspiegeln.

Bezüglich der Sprachkenntnisse in der Erwachsenenbildung zeigte die Evaluierung, dass

²¹⁸ BMEIA: Integrationsbericht 2017, S. 43. Siehe FN 66

²¹⁹ Vgl. MiMe (Migration und Mehrsprachigkeit)- Policy Brief # 05 Segregation - oder die Vielfalt in den Schulklassen? Online verfügbar unter: <http://paedpsych.jku.at/index.php/mimepol5/>

die TeilnehmerInnen ihre Deutschkenntnisse zu hoch einstufen, womit das Niveau der Kurse sinkt. Dies kann vermieden werden, indem eine harmonisierte Spracheinstufung nach dem Vorbild anderer Bundesländer eingeführt wird, wo ein verpflichtendes Einstufungsgespräch durchgeführt wird.

Auch könnten Kurse zukünftig nach bildungsspezifischen Kriterien zusammengesetzt werden, damit Menschen in ihrem Tempo lernen können. Dies ist allerdings nur möglich, wo auch die Quantität an TeilnehmerInnen gegeben ist, um Kriterien anwenden zu können.

21. Bildung: Integrative Elternarbeit gefragt

Generell ist festzuhalten, dass die Leistungen und Bildungskarrieren von SchülerInnen nach wie vor sehr vom Bildungsniveau der Eltern abhängen²²⁰ – daher ist in Zukunft auch integrative Elternarbeit an den Schulen gefragt. Neue Zugänge zu Eltern sollten eröffnet werden und der Wert von Bildung (nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Eltern) muss verstärkt vermittelt werden.

Eltern brauchen auch manchmal Unterstützung bei ihrer Rollenfindung zum Thema Radikalisierung. In der Evaluierung wurde offensichtlich, dass religiöse Vereine und Institutionen zum Teil einen besseren Zugang zu den Eltern haben als die Schule. Dieser Umstand wird erst dann zum Problem, wenn die gegensätzlichen Standpunkte und daraus resultierenden Dynamiken für die Elternarbeit ein Hindernis darstellen. Dann nämlich, wenn Vereine und außerschulische Organisationen einen Einfluss auf die Eltern gewinnen, der in direktem Gegensatz zu den Bestrebungen der Schule steht (z.B. Teilnahme am Sport- und Schwimmunterricht), was wiederum zur Vertiefung von Konflikten führen kann.

Daher ist integrative Elternarbeit unbedingt in die Integrationsarbeit systematisch einzuschließen. Für die Eltern kann durch die Kooperation verschiedener Institutionen ein Angebot erarbeitet werden, das sie besser auf die schulischen Anforderungen an ihre Kinder vorbereitet. Bei Elternabenden und Informationsveranstaltungen (z.B. zum österreichischen Bildungssystem) kann ggf. Übersetzung angeboten werden, damit mangelnde Sprachkenntnisse nicht die Teilhabe mindern.

Auch können Sprachkurse vermehrt an Schulen – parallel zum Regelunterricht der Kinder – eingerichtet werden, da so die Betreuung der Kinder nicht mehr dem Besuch eines Sprachkurses im Wege steht.

Darüber hinaus benötigen Eltern auch Informationen über das Gesundheitssystem in Österreich, weil ihr Wissen und ihre Zugänge Auswirkungen auf den Umgang mit ihren Kindern haben, z.B. im Krankheitsfall. In Kooperation mit den Krankenkassen und bestehenden Angeboten wie den Werte- und Orientierungskursen vom Österreichischen Integrationsfonds können hier neue spezifische Maßnahmen angedacht werden.

²²⁰ Vgl. Europäische Kommission: Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung. Online verfügbar unter: https://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework/et-monitor_de

22. Arbeit: nachhaltige Wege eröffnen

Drittstaatsangehörige sind oftmals „gegenüber Inländern stärker von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, und zwar selbst dann, wenn sie in einem Beschäftigungsverhältnis stehen.“²²¹ Daher ist es unumgänglich, in Zukunft vermehrt nachhaltige Wege zum Arbeitsmarkt zu öffnen. Die langfristige Integrationsförderung zu Qualifizierungen, fachspezifischen Sprachkursen und zur Vermittlung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen ist daher zu intensivieren und als absolute Priorität zu sehen.

Hierzu ist eine zielgerichtete Beratung von Zugewanderten essentiell. Lange Zeiten ohne Qualifizierungsmaßnahme oder Arbeit sollten weitestgehend vermieden und qualifikationsadäquate (nicht „bildungsweg-adäquate“) Beschäftigung gefunden werden, um einer De-qualifizierung entgegenzuwirken. Dazu würde es einer Anerkennung auch nicht-zertifizierter und durch Zeugnisse belegbarer Fähigkeiten brauchen. Diese Themen sind alle hinlänglich bekannt²²² – nur an der Umsetzung mangelt es oft noch, weshalb diese forciert werden muss.

Bei der Arbeitsmarktintegration von anerkannten Flüchtlingen ist die dominierende Annahme, dass die frühestmögliche Arbeitsaufnahme wünschenswert ist. Vor dem Hintergrund des Selbsterhaltungsgedankens und der damit eintretenden Entlastung der Sozialsysteme verfügt diese Annahme auch über eine starke Plausibilität. Doch der nähere Blick zeigt, dass der schnellste Weg nicht unbedingt der nachhaltigste sein muss. Im Gegenteil: ohne eine entsprechende Qualifizierung, Ausbildung und gute Sprachkenntnisse wird ein Teil der Flüchtlinge in prekären Jobverhältnissen und/oder im Hilfsarbeitssektor bzw. als ungelernete Fachkraft ihr Erwerbsleben gestalten (müssen). Das heißt, dass die kurzfristige Entlastung der Sozialsysteme bei einer frühzeitigen Arbeitsaufnahme zu einer längerfristigen Belastung führen kann. Internationale Studien weisen darauf hin, dass erst ab einem höheren Niveau der Ausbildung Menschen mehr in die Sozialsysteme einzahlen als sie aus diesen erhalten.²²³ Daher muss kontraintuitiv angesetzt und in die Qualifizierung investiert werden.

Weiters sind WirtschaftsakteurInnen vermehrt in die Integrationsarbeit miteinzubinden. Da es nach wie vor Diskriminierung bei der Besetzung von Stellen gibt, kann ein Schwerpunkt auf der Sensibilisierung von „oberösterreichischen Unternehmerinnen und Unternehmern im Sinne einer Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftsstandorts für die Tatsache der gesellschaftlichen Vielfalt“²²⁴ liegen, um Potenziale sichtbarer und nutzbar zu machen.

²²¹ EU Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen, S. 3. Siehe FN 138

²²² Vgl. Gudrun Biffl: Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Migration in Österreich. Wien 2011.

Online verfügbar unter: <https://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/migrationglobalisierung/forschung/deckung-arbeitskraeftebedarf-durch-migration-oesterreich-de.pdf>

²²³ Holger Bonin: Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. Gütersloh 2014.

Online verfügbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Bonin_Beitrag_Zuwanderung_zum_dt_Staatshaushalt_141204_nm.pdf

²²⁴ Land Oberösterreich: Integrationsbericht 2016, S. 27. Siehe FN 19

23. Qualifikationen: gecheckt aber nicht anerkannt

Im Bereich der Nostrifizierung ist schon viel erreicht worden, aber bei akademischen Abschlüssen sollten weitere administrative Erleichterungen vorgenommen werden (was bei den zuständigen Stellen weiter anzusprechen ist). Einige Botschaften bieten spezielle Dienste an, die eine Überprüfung der Diplome ihrer Staatsangehörigen ermöglichen – auch diese Möglichkeit könnte künftig vermehrt ausgeschöpft werden. Weiters können relevante Websites wie beispielsweise die des Kompetenzerkennungszentrums der Volkshochschule Linz²²⁵ in mehrere Sprachen übersetzt werden, um sie verschiedenen Zielgruppen zugänglich zu machen.

Das AMS führt Kompetenzchecks²²⁶ durch. Die Herausforderung ist allerdings laut StakeholderInnen, dass die Kompetenzchecks nicht auf eine Anerkennung der nachgewiesenen Kompetenzen hinauslaufen, auch weil es sich häufig um informelle Kompetenzen handelt. D.h. die Verbindung von „checken“ und (soweit wie möglich) anerkennen wäre in Zukunft wünschenswert.

Informelle Kompetenzen könnten von Betrieben im jeweiligen Bereich anerkannt werden – zumal es dabei zumeist auf die Fertigkeiten ankommt, nicht unbedingt auf die Formalbildung und den Nachweis der entsprechenden Qualifikation. Bei reglementierten Berufen kann (in Absprache mit den Gewerkschaften) erwägt werden, alternative Formen des Nachweises zu finden. Außerdem könnten andere Dokumente für den Nachweis zugelassen werden (Bescheinigungen von Berufsverbänden, DozentInnen oder AusbilderInnen, Auszüge aus Studentenregistern, Studentenausweise, Zahlungsbelege für Studiengebühren, etc).

24. Gender: Aufklärung und Vorbilder benötigt

Im Bereich Gender wurde während der Evaluierung deutlich, dass trotz aller schon stattfindenden Aktivitäten mehr Aufklärung und Information benötigt wird. Diese ist zum einen notwendig im Verhältnis zwischen Burschen und Mädchen. Sexuelle Aufklärung gibt es, sollte aber verstärkt werden – vor allem im Hinblick auf die Akzeptanz von Homosexualität. Da die Feindlichkeit gegenüber Homosexualität in patriarchalen Gesellschaften mit martialischen Männlichkeitskulturen meist ausgeprägter ist – und diese Feindlichkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen übernommen werden kann, wird empfohlen, sich dieser Thematik vermehrt anzunehmen.

Weiters soll der respektvolle und umsichtige Umgang mit dem jeweils anderen Geschlecht gefördert werden. Dies scheint nicht unbedingt erreichbar zu sein, indem man Burschen und Mädchen zusammenbringt, daher wird empfohlen, Burschen und Mädchen getrennte Formate – aber gemischt mit ÖsterreicherInnen bzw. der Mehrheitsgesellschaft –

²²⁵ <https://vhskurs.linz.gv.at/index.php?urlparameter=kathaupt%253A1%253Bkathauptname%253AKursbereiche%253Bkatid%3A232%3Bkatvaterid%3A231%3Bkatname%3AKompetenzerkennung%3B>

²²⁶ Vgl. <http://www.ams.at/ueber-ams/medien/ams-oesterreich-news/asylberechtigte-auf-jobsuche>

anzubieten. Wichtig wäre, dass Jugendliche und junge Erwachsene die Möglichkeit haben, Themen in der Peer-Gruppe moderiert zu diskutieren und sich auszutauschen.

Burschen brauchen, so wurde ebenfalls evident, mehr positive männliche Vorbilder, an denen sie sich orientieren können, deshalb sollten Männer insgesamt und insbesondere solche mit Migrationshintergrund ermutigt werden, sich freiwillig zu engagieren und den Beruf des Sozialarbeiters zu wählen. Eventuell gäbe es hier sogar eine „win-win“-Situation, da eine Ausbildungsoffensive in diesem Bereich zugewanderten Männern eine berufliche Perspektive geben würde und gleichzeitig positive männliche Vorbilder für jüngere zur Verfügung stünden.

25. Gleichstellung: Antidiskriminierungsarbeit zugänglicher machen

Die Frage der Gleichstellung und Antidiskriminierung in einer Migrationsgesellschaft ist breit und grundsätzlich zu stellen. Mit einem nicht apriori ethnisierenden oder kulturalisierenden Ansatz kann genauer hingeschaut werden, wie sich Diskriminierungen und Ungleichwertigkeitsvorstellungen in einer pluralisierten Gesellschaft figurieren. Es zeigt sich dann, dass Diskriminierungen kein ausschließliches mehrheitsgesellschaftliches Phänomen sind, sondern dass auch diskriminierte Minderheiten diskriminieren können.

Es wurden bereits Schritte z.B. bei der finanziellen Förderung von Deradikalisierungsmaßnahmen und Gremienarbeit gesetzt, die im Zuge der Evaluierung vielfach lobend hervorgehoben wurden, da sie Radikalisierung entgegenwirken.²²⁷ Gleichzeitig wurde betont, dass es nicht nur migrantische Radikalismen gäbe, sondern auch andere radikale Strömungen sichtbar seien.

In diesem Zusammenhang wäre es wichtig, die gleiche Antwort auf alle radikalen Strömungen in den Fokus zu nehmen. Wenn man Gebetshäusern, die als nicht integrationsfördernd eingestuft werden, die Transferleistungen aus dem Ausland streichen möchte, müsste man das gleiche beispielsweise bei rechtsradikalen Strömungen tun. Der steuernde Mechanismus wäre hier eine auf Gleichstellung abgestellte Antidiskriminierungsgesetzgebung als Grundlage. Oberösterreich hat ein Antidiskriminierungsgesetz, das überarbeitet und an die aktuelle Situation angepasst werden könnte.²²⁸

Auch der Zugang zu Informationen diesbezüglich sollte verbessert werden, damit Zugewanderte ihre Rechte wahrnehmen können. Die entsprechende Webpage des Landes Oberösterreich ist beispielsweise nur auf Deutsch und Englisch verfügbar und eine Barrierefreiheit ist nicht gegeben. Übersetzungen in die wichtigsten Herkunftssprachen erscheinen hier ratsam, auch damit die Services der Antidiskriminierungsstelle²²⁹ von MigrantInnen und Flüchtlingen genutzt werden können.

²²⁷ Amt der Oö. Landesregierung: Information für „Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung“, 18.07.2017.

²²⁸ Vgl. <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/109973.htm>

²²⁹ <https://www.land-oberoesterreich.gv.at/antidiskriminierung.htm>

LITERATURLISTE, DOKUMENTE UND STATISTIKEN

Literatur

- Antalovsky, Eugen; Herzog, Sigrun; Wolffhardt, Alexander 2009: Integrationsleitbilder und Integrationsbeiräte österreichischer Städte. Dossier zur Onlinebefragung. Wien (Europaforum Wien)
www.europaforum.or.at/index.php?inc=download&id=38
- Angenendt, Steffen; Koch, Anne 2017: Global Migration Governance im Zeitalter gemischter Wanderungen. Folgerungen für eine entwicklungsorientierte Migrationspolitik. Berlin.
https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2017S08_adt_koh.pdf
- Appadurai, Arjun 1998: Globale ethnische Räume. In: Ulrich Beck (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main 1998.
- Aslan, Ednan/ Kolb, Jonas/ Yildiz, Erol 2017: Muslimische Diversität. Ein Kompass zur religiösen Alltagspraxis in Österreich. Wiesbaden
- Bamberger, Michael 2012: Introduction to Mixed Methods in Impact Evaluations. Washington, D.C.
<https://www.interaction.org/sites/default/files/Mixed%20Methods%20in%20Impact%20Evaluation%20%28English%29.pdf>
- Baumann, Zygmunt 2016: Die Angst vor den Anderen: Ein Essay über Migration und Panikmache. Berlin.
- Berger, Johannes/ Biffi, Gudrun/ Graf, Nikolaus/ Schuh, Ulrich; Strohner, Ludwig 2016: Ökonomische Analyse der Zuwanderung von Flüchtlingen nach Österreich. Krems.
https://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/migrationglobalisierung/forschung/schriftenreihe/berger_2016_oekonomische_analyse_flucht.pdf
- Biffi, Gudrun 2011: Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Migration in Österreich. Wien.
<https://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/migrationglobalisierung/forschung/deckung-arbeitskraeftebedarf-durch-migration-oesterreich-de.pdf>
- Bonin Holger 2014: Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. Gütersloh.
https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/user_upload/Bonin_Beitrag_Zuwanderung_zum_dt_Staatshaushalt_141204_nm.pdf
- Borenich, Martin 2014: Integrationsleitbilder der österreichischen Bundesländer im Vergleich. Masterarbeit, Universität Wien. Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres: Integrationsbericht 2017. Flüchtlingsintegration bilanzieren – Regelintegration wieder thematisieren. Wien.
https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2017/Pressemappe_Integrationsbericht_2017.pdf
- Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres/Österreichischer Integrationsfonds/ Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge: Flüchtlinge und Integration. Begriffe einfach erklärt. Wien.
https://www.bregenz.gv.at/fileadmin/user_upload/document/zusammen_leben/integration_und_migration/Fluechtlinge_und_Integration_Begriffe.pdf
- Burtscher, Simon 2009: Zuwandern_aufsteigen_dazugehören. Etablierungsprozesse von Eingewanderten. Innsbruck/Wien/Bozen.

- Cakir, Naime 2014: Islamfeindlichkeit: Anatomie eines Feindbildes in Deutschland (Kultur und soziale Praxis). Bielefeld.
- Collier, Paul 2014: Exodus: Warum wir Einwanderung neu regeln müssen. München.
- Doetsch, Nadine/ Güngör, Kenan 2006: Empirische Studie zu den integrationsrelevanten Handlungsfeldern, Aktivitäten und Perspektiven in den Gemeinden Oberösterreichs. Befragung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Wien.
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente/Abt_So/GemeindestudieInklRegVer_ENDF.pdf
- Erdal, Marta Bivand/ Oeppen, Ceri 2013: Migrant Balancing Acts: Understanding the Interactions between Integration and Transnationalism. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 39/6, S. 867–884.
- Esser, Hartmut 2001: Integration und ethnische Schichtung. In: Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, 40/2001, Mannheim.
- Gunz, Josef 2000: Ausländer/innen zwischen Anpassung und Ausgrenzung. Zusammenfassung einer Studie über die soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich. In: WISO, 1/2000, S.89-116.
- Gunz, Josef/ Leonhartsberger, Astrid 2001: Die gesundheitliche Versorgung von Migrantinnen und Migranten. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. Linz.
- Güngör, Kenan/ Nik Nafs, Caroline 2016: Jugendliche in der Offenen Jugendarbeit. Identitäten, Lebenslagen und abwertende Einstellungen. Wien.
- Haller, Max 2008: Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel. Frankfurt am Main/New York.
- Halm, Dirk/ Sauer, Martina 2005: Freiwilliges Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Stiftung Zentrum für Türkeistudien. Essen.
- Heckmann, Friedrich 2015: Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung. Wiesbaden.
- Hofer, Kathrin/ Käfer-Schmid, Gerald 2015: Mixed-Methods-Design als Methode der Prozessevaluation in der lebensweltorientierten Gesundheitsförderung. Das Gesundheitswesen. Bad Gleichenberg.
https://www.researchgate.net/publication/282964362_Mixed-Methods-Design_als_Methode_der_Prozessevaluation_in_der_lebensweltorientierten_Gesundheitsforderung
- Holler, Johannes/ Schuster, Philip 2016: Langfristeffekte der Flüchtlingszuwanderung 2015 bis 2019 nach Österreich. Wien.
http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/wp-content/uploads/2016/10/Studie_Langfristeffekte_der-Fluechtlingszuwanderung.pdf
- Hölscher, Lucian (Hg.) 2008: Political Correctness: Der sprachliche Streit um die nationalsozialistischen Verbrechen. Göttingen.
- Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes-Kepler-Universität Linz: Integrationsbericht 2006 – eine Bestandsaufnahme der IST-Situation zur Erarbeitung des Integrationsleitbildes in Oberösterreich. Linz.
https://www.land-oberoesterreich.gv.at/Mediendateien/Formulare/Dokumente/Abt_So/Integrationsbericht_OOE_NEU.pdf

- International Organization for Migration 2015: Headstart to Integration. A Global Review of Pre-departure Support Measures for Migrants. Brüssel.
<https://publications.iom.int/books/headstart-integration>
- Joanneum Research 2017: Ökonomische Effekte von Asylberechtigten in Österreich. Analyse der arbeitsmarktrelevanten Zahlen. Graz.
http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2017/05/24/2017-oekonomische-effekte-von-asylberechtigten-in-oesterreich/
- Jungk, Sabine 2001: Interkulturelle Öffnung sozialer Dienst und Ämter – eine Herausforderung für die Einwanderungsgesellschaft. In: Riehle, Eckart (Hg.): Interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung? Kommunikationsprobleme zwischen Migranten und Behörden. Wiesbaden.
- Kneissl, Karin 2012: Testosteron macht Politik. Wien.
- König, Alexandra/ Kraler, Albert/ Hollomey, Christina/ Hurich, Christoph/ Muzak, Gerhard 2013: Familienzusammenführung: Hindernis oder Förderung der Integration? Der österreichische Länderbericht. Wien.
<http://research.icmpd.org/projects/migration-governance/family-reunification-project/>
- Koopmans, Ruud 2017: Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration. Berlin 2017; Alexander Betts/ Paul Collier: Gestrandet. Warum unsere Flüchtlingspolitik allen schadet – und was jetzt zu tun ist. München.
- Kratzmann, Katerina 2016: Resettlement und die Humanitäre Aufnahme in Österreich. Wien.
<http://www.emn.at/wp-content/uploads/2017/01/Resettlement-und-das-Humanitäre-Aufnahmeprogramm-in-Österreich.pdf>
- Land Oberösterreich 2008: Integration vor Ort. Regionale Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Ergebnissen und Umsetzungsmöglichkeiten des Integrationsleitbildes in Oberösterreich. Mai bis November 2008.
- Land Oberösterreich 2008: Einbeziehen statt Einordnen. Zusammenleben in Oberösterreich. Integrationsleitbild des Landes OÖ. Linz.
http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/So_Integrationsleitbild.pdf
- Land Oberösterreich 2009: Integration ist ... was wir daraus machen! Kurzfassung des Integrationsleitbildes Oberösterreich. Broschüre, Linz.
http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/SO_IntegrationIst.pdf
- Land Oberösterreich 2010: Zusammenleben und Integration. Ein Leitfaden für Gemeinden. Broschüre, Linz.
http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/so_gemeindeleitfaden.pdf
- Land Oberösterreich 2011: 1. Umsetzungsbericht zum Integrationsleitbild des Landes OÖ. Linz.
http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/SO_Integration_Umsetzung.pdf
- Land Oberösterreich 2013: 2. Umsetzungsbericht zum Integrationsleitbild des Landes OÖ. Linz.
http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/so_umsetzungsbericht2.pdf
- Land Oberösterreich 2013: Integration, Diversität, interkulturelle Kompetenz in der oberösterreichischen Landesverwaltung. Broschüre, Linz.
https://slidedocument.com/the-philosophy-of-money.html?utm_source=integration-diversitaet-interkulturelle-kompetenz-in-der-ooe-landesverwaltung
- Land Oberösterreich 2015: 3. Umsetzungsbericht zum Integrationsleitbild des Landes OÖ. Linz.
http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/publikationen/so_umsetzungsbericht3.pdf
- Land Oberösterreich 2016: Integrationsbericht 2016.
http://www.integrationsstelle-ooe.at/Mediendateien/RA_INTEGRATIONSBERICHT.pdf

- Land Oberösterreich 2017: Masterplan Integration.
http://www.integrationsstelle-ooe.at/Mediendateien/MASTERPLAN_INTEGRATION%2520OÖ.pdf
- Land Oberösterreich 2017, Oberösterreichische Zukunftsakademie: Demografische Zeitreise. Oberösterreich 2037. Linz.
- Lessenich, Stephan 2016: Neben uns die Sintflut: die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. München.
- MiMe (Migration und Mehrsprachigkeit) - Policy Brief # 05 Segregation - oder die Vielfalt in den Schulklassen?
<http://paedpsych.jku.at/index.php/mimepol5/>
- Nowak, Rainer/ Kocina, Erich 2017: Gehört der Islam zu Österreich? Wien.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) 2016: Erfolgreiche Integration. Flüchtlinge und sonstige Schutzbedürftige. Paris.
<http://www.oecd.org/els/erfolgreiche-integration-9789264251632-de.htm>
- Pries, Ludger/ Sezgin, Zeynep (Hg.) 2010: Jenseits von ›Identität oder Integration‹. Grenzen überspannende Migrantenorganisationen. Wiesbaden.
- Sieferle, Rolf 2017: Das Migrationsproblem: Über die Unvereinbarkeit von Sozialstaat und Masseneinwanderung.
- USAID 2013: Technical Note: Conducting Mixed-Method Evaluations.
https://www.usaid.gov/sites/default/files/documents/1870/Mixed_Methods_Evaluations_Technical_Note.pdf
- Ziehengraser, C. 1999: Die Wohnsituation von Migranten und Migrantinnen. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Linz.
- Zick, Andreas/ Hövermann, Andreas/ Küpper, Beate 2011: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin.
<http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>

Europäische und internationale Dokumente und Gesetzgebung

- Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen. Straßburg, den 7.6.2016 COM(2016) 377 final.
<http://ec.europa.eu/transparency/regdoc/rep/1/2016/DE/1-2016-377-DE-F1-1.PDF>
- Europäische Kommission: Monitor für die allgemeine und berufliche Bildung.
https://ec.europa.eu/education/policy/strategic-framework/et-monitor_de
- Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN) 2012: Glossar 2.0 zu Asyl und Migration. Europäische Kommission, Luxemburg 2012.
http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/docs/emn-glossary-de-version.pdf
- Europäisches Migrationsnetzwerk (EMN) 2013: Glossar 3.0 zu Asylum and Migration. A tool for better comparability. Europäische Kommission, Brüssel 2014.
https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/networks/european_migration_network/glossary/index_a_en.

Rodríguez Pizarro, Gabriela, Special Rapporteur of the Commission on Human rights in A/57/292, Human rights of migrants, Note by the Secretary-General. 9 August 2002.
<https://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CMW.aspx>

Fundamental Rights Agency: Together in the EU. Promoting the participation of migrants and their descendents. Wien 2017
<http://fra.europa.eu/en/publication/2017/migrant-participation>

UN Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of their Families. Adopted by the General Assembly resolution 45/158 of 18 December 1990
<http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/CMW.aspx>

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (konsolidierte Fassung), ABl. C 326/47.
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:12012E/TXT&from=DE>

Verordnung (EG) Nr. 562/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über einen Gemeinschaftskodex für das Überschreiten der Grenzen durch Personen (Schengener Grenzkodex), ABl. L 105/1.
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32006R0562&from=DE>

Statistiken

Bundesministerium für Inneres 2015: Vorläufige Asylstatistik Dezember 2015.
http://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/2015/Asylstatistik_Dezember_2015.pdf

Bundesministerium für Inneres 2016: Vorläufige Asylstatistik Dezember 2016.
http://www.bmi.gv.at/301/Statistiken/files/2016/Asylstatistik_Dezember_2016.pdf

Land Oberösterreich 2017: Leben in Oberösterreich. Aktuelle statistische Eckdaten.
http://www.land-oberoesterreich.gv.at/files/statistik/gesellschaftundsoziales/eckdaten/eckdaten_4.pdf

Statistik Austria: Ergebnisse der Volkszählung 2011.
https://www.statistik.at/web_de/fragebogen/registerzaehlung/volkszaehlung/index.html

Statistik Austria 2016: Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesländern.
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_migrationshintergrund/033241.html

Statistik Austria 2016: Demographische Indikatoren 2016, Eheschließungen, Scheidungen, Fertilität.
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/demographische_indikatoren/index.html

Statistik Austria 2017: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.
https://www.statistik.at/web_de/fragebogen/private_haushalte/mikrozensus/index.html

Statistik Austria 2017: Bevölkerung am 1.1.2017 nach Staatsangehörigkeit bzw. Geburtsland und Gemeinden.
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/bevoelkerungsstruktur/bevoelkerung_nach_staatsangehoerigkeit_geburtsland/index.html

Statistik Austria 2017: Natürliche Bevölkerungsbewegung, Eheschließungen und Begründungen eingetragener Partnerschaften im 1. Halbjahr 2017 nach Politischen Bezirken - vorläufige Ergebnisse.
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/eheschliessungen/index.html

Statistik Austria: Wanderungsstatistik.

http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/wanderungen/index.html

UN Recommendations on statistics of international migration.

https://unstats.un.org/unsd/publication/SeriesM/SeriesM_58rev1e.pdf

a.) Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Graphik 1: Prozentualer Anteil der ausländischen Bevölkerung in Oberösterreich 2016	17
Graphik 2: Wanderungssaldo Österreich 1961-2016 nach der Staatsangehörigkeit	19
Graphik 3: Antworten mit Ja auf die Frage: „Kennen Sie das Integrationsleitbild für Oberösterreich "Einbeziehen statt Einordnen"? (türkis) sowie die Frage: „Wie wichtig finden Sie das Integrationsleitbild für das Bundesland Oberösterreich?“ (orange) und die Frage: „Wie wichtig finden Sie das Integrationsleitbild für die Arbeit Ihrer Institution?“ (lila)	25
Graphik 4: Antworten auf die Frage: "Oberösterreich bemüht sich um eine gelungene Integration und ein gutes Zusammenleben."	26
Graphik 5: Antworten auf die Frage: "Für eine gelungene Integration bedarf es auch der Offenheit der Mehrheitsgesellschaft."	27
Graphik 6: Antworten auf die Frage: "Integrationspolitik sollte ein vernünftiges Augenmaß haben zwischen Fördern und Fordern.“	27
Graphik 7: 3-Ebenen-Modell (Land – Bezirke – Gemeinden)	36
Graphik 8: Antworten auf die Frage „Wie war, gesamt gesehen, der Einfluss der folgenden Ebenen/Akteure auf die Integrationsarbeit in Oberösterreich?	37
Graphik 9: Antworten auf die Frage „Gibt es in Ihrer Institution eineN BeauftragteN für Integration?“	39
Graphik 10: Antworten auf die Frage „In welchem der unten genannten Bereiche ist Ihre Institution aktiv?“	43
Graphik 11: Antworten auf die Frage „Wie stark schätzen Sie die Wirkung Ihrer Integrationsprojekte ein?“	44
Graphik 12: Antworten auf die Frage „Wie wichtig ist Ihrer Institution die Kooperation mit anderen Institutionen im Bereich Integration?“	46
Graphik 13: Antworten auf die Fragen „Wie wichtig ist das Thema Integration, Migration und Diversität für Ihre Institution?“ (türkis) sowie „Wie wichtig ist das Thema Flüchtlinge für Ihre Institution?“ (orange)	47
Graphik 14: Antworten auf die Frage „In welchen Bereichen hat die Integration in den letzten 5-10 Jahren gut/ weniger gut funktioniert?“	50
Graphik 15: Antworten auf die Frage „Bitte nennen Sie die 5 wichtigsten Themenfelder für die Zukunft der Integrationspolitik in Oberösterreich.“	53
Tabelle 1: Selbstzuordnung der Befragten in der Onlinebefragung	11
Tabelle 2: Gesamtbevölkerung Oberösterreich 2016 nach Alter	15
Tabelle 3: Bevölkerung OÖ am 1.1.2017 nach Staatsangehörigkeit und Geburtsland	16
Tabelle 4: Bevölkerung Fremde in Oberösterreichs 2002 und 2017	18
Tabelle 5: Antworten auf die Frage „Welche Methoden verwendet Ihre Institution, um Integrationsprojekte auszuwerten?“	45
Tabelle 6: Antworten zur Frage „Welche Zielgruppen erreicht Ihre Institution hauptsächlich?“	51

b.) Übersicht der Adressaten der Onlinebefragung (plus Anzahl der Aussendungen)

Bildung (851)

- Bezirksschulräte
- BFI, Volkshochschulen, WIFI
- Fachhochschulen
- Johannes-Kepler-Universität Linz
- Kindergärten
- Landesschulrat
- Privatuniversitäten
- Schulen (Volksschulen, Neue Mittelschulen, Allgemeinbildende höhere Schulen, Berufsbildende mittlere/höhere Schulen, Berufsschulen)
- Sonstige Bildungseinrichtungen

Politik & Verwaltung (697)

- Bezirkshauptmannschaften und Magistrate
- Bezirksstellen der Parteien
- Direktionen und Direktoren
- Gemeinden
- Gerichte und Staatsanwaltschaften
- Landtagsabgeordnete
- Politik (Landeshauptmannschaft, Landesregierung, Parteien, etc.)
- Verwaltungsinternes Netzwerk für Diversitäts- und Integrationsfragen

Stakeholder (599)

- AMS und Regionalstellen
- Arbeitskammer mit Bezirksstellen
- Katholische Pfarren
- Österreichischer Gewerkschaftsbund und Regionalstellen
- Österreichischer Integrationsfonds
- Pensionistenverband
- Polizei und Bezirksstellen
- Religionsbeirat Mitglieder
- Sozialplattform Mitglieder
- Wirtschaftskammer mit Bezirksstellen

NGOs (285)

- FördernehmerInnen
- Freiwilligeninitiativen
- NGOs (Caritas, Volkshilfe, Rotes Kreuz, etc.)

Kultur und Natur (165)

- Bibliotheken
- Landesmusikschulen
- Museen u. Volksbildungswerk
- Radio und TV

Kooperationspartner (126)

- Drogen und Suchtberatung
- Frauenberatungsstellen
- Gewaltschutzzentrum
- Homosexuellen-Initiative Linz
- Institut für Suchtprävention
- Männerberatung
- Sozialberatungsstellen

Gesundheit (124)

- Alten- und Pflegeheime
- Apothekerverband
- Ärztekammer
- Elga
- Exit Sozial
- Krankenanstalten
- Krankenkassen
- Patienten und Pflegevertretung
- Pro Mente
- Seniorenzentren

Migranten-Selbst-Organisationen (107)

- VertreterInnen der Vereine und Interessenvertretungen

Jugend (69)

- Jugendeinrichtungen
- Katholische Jungschar und Jugend
- Kinderfreunde
- Pfadfinder (nur Landesverband und Landesleitung)

Wohnen (46)

- Einrichtungen Wohnungslosenhilfe
- Gemeinnützige Bauvereinigungen in Oberösterreich
- Mieterschutzverband
- Mietervereinigung Oberösterreich
- Wohnen im Dialog

Kommunale (19)

- Gemeindebund
- Regionale Kompetenzzentren (ReKIs)
- Städtebund

c.) TeilnehmerInnen des Evaluationsbeirats

- Mag.^a Cornelia Altreiter-Windsteiger, Bezirkshauptfrau, Bezirkshauptmannschaft Steyr-Land
- LR Rudi Anschober, Landesrat, Landesregierung Oberösterreich
- LAbg. Peter Binder, Landtagsabgeordneter, SPÖ Oberösterreich
- Mag.a Maria Buchmayr, Grüne Oberösterreich
- Mag.^a Ulrike Diabl, MA., Mitarbeiterin, Integrationsstelle des Landes OÖ
- LAbg. Dr. Christian Dörfel, ÖVP Oberösterreich
- Mag.^a Katharina Fernández-Metzbauer, BA., Mitarbeiterin, Integrationsstelle des Landes OÖ
- Dr.ⁱⁿ Maria Fischnaller, Themenmanagerin, Zukunftsakademie Oberösterreich
- Mag. Erwin Fuchs, Landespolizeidirektor-Stellv., Landespolizeidirektion Oberösterreich
- Mag.^a Elisabeth Gierlinger, stellvertretende Leiterin, Integrationsstelle des Landes OÖ
- Mag.^a Evelina Glöckner, Leiterin Integration CMN, Caritas Oberösterreich
- WHR Dr. Josef Gruber, Bezirkshauptmann, Bezirkshauptmannschaften Wels-Land
- LAbg. Michael Gruber, Landtagsabgeordneter, FPÖ Oberösterreich
- LAbg. Dr. Wolfgang Hattmannsforder, Landtagsabgeordneter, ÖVP Oberösterreich
- LAbg. Dipl.-Päd. Gottfried Hirz, Klubobmann, Die Grünen Oberösterreich
- Mümtaz Karakurt, MAS., Geschäftsführer, Migrare
- Thomas Peter Karbinger, MSc., MBA., MPA., Büroleiter, Integrationsressort, Landesregierung Oberösterreich
- Mag. Kurt Kepplinger, ÖVP Oberösterreich
- Mag. Manuel Kratky, Referent, FPÖ Oberösterreich
- Mag. Dr. Johann Lefenda, MA., Leiter, Zukunftsakademie Oberösterreich
- Mag. Thomas Märzinger, stellv. Landesgeschäftsführer, Rotes Kreuz Oberösterreich
- Mag.^a Elisabeth Messner, Leiterin, Unterabteilung Schulservice und Migrant*innenberatung, Landesschulrat Oberösterreich
- Dr.ⁱⁿ Renate Müller, Leiterin, Integrationsstelle des Landes Oberösterreich
- Mag. Gerhard Raferzeder, Gruppenleiter, Abteilung Soziales, Land Oberösterreich
- Iris Schmidt, stellvertretende Landesgeschäftsführerin, Arbeitsmarktservice Oberösterreich
- Christian Schörkhuber, MAS, Volkshilfe Oberösterreich
- LAbg. Ulrike Schwarz, Landtagsabgeordnete, Die Grünen Oberösterreich
- Dr. Michael Slapnicka, Leiter, Abteilung Soziales, Land Oberösterreich
- Ines Vukajlovic, MSc, BA, Integrationsressort, Landesregierung Oberösterreich
- Dr. Erich Watzl, Landesamtsdirektor, Land Oberösterreich
- Leonhard Zauner, MLS., Referent, Abteilung Sozial- und Rechtspolitik, Wirtschaftskammer Oberösterreich

d.) TeilnehmerInnen der Fokusgruppen

Fokusgruppe Bildung und Sprache

- Dipl.-Päd.ⁱⁿ Ingeborg Bammer, Direktorin, Volksschule 33 Dorfhalle
- Elif Cevik-Coban, Mitarbeiterin, Wifi Oberösterreich
- Mag.^a Dr.ⁱⁿ Barbara Herzog-Punzenberger, Leiterin, Johannes-Kepler-Universität Linz, Abteilung für Bildungsforschung, Arbeitsbereich Bildung und Migration
- Anja Krohmer, Projektleiterin, Arcobaleno, Abteilung Deutschkurse
- Mag.^a Elisabeth Messner, Leiterin, Unterabteilung Schulservice und Migrantenberatung, Landesschulrat Oberösterreich
- Manuela Obermayr, Lehrerin, Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Steyr
- MMag.^a Julia Panholzer, Leiterin Kursmanagement, Volkshochschule Oberösterreich
- Dipl.-Päd.ⁱⁿ Gerlinde Pirc, Landesschulinspektorin, Landesschulrat Oberösterreich
- Mag.^a Gudrun Primas, Produktmanagerin, Wifi Oberösterreich, Bereich Sprachen
- Damir Saracevic, BA., BSc., Leiter, Institut Interkulturelle Pädagogik
- Susanne Wullner, Bereichsleiterin, BFI Oberösterreich, Produktmanagement

Fokusgruppe Arbeit und Qualifizierung

- Mag.^a Ulrike Bernauer-Birner, Geschäftsführerin, Gesellschaft für Frauen und Qualifikation
- Nermina Imamovic, MA., Mitarbeiterin, Migrare, Anlaufstelle für Personen mit im Ausland erworbenen Qualifikationen für Oberösterreich und Salzburg
- Mag. Edwin Mayrhofer, Mitarbeiter, Amt der Landesregierung, Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung, Abteilung Wirtschaft
- Mag. Christian Nörpel, Personalchef, MIBA AG
- Mag. Walter Prehofer, MA., Integrationsbeauftragter, Wirtschaftskammer Oberösterreich
- Wael Al Shammas, Zuwanderer
- Sefa Yetkin, Migrationsbeauftragter, Arbeitsmarktservice Oberösterreich

Fokusgruppe Gleichstellung und Gender

- Mag.^a Klaudia Burtscher, Geschäftsführerin, Frauenstiftung Steyr
- Mag.^a Astrid Egger, Mitarbeiterin, Abteilung Beratung und Hilfe, Kinder- und Jugendanwaltschaft
- David Hinderling, Geschäftsführer, Verein I.S.I, Initiative für soziale Integration
- Karin Kleboth, MSc., Leiterin, Jugendzentrum Nang-Pu
- Michaela Krückl, Mitarbeiterin, Frauenzentrum Olympe
- Mag.^a Martina Maurer, Gewaltschutzzentrum Oberösterreich
- Dipl. EB Jutta Müller, Geschäftsführerin, Frauennetzwerk Rohrbach
- Mag.^a Karin Peham-Strauß, Geschäftsführerin, Jugendzentrum Perg
- Dr.ⁱⁿ Julia Schuster, Universitätsassistentin, Johannes-Kepler-Universität Linz, Institut für Frauen- und Geschlechterforschung
- Dipl.-Päd.ⁱⁿ Beate Zechmeister, MA., Leiterin Frauenreferat, Frauenreferat Oberösterreich
- Gerlinde Zeitler, Mitarbeiterin, Jugendreferat Oberösterreich

Fokusgruppe MigrantInnen-Selbst-Organisationen

- Zeljana Bogic, Vereinssekretärin, Kroatische Gemeinschaft in Oberösterreich
- Okan Dinler, Co. Vorsitzender Jugend, Dachverband der alevitischen Vereine
- Adem Elmak, Mitglied, ATIB Linz
- Nayir Erkan, Obmann, ATIB Mauthausen
- Parosh Ghaderi, Obmann, Kurdische Exilgemeinde
- Midhad Kadic, stellvertretender Obmann, Dachverband der bosnischen Vereine
- Resul Koca, Obmann, ALIF Dachverband
- Mag. Stipo Luketina, stellvertretender Obmann, Kroatisches Heim Wels
- Emad Raid, Obmann, Verein Al Salam
- Monika Rabac, Sekretärin, Verein der Polen Linz
- Sara Safarkhani, Iranische Vertreterin
- Jehona Sahiti-Jaha, Obfrau, Dachverband der albanischen Vereine
- Fardir Torkany, Vereinsmitglied, Verein Neue Hoffnung
- Farhad Torkany, Vereinsmitglied, Verein Neue Hoffnung
- Anselem Uche Njoku, Geschäftsführer, Black Community
- Prof. Dr. Chibueze Udeani, Projektleiter, Integration der SchwarzafrikanerInnen in Oberösterreich

Fokusgruppe Religion, Säkularisierung und Extremismus

- Murat Baser, Vorsitzender, Islamische Religionsgemeinde Linz
- Mag.^a Ulrike Diabl, MA., Mitarbeiterin, Integrationsstelle des Landes Oberösterreich
- Mag. Erwin Fuchs, Landespolizeidirektor-Stellvertreter, Landespolizeidirektion Oberösterreich
- Claudia Glössl, MA., Sozialservice und Frauen, Magistrat Wels
- Dipl.-Ing. Dr. Harald Kutzenberger, Ansprechpartner OÖ, Österreichische Buddhistische Religionsgemeinschaft
- Sarah Momani, Landesvorstand Oberösterreich, Muslimische Jugend Österreich
- Sabri Opak, Mitarbeiter, Land der Menschen Oberösterreich
- Mag. Dr. Stefan Schlager, Referatsleiter, Römische Katholische Kirche, Diözese Linz, Referat Erwachsenenbildung
- Mag. Dr. Thomas Schlager-Weidinger, Leiter, Zentrum für Interreligiöses Lernen, Migrationspädagogik & Mehrsprachigkeit
- Dipl.-Ing.ⁱⁿ Dilek Uzunkaya, offizielle Vertreterin in Oberösterreich, Islamische Alevitische Glaubensgemeinschaft
- Armin Viehböck, Leiter, Verfassungsschutz
- Mag.^a Melanie Zach, Koordinatorin, Land der Menschen Oberösterreich

Fokusgruppe Vielfalt und Diversität

- Volker Attender, Leiter, Volkshilfe Oberösterreich, Abteilung Kommunale Integration
- Roswitha Bauer, Integrationsbeauftragte, SPÖ Oberösterreich
- Mag.^a Maria Buchmayr, Integrationsbeauftragte, Die Grünen Oberösterreich
- Mag.^a Magdalena Danner, stellvertretende Leiterin, Migrare
- Ilse Derflinger, Projektmitarbeiterin, Pensionistenverband Oberösterreich

- LAbg. KommR. Alfred Frauscher, Landtagsabgeordneter, ÖVP Oberösterreich
- Mag. ^a Evelina Glöckner, Leiterin Integration CMN, Caritas Oberösterreich
- Mag. ^a Brigitte Greifeneder, Leiterin, Integrationsbüro der Stadt Wels
- LAbg. Michael Gruber, Integrationsbeauftragter, FPÖ Oberösterreich
- Mag. Manuel Kratky, Referent, FPÖ Oberösterreich
- Dr.ⁱⁿ Inez Kykal, Projektleiterin, Pensionistenverband Oberösterreich
- Mag. ^a Antonia Licka, Landespräsidialdirektorin, Verwaltungsinternes Netzwerk für Integrations- und Diversitätsfragen
- Mag. ^a Katharina Siegl, Direktionsbüro und Kommunikation, Oberösterreichische Gebietskrankenkasse
- Mag. ^a Nicole Sonnleitner, Leiterin, ULF und Projekt ZusammenHelfen

Fokusgruppe Zusammenleben im urbanen und ländlichen Raum

- Franz Aigenberger, Integrationsbeauftragter, Marktgemeinde Mauthausen
- Dipl.-Ing.ⁱⁿ Heide Birngruber, Gruppenleiterin, Amt der oberösterreichischen Landesregierung, Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung, Abteilung Raumordnung
- Mag. Stefan Hindinger, Leiter, Wohnungslosenhilfe Mosaik Vöcklabruck
- LAbg. Bgm. Hans Hingsamer, Präsident, Gemeindebund Oberösterreich
- Eva Hinterleitner, Leiterin, BeraterInnengruppe VorOrt
- Dipl.-Ing. Günter Humer, MSc., Leiter, Agenda 21 Oberösterreich
- Mag. ^a Kerstin Kerbl, Gebäudeverwaltung, WAG Wohnungsanlagen
- Günter Kienböck, MAS., Jugendkoordinator, Stadtgemeinde Ansfelden
- Ing. Manfred Krennbauer, Integrationsbeauftragter, Gemeinnützige Landeswohnungsgenossenschaft für Oberösterreich
- Hubert Mittermayr, Leiter, Wohnplattform Oberösterreich
- Dr.ⁱⁿ Renate Müller, Leiterin, Integrationsstelle des Landes Oberösterreich
- Mag. Johannes Obermeir, Leiter, Wohnen im Dialog

Fokusgruppe Entwicklungen, Strukturen, Prozesse

- Dr.ⁱⁿ Birgit Allerstorfer, MAS., Bereichsleiterin, Regionales Kompetenzzentrum für Integration und Diversität, Caritas
- Mag. Gerald Gnasmüller, Leiter, Österreichischer Integrationsfonds, Integrationszentrum Oberösterreich
- Günter Kienböck, MAS., Jugendkoordinator, Stadtgemeinde Ansfelden
- Mag. Dr. Johann Lefenda, MA., Leiter, Zukunftsakademie Oberösterreich
- Dipl. Ing. Wolfgang Löberbauer, Referatsleiter, LEADER Linz
- Dr.ⁱⁿ Renate Müller, Leiterin, Integrationsstelle des Landes Oberösterreich
- Mag. ^a Renate Plöchl, Dienststellenleiterin, Landesbibliothek Oberösterreich
- Elisabeth Schalk, Stellvertretende Leiterin, Volkshochschule Linz
- Dr.ⁱⁿ Maria Schiller, Postdoctoral Research Fellow, Max Planck Institut, Abteilung Soziokulturelle Vielfalt
- Mag. Stefan Thurner, Bereichsleiter, Regionales Kompetenzzentrum für Integration und Diversität, Volkshilfe
- Wolfgang Weiss, MSc., MBA., Mitarbeiter, Integrationsstelle des Landes Oberösterreich, Regionale und kommunale Integrationsarbeit